

**ZUR PROBLEMATIK
DES INDIVIDUALRECHTSBEREICHES
DER MEINUNGSFREIHEIT**

Fragen der Meinungsbildung und Meinungsäußerung

Ralf Brückner

—
1974
—



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554607_0026

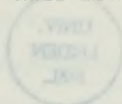
ZUR PROBLEMATIK DES INDIVIDUALRECHTSBEREICHES
DER MEINUNGSFREIHEIT

Fragen der Meinungsbildung und Meinungsäußerung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Ralf Brückner



1974

Referent:

Prof.Dr.P.Lerche

Korreferent:

Prof.Dr.P.Badura

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1974



Inhalt

1. Kapitel: Meinungsäußerungsfreiheit und Meinungsbildung Normative Tragweite des Meinungsbezugs in Art.5 I/1 GG

A. Verfassungsinterpretative Ausgangslage

- I. Herrschende Meinung
- II. Herzog

B. Kritik und alternative Aufgabenstellung

- I. Kritik des herrschenden Meinungsbegriffs
 - 1. Zur interpretativen Ausklammerung der Meinungsbildung
 - 2. Zur normativen Aussparung der Meinungsbildung
 - 3. Zusammenfassung
- II. Aufgabenstellung
 - 1. Gegenständliche Aufgabenstellung
 - 2. Rechtliche Problemstellung - interpretativer Ansatz - normativer Ansatz - Drittwirkungsfrage

C. Versuch einer tatbestandlichen und normativen Bestimmung des Meinungsbezugs

- I. Das Tatbestandsmerkmal der "eigenen Meinung"
 - 1. Der Meinungsbegriff
 - 2. Der Personalbezug
 - 3. Zusammenfassung
- II. Normative Absicherung der Meinungsbildung
 - 1. Auseinandersetzung mit anderen "Innen"-Grundrechtsprojekten
 - 2. Ergebnis

2. Kapitel: Meinungsäußerungsfreiheit und Äußerungsform
Normative Tragweite des formal/technischen
Gewährleistungsbezugs

A. Herrschende Deutung

B. Kritik und Ergänzungsversuch

I. Kritik der herrschenden Deutung

II. Ergänzung durch den kommunikativen Wesensvorbehalt

1. Soziologischer Kommunikationsbegriff
2. Das kommunikative Prinzip in Art.5 GG und anderen Kommunikationsgrundrechten
3. Kritik - Erwiderung - Zusammenfassung

3. Kapitel: Konkretisierung des eigenen Deutungsansatzes
anhand aktueller Problemstellung

A. Art.5 GG und moderne Wirtschaftswerbung - Kommunikations-
rechtliche Aspekte dieses massentypischen Determinations-
bemühens

B. Art.5 GG und Boykottaufruf - Entscheidende Kriterien
für den Verfassungsrechtswert solcher Aktionen

C. Art.5 GG und Demonstrationsfreiheit - Kommunikativer
Wirkungsrahmen dieses unbenannten Freiheitsrechts

1. Kapitel

MEINUNGSÄUSSERUNGSFREIHEIT UND MEINUNGSBILDUNG

Normative Tragweite des Meinungsbezugs im Individual-
rechtsbereich des Art. 5 I/1 GG

A Verfassungsinterpretative Ausgangslage der Frage nach einer grundrechtlichen Absicherung der freien Meinungs- bildung durch Art.5 GG

Normativer Ansatzpunkt dieser Frage ist der Verfassungsbegriff der "eigenen ("seine") Meinung":

Art.5 I/1 GG gliedert sich nach seinem Wortlaut in das
Recht

- a) auf freie Äußerung der eigenen Meinung (= ihres Empfangs)¹⁾ und ihrer Verbreitung (aktiv-kommunikativer Gewährleistungsbezug) sowie
- b) auf freie Information im Rahmen des allgemein Zugänglichen (rezeptiv-kommunikativer Bezug).

Die eigentliche Äußerungsfreiheit (in a)²⁾ weist dabei einen ausdrücklichen inhaltlich/gegenständlichen Bezug ("seine Meinung") und einen formal/technischen Garantiegehalt ("in Wort, Schrift und Bild") auf.

¹⁾ vgl. v.Mangoldt-Klein, GG, Bd.I, Art.5 Anm. III/2

²⁾ Die davon abgehobene Freiheit der Meinungsverbreitung soll nicht auf eigene Gehalte hin untersucht werden. Sie hat in unserem Zusammenhang nur ähnlich indizielle Bedeutung für die Variabilität der Äußerungsformen wie der formal/technische Gewährleistungsbezug "in Wort, Schrift und Bild"; ähnlich Lerche in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte IV/1, 1960, S.465

Entsprechend diesem beherrschenden kommunikativen Zugschnitt erschöpft sich nach allgemeiner Ansicht der individualrechtliche Schutzbereich ³⁾ des Art.5 I/1 GG im interpersonellen Kommunikationsfeld: Nur die "Entinnerung", Verbreitung und Rezeption von Kommunikationsgehalten gilt als garantiert; die persönlichkeitsinterne "Verarbeitung" von Informationen oder die Kreation von meinungswertigen Kommunikationsbeiträgen (Meinungsbildung) wird nach geltender Deutung nicht von Art.5 I/1 GG umfaßt. ⁴⁾

Unmißverständlich sagt etwa das BVerwG: ⁵⁾ "Schutzgegenstand des Art.5 GG ist nicht die Freiheit der Meinung, sondern die Freiheit ihrer Kundgabe."

³⁾ Neben dem Individualrecht der Kommunikation "privater" Meinungen gilt auch eine über das negative Statusrecht hinausgewachsene, mit institutionellen Merkmalen versehene öffentliche Meinung(sbildung) als von Art.5 GG gewährleistet; vgl. Ridder in: Neumann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte II, 1954, S.249 ff

⁴⁾ vgl. Ridder a.a.O. S.245 ff (248); Faber, Innere Geistesfreiheit und suggestive Beeinflussung, Berlin 1968, S.27 ff; F.Schneider, Presse- und Meinungsfreiheit nach dem Grundgesetz, München 1962, S.65 ff; unklar Gerlach, Die immanenten Grenzen der Meinungsfreiheit, München 1962, der (S.14) auf ein "eingangs" erwähntes Grundrecht der freien Meinungsbildung und -äußerung verweist, tatsächlich aber nur die geläufige Äußerungsfreiheit behandelt. unklar auch Laufke, Vertragsfreiheit und Grundgesetz, Heinrich-Lehmann-Festschrift 1956, S.160 ff; fragend Lerche, Übermaß und Verfassungsrecht, 1961, S.133 Fn, 115 abweichende Anklänge bei Hesse, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 6.Aufl. 1973, S.158, der in Art.5 GG neben Art.4 GG jenen Bereich geschützt sieht, "in dem sich die maßgeblichen Wertauffassungen frei von staatlicher Beeinflussung bilden sollen", der also "geistige Freiheit schlechthin" bedeute. Die Berufung auf BVerfGE 5,85(205); 7,198(208); 12,113(125) weist jedoch wieder in Richtung des klassisch kommunikativen Verständnisses.

⁵⁾ BVerwGE 7,125 ff

Diese nahezu einhellige normative Aussparung der Meinungsbildung bzw. ihres "Besitzes" beruht allerdings auf zwei verschiedenen, an sich gegenläufigen dogmatischen Ansätzen, die den genannten inhaltlich/gegenständlichen Gewährleistungsbezug betreffen.

Ihnen soll deshalb etwas näher nachgegangen werden:

- I. Die herrschende Meinung sucht dem ausdrücklichen Eigenmeinungsbezug des Art.5 I/1 GG gerecht zu werden, ohne sich interpretativ - und damit auch in der normativen Konsequenz - mit dem internen Vorfeld der Meinungsäußerung zu befassen.

Interpretativ geschieht dies meist mittels tautologischer Umschreibungen eines abstrakten, am kommunikativen Erscheinungsbild orientierten sprach- oder sozialtypischen Meinungsbegriffs: Deskriptionen wie "Werturteile", "wertende Urteile", "wertende Stellungnahmen", "Beurteilungen", "Anschauungen" usw. ⁶⁾ kennzeichnen zwar hinlänglich den ohnehin unstreitigen Kerntypus dessen, was man gemeinhin unter Meinungsäußerungen versteht; sie versagen aber regelmäßig in der eigentlichen Problemzone atypischer Verbalisierung. Stichwort: Tatsachenäußerungen.

Wenn umgekehrt Maunz ⁷⁾ bei ausdrücklicher Abgrenzung gegenüber "bloße(r) Wiedergabe von Tatsachen" die Verbreitung von Meinungen "auch in der Einkleidung von tatsächlichen Mitteilungen oder Tatsachenberichten" für möglich hält, wird zwar der verbale Typenzwang aufgegeben, zugleich aber mangels anderer, etwa "dahinterstehender" Unterscheidungskriterien jede Tatbestandskontur verwischt.

⁶⁾ vgl. statt vieler v.Mangoldt-Klein, GG, Art.5 Anm.III/1; Gerlach a.a.O. S.3

⁷⁾ Maunz, Deutsches Staatsrecht, 19.Aufl. 1973, S.126

Der Streit um den Meinungswert sog. Tatsachenäußerungen ist deshalb so alt wie dieser Meinungsbegriff selbst. ⁸⁾

Gänzlich außer acht bleibt zudem der spezifische Personalbezug, die - eben nach innen weisende - "Eigenheit" der Meinung, die zweifellos das verfassungsgewollte Kommunikationsobjekt entscheidend mitprägt, weil ja nicht die Wiedergabe von (Dritt-)Meinungen schlechthin, sondern gerade die Äußerung eigener Meinungen geschützt sein soll. ⁹⁾

Auch funktionale Deutungsansätze ¹⁰⁾ ("Art.5 GG schützt Kommunikationsbeiträge, die zum Prozeß freier Meinungsbildung beitragen") helfen für die Konkretisierung des Meinungsbegriffs nicht weiter, weil dies gleichermaßen für "reine" Tatsachenmitteilungen gilt; Todesanzeigen gelten aber gemeinhin nicht als Meinungsäußerungen.

⁸⁾ vgl. einerseits ("reine" Tatsachenäußerungen sind keine Meinungsäußerungen i.S. des Art.5 GG):
F.Schneider a.a.O. S.22 ff;
Hensel, AÖR 13 (1927) S.97 ff (100);
Lerche, Werbung und Verfassung, 1967, S.86;
Rothenbücher, Das Recht der freien Meinungsäußerung, VVDStRL 4 (1928), S.6 ff (15);
Gerlach a.a.O. S.4
Eichmann, Auswirkungen des Grundgesetzes auf die Werbepraxis, GRUR 1964, S.57 ff (61);
Kemper, Pressefreiheit und Polizei, Berlin 1964, S.34;
andererseits (Tatsachenäußerungen sind - bzw. können Meinungsäußerungen sein):
Ridder a.a.O. S.264 ff;
A.Arndt, NJW 63, 193 f;
Schmidt-Bleibtreu-Klein, GG, Art.5 Rz.3;
Maunz a.a.O.;
differenzierend Wacke, Werbeaussagen als Meinungsäußerungen in: Schack-Festschrift 1966, S.197 ff (201 f)

⁹⁾ ebenso Lerche, Die Grundrechte des Soldaten, in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte IV/1, 1960, S.481

¹⁰⁾ Hesse, Grundzüge S.158;
ähnlich Lerche, Zur verfassungsrechtlichen Deutung der Meinungsfreiheit, in: Müller-Festschrift, 1970, S.197 ff

Allenfalls Ridders ¹¹⁾ einprägsame Formeln, wonach Meinungen "Ergebnisse von rationalen Denkvorgängen" oder "eigenen geistigen Leistungen" sind, beleuchten schlaglichtartig die Innengenese und -problematik dieser Kommunikationsgehalte, werden aber alsbald wieder durch die Betonung des ausschließlich kommunikativen Charakters von Art.5 I GG verdeckt.

Sicheren Grundrechtsschutz genießt nach herrschender Deutung des Meinungsbegriffs letztlich nur, was aufgrund möglichst typkonformer Aussagegestaltung "als Meinungsäußerung" gelten kann.

- II. Für eine neuere Auffassung (Herzog) ¹²⁾ steht dagegen ein entsprechender introvertierter Garantiegehalt schon deshalb nicht in Frage, weil nach ihr diese ausdrückliche Konkretisierung des Kommunikationsobjekts keine Verbindlichkeit haben soll: Nicht nur die Äußerung der eigenen Meinung, sondern die Redefreiheit schlechthin, also das umfassende menschliche Mitteilungsbedürfnis sei von Art.5 I/1 GG geschützt. ¹³⁾

Herzog begründet seine eindeutige Abwendung vom Verfassungswortlaut mit der nach seiner Ansicht unhaltbaren Abgrenzung von Meinungen und Tatsachenberichten, wie sie von der h.M. vertreten wird. Weiter droht für ihn der privaten Berichterstattung im Falle ihrer Ausgliederung aus Art.5 GG eine unververtretbare Minderprivilegierung gegenüber dem Berichterstattungsrecht der Medien aus Abs.I/2. Ferner fordere der gedankliche Zusammenhang mit dem Menschenwürdesatz zwingend die Inschutznahme des vitalen menschlichen Bedürf-

¹¹⁾ a.a.O. S.248

¹²⁾ in Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz. 50 ff;

¹³⁾ ähnlich Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, Köln 1967, S.20;
v.Köller, Meinungsfreiheit und unternehmensschädigende Äußerung, Berlin 1971, S.145 ff;
Quilisch, Die demokratische Versammlung, Berlin 1970, S.167 f

nisses nach jeglicher, auch standpunktneutraler Kommunikationsteilhabe, wie dies in der Parallelnorm des Art.10 I/2 Menschenrechtskonvention unmißverständlich zum Ausdruck komme.

Nun soll vorerst dahinstehen, ob die "reine" Berichterstattung oder Tatsachenmitteilung des Privaten für ihn tatsächlich die gleiche existentielle Bedeutung hat wie die der Medien (für diese und ihn) bzw. ob jedes vitale und theoretisch auch garantierbare menschliche Bedürfnis notwendig Grundrechtsschutz erfordert; denn da Herzogs Argumentation wesentlich durch die von ihm beanstandete Unhaltbarkeit des herrschenden Meinungsbegriffs provoziert wurde, ist die Auseinandersetzung mit seiner Deutung zweckmäßig bis zur tatsächlichen (?) Feststellung der Ungangbarkeit sinnvoll wortlautkonformer Interpretation zurückzustellen.

B Kritik und alternative Aufgabenstellung

I. Kritik des herrschenden Meinungsbegriffs

1. Die unbestreitbar dominante kommunikative Ausrichtung des Art.5 I/1 GG hat die Interpretation somit fast zwangsläufig in die traditionelle Richtung eines reinen Handlungsgrundrechts gedrängt, wie sie selbst der Glaubens- und Gewissensfreiheit des Art.4 GG trotz offensichtlicher begrifflicher Antithetik zur Bekenntnis- und Ausübungsfreiheit widerfuhr. ¹⁾

"Der Mensch entfaltet sich im Handeln" - diese auf die Persönlichkeitsentfaltung i.S. des Art.2 I GG bezogene Apodiktik ²⁾ strahlt von einer solcherart pragmatisierten "allgemeinen Handlungsfreiheit" ³⁾ durchaus "mütterlich" ⁴⁾ auch auf Art.5 I/1 GG aus.

Im damit geschlossenen Reigen der Betätigungsfreiheiten folgt die interpretative Annäherung an den Meinungsbegriff wiederum der an ganz bestimmte Individual- (oder Instituts-) rechte des Grundrechtsteils, ohne deren ganz andersartige Wesenheit und soziale Verankerung zu berücksichtigen:

-
- 1) vgl. v.Mangoldt-Klein, GG, Art.4 Anm. III/1; Leibholz-Rinck, GG, Art.4 Anm. I 2; kritisch Ramm, Die Freiheit der Willensbildung, Stuttgart 1960, S.14; abweichend Hesse, Grundzüge S.156
 - 2) Nipperdey in: Bettermann-Nipperdey, Die Grundrechte IV/2 1962, S.14; ähnlich Scholtissek, NJW 52, 561 ff (563); vgl. auch Gehlens Deutung des auf Handlung angelegten menschlichen Wesens in: Der Mensch, 1940 (1955), Einführung und Kap. 13, 14 ff; ders. in: Die Seele des technischen Zeitalters, Tübingen 1967 S.17
 - 3) so insbesondere BVerfGE 6,32 ff (36); 20,150 ff
 - 4) zur Rechtsnatur des Art.2 I GG vgl. Maunz-Dürig, GG, Art.2 I Rz.8

Wenn etwa Art.8 GG die Freiheit des Sich-Versammelns oder Art.9 I GG das Recht des Einzelnen, sich mit anderen zu Vereinen und Gesellschaften zu verbinden, in Schutz nimmt, so konstituiert die Verfassung dort wenig mehr als ein Schutzversprechen für einen weitgehend feststehenden, sozial vorgegebenen Verhaltenstypus, genauer: für die individuelle Anpassung an ein bestimmtes, als Sozialtyp hinreichend bekanntes Erscheinungsbild. Wesen und Tatbestandsmerkmale einer Versammlung oder eines Vereins und deren personale Realisationsakte wie Teilnahme, Leitung, Veranstaltung, Gründung, Mitgliedschaft usw. sind so weithin konturierte ä u ß e r e Sachverhalte, daß diese Grundrechte regelmäßig nur individuelles Kongruenzverhalten zu von ihr nicht konstitutiv definiertem, sondern bereits sinnerfüllt übernommenem Verhaltensmuster zu gewährleisten haben. ⁵⁾

Die herrschende Deutung der Meinungsfreiheit spiegelt nun ähnliche Prämissen und dieselbe methodische Annäherung an den Begriff der Meinung. Sie sieht sich aber deshalb auf unergiebige Umschreibungen einer zweifelsfreien Kerntypik beschränkt, weil das verfassungsgewollte Kommunikationsobjekt a l s g a n z i n d i v i d u e l l e s I n n e n p r o d u k t gar keine auf verbale oder sonstige kommunikative Signifikanten festlegbare Kontur besitzt.

5) vgl. zu Art.8 GG v.Mangoldt-Klein, GG, Art.8 Anm. III/2: "Der Begriff der "Versammlung" wird sowohl vom Grundgesetz als auch vom Versammlungsgesetz als bekannt vorausgesetzt."
kritisch zum geltenden Versammlungsbegriff: W.Müller, Wirkungsbereich und Schranken der Versammlungsfreiheit, insbesondere im Verhältnis zur Meinungsäußerung;
zu Art.9 I GG vgl. v.Mangoldt-Klein, GG, Art.9 Anm.III/6:
"In Abs.1 werden die Begriffe der beiden organisatorischen Vereinigungsformen "Vereine und Gesellschaften" als bekannt vorausgesetzt."

Selbst wenn eine Meinung geäußert wird, ⁶⁾ wird diese "Kommunikationsmeinung" n i c h t durch bestimmte sprach- oder kulturspezifische Kommunikationsmodi k o n s t i - t u i e r t . Sie präsentiert sich zwar zweckmäßig in solchem Kleid, erleichtert dadurch ihre adäquate, weil darauf eingestellte Verständnisrezeption durch den/die Adressaten, erhält aber nicht dadurch erst ihre Wesenheit. M.a.W.: Die "eigene Meinung" wird nicht dadurch dazu, daß sie als solche erkennbar kommuniziert und verstanden wird, sondern sie i s t es unabhängig davon bereits kraft ihrer sie prägenden intrapersonalen Genese. ⁷⁾

Diese wiederum ist keineswegs zwingend und vollständig den Gesetzmäßigkeiten der interpersonellen Kommunikation unterworfen. Zwar kann die interne Aufbereitung im Hinblick auf das Äußerungsvorhaben bereits starke Affinitäten zur späteren Kommunikation aufweisen - man denke nur an "stummes Vorformulieren", wie überhaupt intensives Denken weithin

6) Meinung muß nicht kommuniziert werden. Sei es, daß sie gar nicht nach außen dringt - Art.5 GG beinhaltet auch die Freiheit, seine Meinung für sich zu behalten (sog. negative Äußerungsfreiheit, vgl. Herzog in Maunz-Dürig, GG, Art.5, Rz.40); dann ist sie praktisch nicht bestimmbar. Sei es, daß sie nicht im Sinne des Art.5 GG "zum Ausdruck kommt": Auch der kriminellen Gewalttat kann tatbezogene Meinungs- und Motivbildung vorangehen. Daß letztere nicht in den Schutzbereich des Art.5 GG fällt, folgt aus seiner Natur als K o m m u n i k a t i o n s - g r u n d r e c h t . Er schützt zwar Meinungsäußerungen vollständig, d.h. nicht nur in ihrer äußeren Vollendung, sondern in toto, also auch in ihrer internen Grundlagenbildung. Er schützt aber eben nicht jede "Meinungsrealisierung", sondern nur solche kommunikativer Art: Gewaltanwendung mag u.U. Ausdruck einer dezidierten Überzeugung sein, sie ist niemals Meinungsäußerung im Sinne des Art.5 I GG; folglich genießt auch die solcherart artikulierte Meinung(sbildung) keinen Grundrechtsschutz; insofern ist Meinungsbildungsfreiheit akzessorisch zur Meinungsäußerungs- = Kommunikationsfreiheit (vgl. dazu näher unten S.71 ff, 81 f).

7) vgl. den (ähnlichen) soziologischen Meinungsbegriff bei v.Hentig, Öffentliche Meinung, Öffentliche Erregung, Öffentliche Neugier, Göttingen 1969, S.60: "Meinung ist nicht nur formulierte Meinung: Meinung ist eine Verhaltensbereitschaft: zwischen verbalen oder anderen Re-(?) Aktionen ist kein prinzipieller Unterschied zu machen."

stummem Sprechen gleicht - , muß es aber nicht; ⁸⁾ weder muß die Ansicht, "dieses Bild sei besser als jenes", intern fertig verbalisiert vorliegen, um Meinung zu sein, noch kann etwa dem Kind, das zu adäquater Formulierung seiner u.U. durchaus begründeten Ansichten noch nicht in der Lage ist, die Fähigkeit zu "meinen" von vornherein abgesprochen werden. Ganz allgemein weist die "intrapersonale Kommunikation" erstaunliche Rationalisierungs- und Vereinfachungsmomente auf, die für die Überwindung der Individualbarrieren im interpersonalen Kontakt nicht ausreichen würden. ⁹⁾ Daß die meinungswertige "Stellungnahme" nicht erst in ihrer Kommunikation, sondern bereits "vorher" liegt ("forming or holding a belief occurs prior to expression") ¹⁰⁾, gilt aus neurophysiologischer Sicht selbst für erst "im Sprechen" gebildete Meinungen. Meinungsbildung - also der Konstitutionsprozeß des von Art.5 GG in Aussicht genommenen Kommunikationsobjekts - und Kommunikation sind insofern funktional und, wenn man so will "zeitlich" abschichtbare Vorgänge, was bereits die Möglichkeit interner Divergenzen impliziert: Wie oft gelingt wirklich die treffende Verbalisierung des Gemeinten?

⁸⁾ Zum Zusammenhang von Gedanken und Wort vgl. etwa Hönigswald, Die Grundlagen der Denkpsychologie, 2.Aufl., Leipzig 1925 (Nachdruck Darmstadt 1965); Fischel, Struktur und Dynamik der Psyche, Bern und Stuttgart 1962, S.210 ff

⁹⁾ vgl. diesen Begriff bei Graumann, Interaktion und Kommunikation, Handbuch der Psychologie, 7.Bd., 2.Halbbd., Göttingen 1972 S.1109 ff

¹⁰⁾ Emerson T.I., The System of freedom of expression, New York 1970, S.21, der - in weitgehender Übereinstimmung mit den hier vorgetragenen Überlegungen fortfährt: "But it is the first stage in the process of expression and it tends to progress into expression. Hence safeguarding the right to form and hold beliefs is essential in maintaining a system of freedom of expression. Freedom of belief therefore, must be held included within the protection of the First Amendment." (Diese amerikanische Verfassungsgarantie, vergleichbar unserem Grundrecht, lautet, soweit hier von Interesse: "Congress shall make no law ... abridging the freedom of speech ...")

Dennoch ist selbst die aus der Sicht des Äußernden unzulänglich (atypisch, mißverständlich, unvollständig) artikuliert Meinung eine solche, aber nicht, weil sich das Geäußerte nach kommunikativen Normen u.U. doch noch "als Meinung" darstellt, sondern weil eine Meinung vorliegt und zu kommunizieren versucht wurde.

Neben diesen endophysisch/psychisch bedingten Deviationsrisiken bergen auch die überaus subtilen individuell-, situationsbedingt- oder kultur/gesellschaftsspezifisch differenzierten Kommunikationsmodi ¹¹⁾ selbst sowohl unabsehbare Variationsmöglichkeiten als auch Gefährdungen der interpersonalen Kommunikation. Mag das eine Mal die besondere Disposition der Partner gelungenste Kommunikation ermöglichen, kann ein andermal scheinbar gleiche Modalität zu gegenteiligen Ergebnissen führen. Insbesondere das breite Spektrum nicht- oder parasprachlicher Kommunikationsmittel vermag auch Meinungskommunikation außerhalb typkonformer Verbalisierungen der genannten Art ermöglichen: Eine typische Tatsachenäußerung in eine gewisse "Kommunikationsatmosphäre" eingebracht, kann ohne weiteres auch als solcher verstandener Meinungsbeitrag sein, in subjektiver Verkennung der Verständnisbereitschaft des/der Partner(s) aber ebenso gut an ihrer verbalen Gestaltung gemessen, also mißverstanden werden. Schließlich mögen Ironie und Parodie als Beispiele für das unerschöpfliche Arsenal von Ausdrucksmitteln dienen, die scheinbar typenreine Kommunikationsnorm zu nuancieren, verfälschen, u.U. sogar in ihr Gegenteil verkehren vermögen.

¹¹⁾ vgl. dazu die eingehende Darstellung sowie die zahlreichen Quellenhinweise bei Graumann, a.a.O.
informativ auch Hartley/Hartley, Die Grundlagen der Sozialpsychologie, Berlin 1955, S.19 ff, 88 ff

Kommt deshalb derartigen kommunikativen Typologien allenfalls in d i z i e l l e r Wert ^{11a)} zu, geht auch die ausschließlich an sprachlichen Kriterien haftende Antithetik Meinungs-/Tatsachenäußerungen an der Problematik des Meinungsbegriffs und der Meinungskommunikation vorbei.

Diese wesenhafte Nicht-Festlegbarkeit auf verbale oder sonstige Gestaltungs- oder Typzwänge teilt die Meinungsfreiheit übrigens mit der (nicht ohne Grund) ebenfalls im Rahmen des zentralen Kommunikationsgrundrechts des Art.5 GG angesiedelten K u n s t freiheit. Kunst, auch eine Art individuell oder mehrheitlich zurechenbarer personaler Entinnerung wird (deshalb) zwar häufig, wenngleich etwas zu einseitig als "Unterfall" der Meinungsäußerung gewertet, ¹²⁾ aber niemand hat unter der Geltung des Grundgesetzes ernsthaft versucht, ihren Begriffsradius etwa durch Kriterien wie "geglückt", "(allgemein-) verständlich", "sinnvoll" o.ä. zu begrenzen. Zu Recht wird hier der Individualität freier Raum gegeben und die daraus folgende Begriffsschwäche in Kauf genommen. ¹³⁾

11a) ähnlich zum außergrundgesetzlichen Terminus der Demonstration Denninger, Demonstrationsfreiheit und die öffentliche Ordnung in der rechtsstaatlichen Demokratie in: Demonstrationsfreiheit, Strafrecht und Staatsgewalt, 1968, S.3 ff

12) vgl. Ridder, Die Grundrechte, a.a.O. S.268: "Die künstlerische Äußerung ist ... als ein Unterfall der allgemeinen privaten Meinungsäußerung anzusehen. Träger des Rechts der freien künstlerischen Meinungsäußerung ist ... jeder, der sich künstlerisch äußert." Sieht man in "Meinung" - grundsätzlich übereinstimmend mit der h.M. - eine "Stellungnahme", also eine ideelle/geistige Positionsnahme "zu" einem Objekt (Problem), so scheint dies für die künstlerische Emanation nicht generell maßgeblich. Kunst, gegenstandslos oder "um ihrer selbst willen", weist u.U. erst im Nachblick eine, auch subjektive Künstler-Werk(-Objekt)-Beziehung auf, die zunächst als solche gar nicht bestanden haben muß. Die künstlerische Intention/Intuition a priori und durchweg auf das schließlich manifeste Ergebnis festlegen zu wollen, also Ursprungsbasicht und Werk fiktiv gleichzusetzen, mag vielleicht für die klassische Auftragskunst Geltung haben, wird aber dem gegenwärtigen Kunstgeschehen sicher nicht gerecht. Gerade künstlerische Gruppenaktivität macht die Fragwürdigkeit solch mechanistischer Deutung intra- wie interpersoneller Prozesse und Beziehungen besonders deutlich.

13) vgl. ähnliche Feststellungen bei Lerche, Werbung S.88 ff und BVerfGE 30, 173 ff (191)

Nichts anderes kann für die Freiheit individueller Meinungs-enttinerung gelten, soll diese nicht zu einem Kommunikationsrecht minderere Güte, weil geringerer Bandbreite absinken; das zitierte Ober-/Unterfall-Verständnis widerlegte sich sonst bereits von hierher. Nicht, was nach "allgemeinen" Kommunikationsregeln als Meinung gilt, sondern was kraft endonomer Maßstäbe eigene Meinung ist, muß in seiner individuellen, "geglückten" oder "ungeglückten" Kommunikation geschützt sein.

Daß diese Ausdrucksfreiheit damit keineswegs zur "Übergriffsfreiheit" ausufert, folgt (neben der Schranken-systematik des Art.5 Abs.2 GG) schon aus der Natur des K o m m u n i k a t i o n s rechts, das der Meinungs- wie der Kunstfreiheit den Generalrahmen freiheitlicher Rezeptions-/Nicht-Rezeptionsmöglichkeit für Dritte setzt. (vgl. dazu unten S.77)

Sucht aber Art.5 I/1 GG nach allgemeiner, am Meinungsbezug haftender Auffassung den gesamten Bereich der Meinungskommunikation, nicht nur gewissem "common sense" entsprechende Artikulierung zu schützen - der hartnäckige Streit um die Begriffskonturen beweist dies - , so muß dem Meinungsbegriff interpretativ dorthin gefolgt werden, wo er sich konstituiert, also an den physisch/psychischen Ort meinungsbildender "rationaler" Denkvorgänge.

Damit soll keineswegs eine unzulängliche, weil eklektische Typologie durch eine totale und deshalb nicht minder fragwürdige Psychologisierung ersetzt werden. Beabsichtigt ist nur, die in diesem Zusammenhang bislang völlig vernachlässigten Natur- und Sozialwissenschaften in angemessener Weise heranzuziehen und natürliche/derzeitige Einsichtsgrenzen in einer dem spezifischen Anliegen der Grundrechte adäquaten Weise rechtstechnisch zu surrogieren.

Hier liegt - dann allerdings offen in diese Subsidiarfunktion gestellt - sicherlich ein wichtiges Wirkungsfeld der konkreten Aussagegestaltung.

Jedenfalls läßt sich gerade in den entscheidenden Grenzfällen (atypischer Artikulation) die Frage, ob ein bzw. was ggfs. als eigener Kommunikationsbeitrag vorliegt, ohne zumindest rechtstechnisch surrogierte subsumtive Befassung mit der - wie immer durch den Meinungsbezug bemessenen - Innensphäre nicht ermitteln.

2. Die eben festgestellte interpretative Ausklammerung der persönlichkeitsinternen Meinungsbildung bei der Bestimmung des herrschenden Meinungsbegriffs setzt sich zwangsläufig in einer ebensolchen Beschränkung des grundrechtlichen Schutzversprechens fort: Die Meinungsbildung wird nicht von Art.5 GG umfaßt, ja sie entzieht sich nach weitaus überwiegender Ansicht als Teil des gesamten "forum internum" überhaupt normativer, auch grundrechtlicher Erfassung.¹⁴⁾ Sie gehört etwa nach Ridder¹⁵⁾ zur "inneren Betätigung des freien Geistes", die "als natürliche Freiheit rechtlich nicht faßbar" ist und deshalb "weder grundrechtlich direkt geschützt noch auch rechtlich oder normalerweise tatsächlich beschränkt werden kann."

Hier begegnet das bis in die Aufklärung zurückreichende Dogma von der naturrechtlichen Präponderanz und Unantastbarkeit der Denk- und Geistesfreiheit,¹⁶⁾ das in der Tat ihrer Aufnahme in die meisten Verfassungsschöpfungen entgegenstand. So scheiterte noch ihre - immerhin erwogene - Absicherung in der Weimarer Reichsverfassung an der These, die Gedanken seien "durch die Hülle des Körpers" ¹⁷⁾ menschlichem Zugriff entzogen und deshalb auch nicht grundrechtsschutzbedürftig.

Spricht hier die Sozialwissenschaft längst von einem "im schlechten Sinn idealistischen Postulat" ¹⁸⁾ psychischer Auto-

¹⁴⁾ vgl. v.Mangoldt-Klein, GG, Art.4 III/1
Scholler, Freiheit des Gewissens, Berlin 1958, S.210

¹⁵⁾ Grundrechte, a.a.O. S.248

¹⁶⁾ vgl. dazu Fabers eingehende Kritik, Geistesfreiheit, S.47 ff

¹⁷⁾ Abg. Kahl in der Weimarer Nationalversammlung, Verhandl. der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd.328? S.1646 f, 59.Sitzung v.17.7.1919;
ähnlich der Abg. Thoma in der 8.Sitzung des Redaktionsausschusses für das GG v.7.10.1944

¹⁸⁾ Hennig, Die Abhängigkeit der Massenmedien von den Werbeeinnahmen und dem Anzeigenteil, in Kritik Bd.4, 1971 S.28
ähnlich kritisch gegenüber einem derart idealtypisierten Individualismus H.Wilhelm, Werbung als wirtschaftstheoretisches Problem, Berlin 1961, S.44

nomie, so stößt dieser traditional verfestigte Glaube an die Unantastbarkeit der Innenperson auch rechtlicherseits zunehmend auf Skepsis. § 136 a StPO ¹⁹⁾, § 1 UWG i.V. mit dem "allgemeinen Persönlichkeitsrecht" (zur sog. subliminalen Werbung) ²⁰⁾ sowie die jüngst allerorten im Grundrechtsteil einsetzende Suche nach grundrechtlicher Absicherung der Geistes-, Denk-, Willens- und sonstigen psychischen Freiheit ²¹⁾ signalisieren diesen Gesinnungswandel beispielhaft.

Wesentlich schwerer als die mögliche Verkenning moderner Methoden der Meinungs- und Willenssteuerung - ein Feld, das weithin noch mehr Gegenstand der Spekulation als gesicherter Erkenntnisse zu sein scheint - wiegt allerdings, daß mit der unmißverständlichen Verweisung des für den Meinungsbezug konstitutiven Innenbereichs der Meinungsbildung in den absolut rechtsfreien Raum Art.5 I/1 GG zu einem konstruktiven Fremdkörper im Kreis der BG-Grundrechte gerät:

Zwar definieren verschiedene Grundrechte ihren Schutzbereich nicht selbst, sondern bedienen sich (z.T.) gesicherter sozialer Vorprägungen (vgl. oben); eben diese Möglichkeit bietet Art.5 GG nicht, weil sich, wie gezeigt, das Schutzgut der eigenen Meinung (säußerung) einer verbindlichen, sozial verankerten Typologie entzieht.

Andere Grundrechte überweisen ausdrücklich oder inzident dem "einfachen" Gesetzgeber die gezielte oder ungezielte Konkretisierung ihres Schutzbereichs. Art.5 II enthält nach wohl zutreffender Auffassung in seinen "allgemeinen Gesetzen" keine Eingriffsermächtigung, sondern eine ebensolche Konturierungsvollmacht, ²²⁾ die jedoch - entsprechend dem geltenden,

¹⁹⁾ eingefügt durch Gesetz v.20.9.1950

²⁰⁾ vgl. dazu näher unten S.48 ff

²¹⁾ vgl. dazu näher unten S.92 ff

²²⁾ vgl. Lerche, Übermaß, S.112 ff, 149 f;
ders. in Werbung, S.105

ausschließlich kommunikativen Verständnis des Art.5 GG - nur im interpersonellen Kommunikationsfeld zur Anwendung kommt; sie etwa auch, und sei es nur grenzsichernd, zur Prägung der (meinungsbildenden) Innensphäre heranzuziehen, gilt, wie auch die übrigen Ansätze eines grundrechtlichen Innenbereichsschutzes zeigen werden, als unmöglich. ²³⁾

Und schließlich machen die genannten Versuche, die interne Geistes- oder Willensfreiheit anderwärts im Grundrechtsteil anzusiedeln, insoweit noch eine - neuartige - Substitution des Art.5 I/1 GG durch einen solchen externen, übergreifenden Innenbereichsschutz denkbar. So erklärt z.B. Faber ²⁴⁾ ein (ungeschriebenes) Grundrecht der "inneren Geistesfreiheit" ausdrücklich zur unverzichtbaren Voraussetzung, zum axiomatischen Kern des Grundrechtssystems, ohne das kein benanntes Grundrecht "einen Sinn haben" könnte.

Wenn aber die h.M. stattdessen j e d e normative Absicherung des introvertierten Meinungsbezugs ablehnt, indem sie die ihn konstituierende Meinungsbildung für gänzlich rechts(schutz)-frei erklärt, gerät sie nicht nur in Widerspruch zu ihrem präventiösen dogmatischen Antritt (normative Verbindlichkeit des Meinungsbezugs); sie stellt sich damit auch außerhalb jeder bekannten und sinnvollen Grundrechtskonzeption: Denn kein Grundrecht weist sein Schutzobjekt außerhalb jedes Rechtsbereichs und garantiert mangels eigenständiger, vorrechtlich sozialer Kontur dieses Objekts praktisch seine eigene M a n i p u l i e r b a r k e i t .

Mit dem Reizbegriff der "Manipulation" gerät diese Argumentation vermutlich doch noch ins Schußfeld der Kritik, die der aufgeregte Zungenschlag kulturkritischer Kassandrarufo -

²³⁾ vgl. etwa Ramm, Willensfreiheit, S.23, der die Schranken-systematik des Art.2 I GG, den er als Sitz seiner "Freiheit des Denkens, Fühlens, Wollens und Sichentschließens" sieht, für diese "Innenrechtskomponente" ausdrücklich ausschließt.

²⁴⁾ a.a.O. S.58 f

vgl. die plastische Schlagwortsammlung bei Lerche (Werbung S.3) oder Faber (Geistesfreiheit S.16 f) - und sein verfassungsrechtliches Pendant in Gestalt höchstenorts "entdeckter" Grundwert- und Abwehrformeln (Menschenwürdesatz, Sozialstaatsklausel)²⁵⁾ provoziert haben und die im Gegenzug zu Feststellungen geführt haben, derartig fundierte "Sperrbezirke des Intimen" seien in einem "anständigen Staat" ²⁶⁾ fast gegenstandslos, ein "indiskutabler Grundbestand" ²⁷⁾ bedürfe keiner Positivierung.

Deshalb sei vorab nochmals betont, daß hier die Ableitung der Meinungsbildungsfreiheit nicht in erster Linie auf den - bislang schwer zu führenden - Nachweis aktueller Manipulation (i.S. der Verletzung letzter Intimsphären) gestützt werden - , sondern aus einer allgemeineren, weitgehend situations- und trendunabhängigen **n o r m k o n s t r u k t i v e n** Notwendigkeit gewonnen werden soll: Nicht so sehr die konkrete oder vermutete "Suggestion" oder "Manipulation", sondern die mangelnde dogmatische Schlüssigkeit einer Eigenmeinungsäußerungsfreiheit ohne Eigenmeinungs- = Meinungsbildungsfreiheit steht im Vordergrund.

Allerdings, ohne jede Skepsis gegenüber unwandelbarer "Anständigkeit" oder (wertneutraler:) Entwicklungsstillstand bestimmter, übrigens rechtlicherseits z.T. bereits jetzt massiv verdächtigter und verdammters Erscheinungen (vgl. die über § 1 UWG als "sittenwidrig" verworfene subliminale Werbung; näher dazu unten S.50 ff) hätte diese These keine sachliche Berechtigung. Erst das psycho- wie sozialwissenschaftlich

²⁵⁾ Jürgens, Verfassungsmäßige Grenzen der Wirtschaftswerbung VerArch 53, (1962), S.113 ff;
Maunz-Dürig, GG, Art.1 Rz 4, 13
Dürig, AöR 81,117 (122)
BVerfGE 6,32 (36)

²⁶⁾ Lerche, DVBl.61,690 ff (695)

²⁷⁾ Maunz-Dürig, GG, Art.20 Rz 73

längst und erheblich relativierte Axiom individualpsychischer Autonomie rechtfertigt und erfordert den Versuch, eine im Rahmen des Art.5 GG bisher ganz bewußt offen und funktionsunfähig gehaltene Tür zumindest für ihre denkbare, situationsgerechte Verwendung vorzubereiten.

Damit sei ein Zweites vorweg angedeutet: Grundrechtliche Absicherung der Meinungsbildung kann und soll nicht ohne Rücksicht auf legitime und lebenswichtige Wechselbeziehungen zwischen Außen- und Innenraum erfolgen. Die in der verfassungsrechtlichen Literatur vereinzelt bereits anzutreffende wirklichkeitsfremde Absolutsetzung der Innenautonomie ²⁸⁾ mag solche Befürchtungen nahelegen. Hier soll im Gegenteil versucht werden, die bereits faktisch keineswegs idealtypisch autonome Meinungsbildung möglichst behutsam in den seinerseits nicht geschlossenen, sondern entwicklungs-/konkretisierungsoffenen Gesamtkontext des multifunktionalen Individualrechts in Art.5 I/1, II GG einzubetten. Die Ablösung isoliert individualistischer Betrachtungsweisen durch Einbeziehung des "Feldes", ²⁹⁾ der "ganzheitlich-dynamischen" ³⁰⁾ Um(gebungs)struktur kann nicht auf die Sozialpsychologie beschränkt bleiben.

²⁸⁾ Ramm, Willensbildung, S.23 f
Faber, Geistesfreiheit, S.114

²⁹⁾ Lewin, The Field Theory in Social Science, New York 1951

³⁰⁾ Jacobi, Werbepsychologie, Wiesbaden 1972, S.35

3. Eine kurze Zwischenbilanz ergibt somit folgendes:

Die herrschende Meinung wird der normativen Tragweite des Meinungsbezugs in Art.5 I/1 GG nicht gerecht, weil sie dessen besondere, verbindlicher kommunikativer Typologie unzugängliche "Introvertiertheit" verkennt; die "eigene Meinung" läßt sich nicht auf bestimmte Ausdrucksschiffren festlegen.

Herzog klammert den Meinungsbezug dagegen von vornherein aus und entgeht damit den begrifflichen und dogmatischen Unzuträglichkeiten der h.M.

Ist deshalb seine Kritik i n s o w e i t begründet, als eine Unterscheidung zwischen Tatsachen- und Meinungsäußerungen allein anhand kommunikativer Formalien nicht möglich ist, zwingt dies nicht ohne weiteres zur Preisgabe des - immerhin ausdrücklichen - Meinungsbezugs. Der erforderliche interpretative Ausgriff auf die meinungskonstituierende Innensphäre impliziert allerdings einen entsprechenden Schutzbereich des Art.5 I/1 GG:

Eine Meinungsäußerungsfreiheit ohne Meinungs(bildungs-/besitz-)freiheit wäre nur ein leeres Versprechen, nachgerade eine verfassungsrechtliche Einladung zu psychischer Fernsteuerung im Vorfeld der Meinungskommunikation.

Art.5 I/1 GG schützt neben dem Recht auf freie Information und Äußerung der eigenen Meinung auch die freie persönlichkeitsinterne Eigen-Meinungsbildung.

II. Aufgabenstellung

1. Gegenständliche Aufgabenstellung

Der vorgeschlagene analytische Ausgriff auf die Sphäre der individuellen Meinungsbildung zum Zweck verfassungsrechtlicher Begriffs- und Schutzbereichsklärung scheint auf den ersten Blick fast aussichtslos. Denn was auf Grund welcher intern psychisch/physischer Vorgänge jeweils wann als eigene Meinung vorliegt, mag sich vielleicht durch intensive tiefenpsychologische Bemühungen annähernd aufhellen lassen; eine Psychologisierung, wie sie z.B. zunehmend schwierigere Strafverfahren kennzeichnet, ¹⁾ wäre aber ein zweifelhafter Gewinn für die Grundrechtsinterpretation und -anwendung.

Dennöch können die modernen Psycho- und Sozialwissenschaften gerade im Rahmen der spezifischen Normintention des Art.5 I GG wichtige, wenn auch b e g r e n z t e Hilfestellung geben:

Die eigene Meinung (in Bildung und Äußerung) schützen heißt zunächst einmal, daß alles, was (auch immer) vom Individuum aus seiner ganz e i n z e l s c h i c k s a l h a f t e n , genetisch-, entwicklungs- oder feldgeprägten psychisch/physischen Konstitution kommend in die Meinung einfließt/einfließen kann, insgesamt und umfassend das zumindest p o t e n t i e l l e Schutzangebot des Art.5 GG genießt. Denn diese Individualpotenz konstituiert den Kernbereich dessen, was das Gesetz mit der "Eigenheit" anspricht.

Negativ ausgedrückt bedeutet das, daß insbesondere aus dem Gesamtkomplex derjenigen e n d o g e n e n psychischen Felder, Strukturen und Antriebe, die zur Meinungsbildung beitragen (können), nicht willkürlich und in einer den Erkenntnis-

¹⁾ vgl. Luhmann, Grundrechte als Institutionen

sen moderner Psychologie widersprechenden Weise Teilgehalte und Elemente herausgelöst und dem Schutzbereich des Art.5 GG entzogen werden dürfen, wenn dafür kein eindeutiger normativer Auftrag vorliegt.

Konkret geraten damit gewisse, noch deutlich an erkenntnistheoretischen Kategorien orientierte Verengungen des Meinungsbegriffs wie Ridders Begrenzung auf "Ergebnisse (nur:) rationaler Denkvorgänge" und die überwiegend vertretene Ausklammerung emotionaler bzw. willensbetonter Gedankengehalte ins Blickfeld kritischen Interesses. Wenn die Psychologie heute experimentell eindeutig nachweisen kann, daß das Seelische nicht summativ aus Elementen zusammengesetzt ist, daß es demnach keine isolier- und qualifizierbaren psychischen (Einzel-) Größen gibt, ²⁾ werden derartige Divisionsversuche auch im Bereich grundrechtlicher Freiheitsverbürgung überprüfenswert.

Nicht zu konkreter Einzelfallaufbereitung des wie immer bemessenen und strukturierten Anteils endogener Gehalte einer Meinung soll deshalb hier die psychowissenschaftliche Anleihe dienen, sondern nur zur Abwehr seinswidriger Auf- und Abspaltungen eines psychisch ganzheitlichen Komplexes; ist auf diese Weise gesichert, daß wirklich alles, was von der Individualpsyche her in die Meinung/Meinungsäußerung einfließen kann, von Art.5 GG berücksichtigt wird, kann dieser unzweifelhafte Grundstock der "Eigenheit" gewissermaßen en bloc als pauschaler Merkposten in die Rechtsformel eingesetzt werden, ohne auch rechtlicherseits noch irgendeiner (fragwürdigen) Detaillierung zu bedürfen.

Auch bestimmte, teils erkenntnistheoretisch, teils (rechts-) ethisch fundierte Postulate des geltenden Meinungsbegriffs,

²⁾ vgl. Jacobi, Werbepsychologie, S.30 ff;
Wellek, Ganzheitspsychologie, Lexikon der Pädagogik Bd.I,
Bern 1950, S.501 ff
vgl. dazu näher unten S.39 ff

wie z.B. das durchaus idealtypisch verstandene Wahrhaftigkeitsgebot, ³⁾ verlieren im Licht psycho/sozialwissenschaftlicher Befunde erheblich von ihrer Realitätsverträglichkeit und sind daher jedenfalls grundrechtszweckkonform zu fassen.

Neben endogenen spielen auch die verschiedensten e x o - g e n e n Faktoren in ebenfalls kaum durchschaubarer Prozessualität und Dynamik bei der individuellen Meinungsbildung mit. Was hier etwa die Informationsfreiheit des Art.5 I/1 GG ausdrücklich nachzeichnet, macht nur einen bestimmten Teilbereich dieser permanent umfassenden Feld- und Entwicklungsprägung aus.

Das Gesamtphänomen psychisch irgendwie rückwirkender Feldfaktoren läßt sich ganz sicher nicht auf einen derart harmonisch - kommunikativen Generalnenner bringen.

Eben deshalb entzieht sich auch das Gros der e i n z e l - s c h i c k s a l h a f t e n , sei es kommunikativ oder nichtkommunikativ erfolgten/erfolgenden F e l d p r ä - g u n g in ihrer Auswirkung auf die konkrete Meinungsbildung praktisch analytischer Erfassung und Bewertung. Welche prä- oder postnatalen Impulse in welcher Form möglicherweise in eine konkrete Einstellung/Handlung einwirken, muß grundsätzlich offen bleiben und kann auch offenbleiben; liegt hier doch ebenfalls eine ganz wesentliche Quelle der individuellen "Eigenheit", die Art.5 GG in Schutz nimmt, also als natürliche Prämisse freiheitlicher Eigenmeinungsbildung mit in Kauf nimmt. M.a.W.: Eigene Meinung ist, ungeachtet aller Einsichtsschranken, nicht etwa nur eine frei von schlechthin j e d e r heterogenen Determination, sie lebt im Gegenteil in ihrer Individualität sogar in gewisser

³⁾ siehe dazu unten S.41 ff

Weise davon. ⁴⁾

Nicht von ungefähr setzt Luhmann Freiheit (ganz allgemein) nicht etwa gleich mit "Freistellung von latenter Determination", mit "Freiheit von jeder wissenschaftlich aufdeckbaren Ursache des Handelns", sondern definiert sie als "nur: Freiheit von sozial manifesten Außenursachen." ⁵⁾

Allerdings stehen auch für ihn die Grenzen zwischen latent und manifest nicht "ein für allemal fest, sondern (sind) kulturell variabel." ⁶⁾

Und in eben diesem weiten Feld sozialer Veränderungen und Entwicklungen zeichnen sich doch vereinzelt Erscheinungen ab, die - wegen ihrer *M a s s e n t y p i k* soziologisch besonders greifbar - in einer Weise psychisch ansetzen/wirken (wollen), die zivil- oder strafrechtlich bislang kaum zu beanstanden ist, dennoch mitunter einer unkommunikativen "Einverseelung" heterogener Gehalte in die Individualpsyche fähig scheinen, die sich nur noch schwer der gesetzlichen "Eigenheit" einfügt.

Gallionsfigur solcher breitenwirksamer, psychisch ansetzender Fremdbestimmungsversuche ist derzeit zweifellos die Wirtschaftswerbung. Bei den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten unumgänglich ⁷⁾ (und damit unmittelbar aus der stärksten materiellen Quelle staatlich / gesellschaftlicher Existenz gespeist) und in ihrer Wirkung potenziert durch eine entwicklungsgeschichtlich einzigartige Ausweitung tech-

⁴⁾ H.Wilhelm, Werbung, S.44: "Nur in der Auseinandersetzung mit den Versuchen der Beeinflussung auf allen Gebieten des Lebens bildet sich erst die Persönlichkeit, das höchste Ziel menschlichen Lebens; der nicht "beeinflusste" Mensch ist ein Sonderling, ist das Ende des eigentlichen Menschseins ..."

⁵⁾ Luhmann, a.a.O. S.66

⁶⁾ Luhmann, a.a.O. Fn.41

⁷⁾ näher dazu unten S.91 ff

nischer Kommunikationshilfen ⁸⁾ hat sie eine Bedeutung für die Sozialpsychie erlangt, die über ihren Hauptzweck, die Konsumförderung weit hinausreicht. Als (konsumorientierter) Leitbildvermittler ⁹⁾ und Verhaltensprojektor hat sie über Alters- und Klassenschranken hinweg Positionen besetzt, überlagert und neugewonnen, die vordem nur abschnittsweise und meist von anderen Intentionen gehalten worden waren. So steht heute beispielsweise das *r e a l e* Gewicht des wichtigsten herkömmlichen "Fremdbestimmungsfaktors", der Erziehung und seiner traditionellen Primärträger, Eltern und Schule, in seiner überaus detaillierten, z.T. verfassungsrechtlichen "Verarbeitung" in deutlichem Mißverhältnis zur Verhaltensprägung Jugendlicher durch die (wirtschaftsgesetzlich organisierten) Medien und deren geradezu spärlicher jugendspezifischer Rechtsbewältigung. Und im Erwachsenenbereich beweist überlegen-abschätziges Lächeln über den endlos suggerierten "Duft der großen weiten Welt" noch längst nicht entsprechende Resistenz der wirklich verhaltenssteuernden Zentren der Individualpsychie.

Macht man sich deshalb klar, daß modernste angewandte Sozial- und Individualpsychologie bislang weit eher in den wirtschaftsnahen Zonen der Konsumsteuerung als in den vor- oder staatlichen Erziehungseinrichtungen zu finden ist, ist unschwer ersichtlich, daß auch die "Eigenheit" der Meinung von diesen allumgreifenden Determinationsansätzen entscheidende Konkretisierungen zu erwarten hat. Zumindest einzelne der "allgemeinen psychologischen Geschäftsbedingungen" unserer Massenkonsum- und Wohlstandsproduktion verdienen deshalb nicht weniger Aufmerksamkeit als ihre papierernen Protagonisten.

⁸⁾ informativ Gehlen, Die Seele, S.12 f;
Packard, Die wehrlose Gesellschaft, München-Zürich 1966, S.18 ff
Schelsky, Information als Produktion und Konsum, in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf-Köln 1965, S.317 ff

⁹⁾ H.Wilhelm, a.a.O. S.13 ff (17 f)

2. Rechtliche Problemstellung

Diese Infragestellung einer dominant rationalistischen Meinungsdeutung, die Abwendung von der verabsolutierten "Chimäre der Willensfreiheit" ¹⁰⁾ und die deshalb erforderliche Erweiterung des Blickwinkels auf gewisse Ponderabilien des sozialen Umfelds stellt den Anspruch, die Äußerung der eigen- gebildeten Meinung grundrechtlich zu schützen, vor erhebliche rechtsbegriffliche- bzw. rechtstechnische Aufgaben:

Denn der Rechtsbegriff der eigenen Meinung darf einerseits nicht willkürlich die Psyche amputieren, soll andererseits aber auch nicht über eine totale Innenbereichserstreckung jeden nichtssagenden Seufzer auffangen und damit praktisch wieder zu Herzogs umfassender Kommunikationsteilhabe verwässern,

er darf die gesetzliche "Eigenheit" nicht desavouieren, hat jedoch den verschiedensten exogenen Impulsen und Mitbestimmungsfaktoren im Bereich der individuellen Meinungsbildung angemessen Rechnung tragen, d.h.

er soll eine ausreichende Abgrenzung zwischen üblichen/unvermeidlichen/zumutbaren = sozialadäquaten Einflüssen (z.B. kommunikativer Art) und unzulässigen Übergriffen in den intangiblen Bereich der Meinungs- und Willensbildung geben/ermöglichen, ohne sich die Reaktionsfähigkeit gegenüber noch unbekannten Entfremdungstendenzen zu verbauen.

Vergegenwärtigen wir uns dazu kurz die bereits angedeuteten Möglichkeiten (notwendiger, vgl.oben) **n o r m a t i v - i n t e r p r e t a t i v e r** Erfassung sowie (u.U. davon getrennter, vgl.oben) **n o r m a t i v e r I n s c h u t z - s t e l l u n g** des fraglichen Innenbereichs:

¹⁰⁾ Hennig, Die Abhängigkeit der Massenmedien, a.a.O., S.28

- a. Was die eigene Meinung im Sinne der Verfassung ausmacht, kann interpretativ nur aus Art.5 GG selbst entnommen werden. Denn wenn es einen abgrenzbaren Komplex dieser Art überhaupt gibt, läßt keines der in Frage stehenden externen (Mutter- oder Auffang-)Grundrechte des Innenbereichs eine entsprechende Konkretisierung erwarten:

Ob nun eine "allgemeine Geistesfreiheit",¹¹⁾ eine "Freiheit des Denkens, Fühlens, Wollens und Sichentschließens",¹²⁾ eine "Freiheit der Anschauung im Bereich der Geheimsphäre",¹³⁾ eine "Freiheit, nicht zu hören"¹⁴⁾ oder mehr oder minder präzisierete Ausflüsse des Menschenwürdesatzes¹⁵⁾ bereitstehen - welchen Bereich die Meinungsbildung in oder neben diesen Feldern einnimmt, läßt sich aus ihnen nicht ableiten.

Bleibt somit die Begriffs(-bestimmungs-)zuständigkeit bei Art.5 GG, so bietet dieser wiederum verschiedene rechtstechnische Möglichkeiten der begrifflich-substantiellen Erfassung:

Einmal die der unmittelbaren und abschließenden Festlegung aus Abs.1. Die vom historischen Verfassungsgeber ja eindeutig allein auf den kommunikativen Aspekt zugeschnittene Schrankensystematik des Abs.2 bliebe dann weiterhin für die Meinungsbildungsfreiheit irrelevant.

Oder man faßt - nun endgültig in Abkehr von tradierten Vorstellungen - die wesentlich flexiblere Lösung ins Auge, über

11) Faber, Innere Geistesfreiheit und suggestive Beeinflussung, Berlin 1968

12) Ramm, Die Freiheit der Willensbildung, Stuttgart 1960, S.20 ff

13) Scholler, Freiheit des Gewissens, Berlin 1958 S.210 ff (217)

14) Kimminich, in Staat, Bd.3, Berlin 1964, S.61 ff

15) vgl. Jürgens, VerwArch 53,105 ff

die "allgemeinen Gesetze" des Abs.2 (Jugend- und Ehrschutz beziehen sich naturgemäß nur auf die kommunikative Entfaltung) externen Normgefügen auch insoweit einen in gewissem Umfang beschränkten Konturierungsspielraum zu überlassen.

Soll sich allerdings dabei die Begrifflichkeit nicht ebenfalls in (weil reflexiv erzeugten) Zufalls- und Unvorhersehbarkeitsgestaltungen verlieren, ist vorab eine deutliche Einschränkung dieser denkbaren Prägungsvollmacht herauszustellen:

Sie dürfte keinesfalls als totaler Konstituierungsvorbehalt,¹⁶⁾ als unlimitierter Blankoscheck für einfachgesetzliche Substantierung verstanden werden, wäre doch sonst kein Maßstab ersichtlich, der zwischen grundrechtskonformer Prägung und eingriffsähnlicher,¹⁷⁾ weil (welche?) Substanz verletzender "Überprägung" unterscheiden ließe. Vielmehr hätte auch bei dieser Gestaltung Abs.1 einen gewissen Mindest- oder Kerngehalt des Meinungswertigen bzw. der Eigenheit zu vermitteln, der lediglich in der Kontur, im Peripheren einen Konkretisierungsraum für solcherart drittgerichtete Normen freiließe, die ihrerseits dann an der Substanz gemessen werden könnten.

Die differenzierte, psycho- wie soziologische Aufgabenstellung läßt deshalb bereits vorsichtig zugunsten dieser "anpassungsfähigeren" Alternative optieren; jedenfalls scheint Zurückhaltung gegenüber einer ungedeckten interpretativen Überfrachtung und damit Zementierung des Verfassungsbegriffs der eigenen Meinung in Art.5 I/1 GG geboten.

- b. Bis zur Entscheidung über diese normativ-interpretative Bewältigung des inhaltlich/gegenständlichen Gewährleistungsbezugs ist deshalb auch die Frage nach dem Sitz des normati-

¹⁶⁾ vgl. dazu näher Lerche, Übermaß S.106 ff (107 Fn.38,108 Fn.42,112 ff)

¹⁷⁾ Lerche, a.a.O. S.114 ff

ven Schutzversprechens (ob, wie naheliegend, in Art.5 GG selbst, oder wie gelegentlich postuliert und deshalb immerhin prüfenswert, in anderen "Innengrundrechten") zunächst zurückzustellen.

- c. Mit der Berücksichtigung gewisser gesellschaftlicher Determinationsfaktoren bei der Schutzbereichsbestimmung des Art. 5 I/1 GG ist zwangsläufig die **D r i t t w i r k u n g s -**frage angesprochen, ja im Grunde bereits bejaht.

Zumindest Art und Umfang einer Grundrechtsausstrahlung in den Privatrechtsbereich sind in Literatur und Rspr. noch stark umstritten. Befürwortern einer differenzierten, "mittelbaren" Beeinflussung des Privatrechtsverkehrs stehen Ansichten gegenüber, die für eine unmittelbare Drittwirkung eintreten.¹⁸⁾

Hier Stellung zu beziehen erübrigt sich aber, weil in unserem Zusammenhang nur die **g r u n d s ä t z l i c h e** Option einer Ausstrahlung des Art.5 I/1 GG auf das meinungsbezogene Kommunikationsgeschehen in Anspruch genommen wird. Die Grundrechte - wie auch immer - dort einwirken zu lassen, "wo die ökonomisch-sozial begründete Macht in der rechtlichen Bewertung der hoheitlichen Gewalt gleichgestellt werden muß",¹⁹⁾ wird selbst von Befürwortern der klassisch staatsgerichteten Grundrechtsauslegung nicht mehr strikt ausge-

¹⁸⁾ vgl. einerseits
BVerfGE 7,198 ff
Dürig in Maunz-Dürig, GG, Art.1 Rz.131 ff
Hamann, GG, Anm.4 vor Art.1
andererseits
Nipperdey-Wiese in: Bettermann-Nipperdey, Die Grundrechte IV/2, 1962, S.741 ff
Leisner, Grundrechte und Privatrecht, München-Berlin 1960, (bes. S.354 ff)

¹⁹⁾ Ballerstedt in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte III/1, 1958, S.1 ff (58 f)

schlossen. Selbst Forsthoff ²⁰⁾ räumt zunächst die Vertretbarkeit einer Drittwirkungsbegründung ein, die sich auf den Nachweis stützt, "daß angebbare Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur neue Schutzbedürftigkeiten des Einzelnen gegenüber der organisierten gesellschaftlichen Macht hervorgerufen haben, daß es dem Sinn einer Verfassung angesichts der veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeit entspreche, auch diesen Schutzbedürftigkeiten Genüge zu tun, und daß deshalb die Grundrechte in einem neuen Sinn zu interpretieren seien."

Gegenüber eben solchen angebbaren Erscheinungen soll im Folgenden eine gewisse aktuelle Abwehrbereitschaft des Art.5 I/1 GG nachzuweisen versucht werden. Im übrigen scheint es, daß die Privatrechtsordnung auf der Grundlage des Gleichordnungsgedankens ohnehin dem kommunikativen Prinzip des Art.5 GG (soweit dieser tatbestandlich überhaupt durchschlagen könnte) bereits weitgehend Rechnung trägt; die h e r k ö m m l i c h e n Formen unkommunikativer Beeinflussung (Drohung, Täuschung, Zwang usw.) jedenfalls werden zweckgerecht bekämpft.

²⁰⁾ Die Umbildung des Verfassungsgesetzes, in Carl-Schmitt-Festschrift 1959, S.35 ff
nunmehr eindeutig gegen jegliche Drittwirkung, vgl. z.B. in: Der Staat der Industriegesellschaft, S.147 ff

C Versuch einer tatbestandlichen und normativen Bestimmung des Meinungsbezugs

I. Das Tatbestandsmerkmal der "eigenen Meinung"

Zunächst soll also der grundrechtsunmittelbare Gehalt des inhaltlich/gegenständlichen Gewährleistungsbezugs ("seine Meinung") möglichst behutsam erschlossen werden.

1. Der Meinungsbegriff des Art.5 I/1 GG

Die zahlreichen Umschreibungen für Meinungsäußerungen ("Werturteile", "Stellungnahmen" usw., vgl.oben) signalisieren alle eine Art *i d e e l l e r* (geistiger?) *P o s i t i o n s n a h m e*. Vorbehaltlich weiterer Konkretisierung anhand des gesetzlichen Personalbezugs ("seine") ist Meinung offenbar ein psychisch irgendwie verdichteter, substantiierter Objektbezug, der - geäußert - regelmäßig die ideelle Beziehung des Meinungsinhabers zum Meinungsgegenstand erkennen läßt, insoweit also eine Identifizierung ermöglicht.

Die Unzulänglichkeit dieses ersten Deutungsansatzes wird aber sogleich deutlich, wenn man entsprechend dem *a l l - g e m e i n e n* *S p r a c h -* und *S a c h e m p f i n - d e n* etwa "blanken Haß" oder "sicheres Wissen", beides eindeutig(e) ideelle Objektbezüge, aus- oder abgrenzen soll. Zwischen Meinen und Wissen unterscheiden jedenfalls nicht nur Plato ¹⁾ und Kant ²⁾.

Wenn demgegenüber Herzog die objektive Ununterscheidbarkeit von Meinung und Tatsachenwissen damit begründet, es gebe "wohl kaum ein *f u n d i e r t e s* Werturteil, in das nicht ein mehr oder minder erhebliches

1) v.Hentig, Öffentliche Meinung, S.26

2) vgl. die ausführliche Darstellung und Verwertung der erkenntnistheoretischen Grundlagen Kants bei F.Schneider, Pressefreiheit, S.18 ff

Tatsachenwissen" einfließe,³⁾ ist diese Begründung für Art. 5 GG zu ausschnittshaft: Auch "bodenlose", "aus der Luft gegriffene" Ansichten genießen grundsätzlich Grundrechtsschutz, wie Herzog selbst nachfolgend einräumen muß (zu dieser Problematik vgl. unten).

Wenn er wirklich "keine von jedem eigenen Werturteil des Berichtenden losgelöste Berichterstattung"⁴⁾ für denkbar hält, überschätzt er wohl z.B. die aktuelle psychische Beteiligung eines Straßen- oder Brückenwärters, der seit Jahren täglich seine Daten irgendwohin durchgibt. Wenn selbst solche Gewohnheitsimpulse mit dem (Zwangs-) Etikett der Meinungsäußerung, "daß dies gesagt werden müsse und als solches bewertet werde"⁵⁾ versehen werden sollen, fragt man sich (überspitzt), welches Gähnen dann noch vor Art.5 GG sicher ist?

Spuren "irgendeiner persönlichen Regung"⁶⁾ dürften praktisch jedes menschliche Verhalten begleiten. Allein deshalb jede Verlautbarung mit dem Schutzangebot des Art.5 GG zu bedenken, beschränkt bereits wieder einen nicht minder achtenswerten psychischen Zustand: Den der (gewollten) Indifferenz! Aus Meinungsschutz wird leicht ein rechtsfiktiver Meinungszwang. Klauseln wie "Alle gesendeten Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht eine Stellungnahme des ... Rundfunks wieder" wären dann rechtsunbeachtlich. Ein Gewinn?

Auch wenn man gelegentlich n i c h t "meinen" kann, will und dürfen sollte,⁷⁾ Art.5 GG also nicht d e s h a l b j e d e Äußerung erfassen muß, trifft doch Herzogs letztes Argument ins Zentrum einer Rechtsproblematik, für die die h.L. eine überzeugende Begründung noch schuldig ist:

3) Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz.51

4) a.a.O.

5) und zwar ungeachtet seiner Dienstpflicht

6) a.a.O. Rz.51

7) Herzogs negative Komponente (a.a.O. Rz.40), also die Freiheit, keine Meinung zu äußern, ist sachlich ein Meinungsverschweigerecht, weil wegen der Weite seines Meinungsbegriffs eine Nicht-Meinungsäußerung kaum mehr denkbar ist; seine negative Meinungsfreiheit und die hier vertretene Möglichkeit, auch einmal keine Meinung zu äußern, sind also nicht identisch.

Herzog: ⁸⁾ "Nach der h.L. ist, wenn man sie konsequent durchdenkt, die Meinungsäußerung, obwohl sie von allen Subjektivitäten belastet sein kann, deren der sich Äußernde nur fähig ist, mehr geschützt als die Berichterstattung, die unter Umständen Schritt für Schritt dem Wahrheitsbeweis unterzogen werden kann ... Es ist (deshalb) unmöglich, der Berichterstattung einen geringeren Grundrechtsschutz einzuräumen als der Meinungsäußerung im Sinne der h.L."

Was veranlaßt die Verfassung, allein diese - potentiell extreme - Subjektivität in Schutz zu nehmen und die theoretisch höchste Erkenntnisform, das Wissen, so deutlich zu diskriminieren?

Selbst F.Schneider ⁹⁾ sieht sich in seiner eingehenden Behandlung und Rechtfertigung der herrschenden Deutung auf den ausdrücklichen Begriffskontrast in Art.5 I GG ("Meinung" in Abs.1/1, "Berichterstattung" in Abs.1/2) und den Hinweis abgedrängt, Art.5 GG schütze eben "nicht die Richtigkeit, sondern die geistige Freiheit des Individuums."

Zweifellos trüge jeder grundrechtsexclusive Objektivitätsmaßstab nicht minder zur Relativierung dieses Individualrechts bei wie etwa die eingangs monierte Festlegung auf gewisse Verbalisierungstypen. Aber gehört nicht auch Nachahmen-, Annehmen-, Speichern- und Wiederholendürfen zur natürlichen geistigen Betätigungsfreiheit?

Halten wir fest: Wenn es nicht darauf ankommen kann, ob die "ideelle Position" o b j e k t i v unanfechtbar ist, kann der rechtspolitische Differenzierungsgrund nur hinter der verschiedenen A r t der s u b j e k t i v e n Gegenstandsbehandlung, d.h. dem jeweiligen Bezugs w i l l e n zu finden sein:

⁸⁾ a.a.O. Rz.53

⁹⁾ Pressefreiheit, S.31

Ein daran anknüpfender (erkenntnis-) t h e o r e t i -
s c h e r Differenzierungsversuch könnte etwa so lau-
ten:

W i s s e n (-wollen) ist subjektive "Gegenstandsbesetzung",
ist (wertneutral:) ideeller Absolutismus, Verweigerung jeder
Toleranz oder Alternative.

Entweder man "weiß" etwas oder nicht: "Nicht-genau-Wissen"
ist sachlich schon wieder "Meinen", "Glauben", "Annehmen"
usw. Diese beanspruchte Objektivitätskongruenz (= mit Vor-
gegebenem, "Seiendem") bedeutet aber zugleich die subjektive
Bescheidung auf ideelle Reproduktion, auf Wieder-gabe.
Wenn ich etwas zu "wissen" vorgebe, sage ich nur, daß es so
(schon) i s t , daß ich eigentlich nichts Neues (Eigenes)
bringen will.

Wissenwollen ist insofern die Vermeidung intellektuellen
Risikos durch Deckungnahme in anonymer Allgemeingültigkeit,
ist nicht identifizierbare Eigen-, Sonder-, Individualpro-
jektion/-produktion, sondern nur subjektives Einfügen in Vor-
gegeben-Unverrückbares.

M e i n e n (-wollen) dagegen ist eingestanden-mögliche "Ge-
genstandsverfehlung", ideelle "Raumgabe" für andere - glei-
che, abweichende, u.U. zutreffendere - Meinungen.

Dieser Anspruchsverzicht auf Unbedingtheit oder objektive
Seinsdeckung der eigenen Position öffnet dafür ein Betäti-
gungsfeld für umfassendste Individualität: Für schöpferische
Originalität ebenso wie für geistiges Mitläufertum! Nur:
Wer sich, aus welchen Gründen auch immer, einer anderen
M e i n u n g anschließt, riskiert immer noch (bewußt) mit
dieser intellektuelle oder affektive Identifizierbarkeit,
Widerlegung, Isolation usw.

Als a b s t r a k t e Wertungsgrundlagen z u g u n s t e n
des Meinen(wollen)s ließen sich somit bewußte ideelle Tole-

ranz, intellektuelles Wagnis und größter Individualspielraum gegenüber monistischer Intransigenz und intellektueller Deckungssuche hinter objektiver "Unangreifbarkeit" bei Verzicht auf Kreativität ins Feld führen.

Selbstverständlich können die r e a l e n Leistungs-, Risiko- oder Toleranzverhältnisse im Einzelfall ganz anders liegen.

Art.5 GG honoriert aber nicht besondere individuelle (Denk-) Leistungen oder Fähigkeiten, sondern eröffnet über den Meinungsbegriff "nur" den p o t e n t i e l l w e i t e r e n Tatbestandsrahmen für ideelle Subjektivität, Vielfalt, Initiative ¹⁰⁾ - also gleichermaßen für entsprechende Individualfreiheit wie für ein lebendig-polyphones gesellschaftliches Kommunikationsgeschehen (wobei letzteres im Zeitalter der Massenkommunikationsmittel ebenfalls erhebliche reale Verzerrungen erfahren hat; vgl. dazu unten S. 96 ff.)

10) Der Rückgriff auf abstrakt-theoretische Differenzierungen zur "Begründung" der grundrechtlichen Privilegierung des Meinens mag im allgemeinen Sog (z.T. auch hier versuchter) natur- und seinswissenschaftlicher Verifizierung von Rechtsbegriffen als Rückschritt anmuten. Doch scheint sich hinter der derzeit modischen t o t a l e n "Soziologisierung" der Verfassung ein nicht minder fragwürdiges Axiom abzuzeichnen, als es die ausschließliche interpretative Haftung an seinsfernen Dogmen der Aufklärung, Erkenntnistheorie usw. war. Denn Verfassungsrecht hat nicht nur ein getreues Spiegelbild realer Verfassung zu sein; ihre Grundnorm-, Ordnungs- und Leitbildfunktion verträgt und erfordert vielmehr auch eine gewisse Seins- und Aktualitätsdistanz. Dieser Wesenheit des Verfassungsgesetzes ist deshalb auch nicht j e d e sozial- oder naturwissenschaftliche Vergegenständlichung unbedingt zuträglich. Insbesondere manche Wertformeln (z.B. die Menschenwürde in Art.1 GG) widersetzen sich gleichermaßen ideologischer Überlastung wie auch absolutierter Soziographie (vgl. dazu näher unten S. 64 f.).

Die - für den hier interessierenden Individualrechtsbereich - erhöhte Freiheitspotenz des Meinungsbegriffs erweist sich am deutlichsten in der Abwehr bzw. Konkretisierung gewisser, von der Literatur z.T. dem Meinungsbegriff zugeschriebener Sonderkriterien:

- a. Die mangelhafte psychologische Fundierung eines "rationalen" Meinungsbegriffs wurde bereits angesprochen. Wenn experimentell unterlegt ist, daß die Psyche nicht aus einzelnen Bereichen besteht, "die in letzte Bestandteile auflösbar"¹¹⁾ sind, daß seelisches Geschehen also "immer eine Ganzheit"¹²⁾ nicht hypostasierter Elemente oder Funktionen ist, dann wird die exclusive Inschutznahme einer bestimmten, als abgrenzbare psychische Sonderleistung vorgestellten Emanation bereits von hierher problematisch. Auch mahnt der erkenntnistheoretische Ursprung der Logik bzw. Rationalität, diesen anerkannten Erkenntnisnormen nun nicht kurzerhand einen entsprechend exakt faßbaren psychischen Seins- und Funktionsbereich als quasi biologisches Fundament vorzuordnen. Die kollektive Unterwerfung unter diese Gesetzmäßigkeiten mag höchstmögliche (und kommunikative; vgl. unten S.52f) Ansichtendeckung = "Wahrheit" und "Wissen" (!) ermöglichen, also diese erkenntnistheoretischen Sonderqualitäten erst konstituieren und bestimmen helfen, die endophysischen Wurzeln des Denkens und Erkennens (wollen)s müssen diesen heterogenen Normen keineswegs entsprechen.

Besteht deshalb schon von erkenntnistheoretischer Seite kein Anlaß, Meinen - anders als "objektives" Wissen - an die Gesetze der Logik o.ä. zu binden, ist der natur- bzw. psychowissenschaftlichen Zurückhaltung gegenüber einem abgrenzba-

¹¹⁾ Jacobi, Werbepsychologie, S.48

¹²⁾ ders., a.a.O. S.50

ren psychischen Rationalbereich und entsprechend "reinen" Emanationen bei der Definition des grundrechtlichen Meinungsbegriffs Rechnung zu tragen.

Wie wenig im übrigen die "Idealvorstellung" reiner Rationalität selbst der wissenschaftlichen Praxis entspricht, veranschaulicht Faber ¹³⁾ am Beispiel der "akademischen Schulen", die ohne Mitwirkung eines, wie er es nennt, "suggestiven Elements", also para- oder prärationaler Faktoren kaum erklärlich seien. Tatsächlich spielt sich die Meinungs-, Konsens- oder Wissensbildung auch hier nicht nur im dogmatisch-methodischen Bereich, sondern - ähnlich dem menschlichen Wahrnehmungsverhalten - nicht selten bereits auf der vorprägenden Grundlage "ursprünglicher Aufnahme" ¹⁴⁾ bzw. "früher Anmutungen" ¹⁵⁾ ab.

Ein Blick schließlich auf die realen Bedingungen individueller Meinungsbildung in einem modernen industriestaatlichen Gemeinwesen läßt ein grundrechtliches Rationalitätsprivileg endgültig in Pönalisierung der ohnehin behinderten Individual- und Sozialpsyche umschlagen:

Trotz erhöhter Mobilität nahezu aller Bevölkerungskreise haben die Massenkommunikationsmittel bereits den größten Teil der Umweltvermittlung übernommen; Zeitungen, Zeitschriften, Film und Fernsehen formen unser Weltbild inzwischen weit nachhaltiger als persönlich direkte Anschauung oder Kontaktnahme.

¹³⁾ Geistesfreiheit, S.67

¹⁴⁾ Lerche, DVBl 61,690 ff (691), der mir, wenngleich auf der "höheren" Wahrnehmungsebene der ersten (rechts-)wissenschaftlichen Sachverhalts- oder Problemannäherung, ein ähnliches Phänomen anzusprechen scheint, wie es die ganzheitliche Wahrnehmungspsychologie bzw. die Aktualgenese mit den sog. "frühen Anmutungen" beschreiben.

¹⁵⁾ vgl. P.Brückner, Die informierende Funktion der Wirtschaftswerbung, Berlin 1967, S.57 ff, 75 ff
Spiegel, Werbepsychologische Untersuchungsmethoden, Berlin 1958, S.50 ff, dessen Schichtentheorie jedoch durch ganzheitspsychologische Forschungsergebnisse z.T. modifiziert wurde

Soziologen sprechen deshalb schon von einem "Leben aus zweiter Hand",¹⁶⁾ von der individualpsychischen Gleichsetzung der publizistisch projizierten mit der realen sozialen Welt.¹⁷⁾ Diese allumfassende Publizistik untersteht jedoch praktisch den gleichen industriegesellschaftlichen Imperativen von Produktion und Konsum wie die übrige Wirtschaft auch.¹⁸⁾ Selbst die bei uns öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunk- und Fernsehanstalten sind zunehmend auf kommerzielle Einnahmen angewiesen und damit zu entsprechender Programmgestaltung gezwungen.¹⁹⁾ Abgesehen von ihrer wesentlichen Funktion als Werbeträger (auf die noch einzugehen sein wird) und den daraus folgenden Abhängigkeiten in wirtschaftlicher und thematischer Hinsicht hat die im Wettbewerb stehende Publizistik auch die Nachfrage, also die Publikumswünsche und -bedürfnisse zu berücksichtigen. Statt hier nun zu einer - notwendig ausgreifenden - Analyse der komplexen Mechanismen und Wechselwirkungen dieses Marktes anzusetzen (der sich keineswegs auf ein simples Wunsch-Erfüllungs-Schema bringen läßt),²⁰⁾ sei einfach der derzeitige soziologische/sozialpsychologische Befund kurz angedeutet:

¹⁶⁾ Schelsky, Gedanken zur Rolle der Publizistik in der modernen Gesellschaft, 1961, in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf-Köln 1965, S.310 ff (316)

¹⁷⁾ Zoll, Manipulation der Meinungsbildung, in: Kritik Bd.4, Opladen 1971, Einl. S.12

¹⁸⁾ Hennig, Die Abhängigkeit der Massenmedien, a.a.O. S.27 ff
Holzer, Politik in Massenmedien, in Kritik, Bd.4, Opladen 1971, S.68 ff

¹⁹⁾ Holzer, a.a.O. S.70

²⁰⁾ informativ Horkheimer-Adorno, Dialektik der Aufklärung, 1944
New York (Neuauf. Frankfurt 1969) S.128 ff (129)
Schelsky, zur Rolle der Publizistik, a.a.O. S.310 ff
v.Hentig, a.a.O. S.61

60 - 70 % des Presseangebots entfallen auf Anzeigen und 40 - 70 % des redaktionellen Programms von Presse, Rundfunk und Fernsehen auf Unterhaltung.²¹⁾ Das bedeutet für das informative und interpretierende Angebot nicht nur eine einschneidende Mengenbeschränkung, sondern auch die Notwendigkeit qualitativer Abstriche. Denn bei der zunehmenden Komplizierung und Unüberschaubarkeit fast aller Lebensbereiche bleibt einer derart beengten und auf ein Publikum treffenden (Sach-)Publizistik, das von anderer Seite nur zu sehr an bildhaft-simple Programmgestaltung gewöhnt ist, meist nur der Ausweg zu inadäquater Simplifizierung, Personalisierung, Intimisierung und Emotionalisierung der Informationsgegenstände.²²⁾ Die Gleichsetzung politischer oder wissenschaftlicher Richtungen und Systeme mit einzelnen Spitzenpersönlichkeiten, die Ersetzung sachlicher Berichterstattung durch Impressionen über Menschliches und Privates im Umkreis von Hauptpersonen oder -ereignissen ist symptomatisch für die Art, mit der uns eine oft gar nicht böswillige Publizistik die Welt verzeichnend "nahebringt". Entsprechende Rückwirkungen auf die Motiv- und Meinungsstruktur der solcherart informierten Bürger sind unvermeidlich: Eine Zusammenfassung empirisch unterlegter Analysen aus dem Jahre 1971²³⁾ stellt denn auch eine "allgemeine Entfremdung der Bevölkerung vom politischen und sozialen Raum, Unsicherheit, Unselbständigkeit und Angst" als dominante Merkmale der Sozialpsychie fest.

Wird dem Einzelnen also bereits realiter die Möglichkeit zu sachgerechter, emotionsloser Meinungsbildung weithin erschwert, läge ein ausschließlich auf rationale Meinungen begrenztes Grundrechts(schutz)angebot bedenklich neben dem gegenständlichen Bedürfnis, geriete in die Gefahr eines gegenstandslosen Grundrechts.

21) vgl. Holzer, a.a.O. S.76, nachdem die Publizistik "bis zu 70 und 80 % ihrer Einnahmen auf die Werbung angewiesen ist": Zoll, a.a.O. S.15

22) vgl. Zoll, a.a.O. S.16 f
Holzer, a.a.O. S.77 ff
Schatz, "Tagesschau" und "Heute" - Politisierung des Unpolitischen? in: Kritik Bd.4, Opladen 1971, S.109 ff
Jaenicke, Papier-Seelsorge, ebenfalls Kritik Bd.4 S.164 ff (176)
Was zugleich der natürlichen Wahrnehmungs- und "Bewältigungsökonomie" des Menschen entgegenkommt; anschaulich Lippmann, Die öffentliche Meinung, München 1964 (Orig. Public opinion, 1922, 1949) S.61 ff (115, 146)

23) vgl. Zoll, a.a.O. S.11

- b. Daraus folgt notwendig die - ebenfalls oft abgelehnte - Öffnung des Meinungsbegriffs für e m o t i o n s - bzw. w i l l e n s h a l t i g e / - b e t o n t e Äußerungen. Sowenig diese Elemente von der - geschützten - Meinungsbildung abtrennbar sind, sowenig können sie von einer entsprechenden Kommunikationsfreiheit ausgeklammert werden.

Selbst wenn eine Äußerung "reines Gefühl" auszudrücken scheint, kann eine (zudem) nicht auf bestimmte Artikulationsnormen festgelegte Meinungsfreiheit nicht deshalb bereits ihr Schutzangebot zurückziehen. Solange die psychologische "Ganzheitsvermutung" nicht im Einzelfall eindeutig widerlegt ist, also dem sich auf Art.5 GG Berufenden nicht der in Anspruch genommene Meinungsgehalt zuverlässig bestritten werden kann, dürfen natürliche Einsichts- oder Verständigungsgrenzen nicht willkürlich zu (Grund-)Rechtsnachteilen führen. Vielmehr hat hier, gleichermaßen zur Vermeidung von Rechtsmißbrauch wie von Rechtsverkürzung eine grundrechtsadäquate Rechtstechnik anzusetzen, wie sie auch aus anderen Rechtsbereichen zur Bewältigung natürlicher/nicht zu behebender Unklarheiten bekannt ist (vgl. dazu näher unten S.47).

Entsprechendes gilt im Rahmen des wichtigen, noch zu behandelnden k o m m u n i k a t i v e n Vorbehalts für die ideelle Intensität bzw. Willenshaltigkeit vieler Äußerungen. Sowenig die "Denkleistung", die "geistige Qualität" über den Grundrechtswert einer Äußerung entscheidet, sowenig versagt sich Art.5 GG grundsätzlich dem "voluntativen Aspekt"²⁴⁾ in psychischer wie kommunikativer Verwirklichung. Wie unhaltbar angesichts der "starken Beteiligung dynamischer Komponenten in der Gedanken- und Entscheidungsbildung"²⁵⁾

²⁴⁾ vgl. diesen Terminus bei Faber, a.a.O. S.115

²⁵⁾ Faber, a.a.O. S.123/124

("logisch" fundierte:)²⁶⁾ rechtliche Differenzierungen in einen (geschützten) Kognitiv-Bereich und einen (ungeschützten) Voluntativ-Sektor sind, veranschaulicht am besten das Beispiel eines Verfechters dieser Unterscheidung: Die von Ridder ²⁷⁾ als a) noch meinungswertige- und b) als bereits (ungeschützte) "bloße Willenskundgabe" gegenübergestellten Parolen: (a) "Mit der X-Partei gegen Inflation und Deflation!" und (b) "Mit der X-Partei an die Macht! unterscheiden sich allenfalls im Radius der politischen Meinung, die die X-Partei nach M e i n u n g des Verfassers besitzt und innerhalb dessen sie nach seinem W u n s c h tätig werden soll.

Nicht minder akademisch mutet in diesem Zusammenhang Ramm's ²⁸⁾ Versuch an, innerhalb des Voluntativen zwischen (geschützten) Wunsch-Äußerungen, d.h. solchen, deren Erfüllung nicht von den eigenen Möglichkeiten abhängt und (ungeschützten) Willensäußerungen zu unterscheiden, deren Durchsetzung im Belieben des Äußernden stehe.

Einmal kann ein unerzwingbarer "Wunsch" u.U. dennoch erheblichen "Zwangscharakter" aufweisen; man denke nur, und zwar abseits aller rechtlichen Kategorien, an die übliche Unabweisbarkeit der letzten Wünsche Verstorbener.

Zum anderen ist das objektive Kriterium der Durchsetzbarkeit nicht selten im Äußerungszeitpunkt, oft auch später, gar nicht bestimmbar; ob eine nach Dafürhalten des Anspruchstellers berechnete Lohnforderung ggfs. im Streikweg durchsetzbar ist bzw. gewesen wäre, stellt sich häufig erst im Streikfall, andernfalls vielleicht nie heraus.²⁹⁾

Kann es deshalb für die Bestimmung/Begrenzung des kommunikativen Tatbestands- und Rechtsbereichs in Art.5 GG nur auf

26) ders. S.74

27) Die Grundrechte II, S.274

28) Die Freiheit der Willensbildung S.36 ff

29) vgl. näher unten S.114 ff

die t a t s ä c h l i c h e Art und W i r k s a m k e i t der Meinungs- oder Willensdurchsetzung ankommen, darf eine willensbetonte Äußerung nicht bereits ihrer verbalen Gestalt wegen außerhalb des Art.5 GG gewiesen werden. Ausdruckschiffren wie Forderungen, Weigerungen, Willens- oder Absichtserklärungen, Zielprojektionen, Pläne u.ä. k ö n n e n trotz ihrer dominanten Willenskomponente durchaus auch von Art.5 GG profitieren. Die Grenzen psychischer/interaktiver "Dynamik" ergeben sich für Art.5 GG erst aus seinem Wesen als Kommunikationsgrundrecht (vgl. dazu ausführlich unten S.71 ff).

- c. Eine ebenfalls sachlich nicht im häufig vertretenen Ausmaß gedeckte Hypothek des grundrechtlichen Meinungsbegriffs steckt hinter dem Erfordernis der W a h r h a f t i g - k e i t :

So ist z.B. für Ridder ³⁰⁾ eine "unwahrhaftige" Meinungsäußerung "bei Licht überhaupt keine Meinungsäußerung, da ja nicht das Gemeinte, sondern etwas anderes geäußert wird", weshalb "unwahrhaftige Meinungsäußerungen ... per definitionem der Meinungsäußerung keinen Grundrechtsschutz beanspruchen" können.

F.Schneider findet neben dieser für ihn "logische(n) Forderung aus dem Begriff der Meinung"³¹⁾ noch eine verfassungsrechtliche Begründung in Art.1 GG: Die "Unwahrhaftigkeit als bewußte Diskrepanz zwischen Vorstellung und Äußerung ..." ³²⁾ sei "Lüge", gelte als solche "im Bereich christlicher Gebote als Sünde" und stelle "auch in der nichtjuristischen Sphäre der Gesellschaft ... ein verabscheuenswürdiges Verhalten dar." ³³⁾

³⁰⁾ a.a.O. S.265, v.Köller, S.150 ff

³¹⁾ Pressefreiheit S.16

³²⁾ a.a.O. S.13

³³⁾ a.a.O. S.15

Da die Lüge das Ansehen des Menschen herabsetze und seine Würde mindere, sei es unglaublich, daß die Menschenwürde als "ideeller Ausgangspunkt" auch der Meinungsäußerungsfreiheit .." einer unwahrhaftigen Meinungsäußerung präsidiere.³⁴⁾

Angesichts dieser seltenen Harmonie von Logik, Ethik und Recht fällt es fast schwer, das Bild durch einige sozialpsychologische Beobachtungen etwas zu trüben:

Aber demoskopische, gruppenexperimentelle, individualpsychologische Untersuchungen und wohl auch die schlicht laienhafte (Selbst-)Beobachtung ergeben nämlich meist eine erstaunliche Vielgleisigkeit des menschlichen Meinungs(äußerungs)gebarens, die sich kaum dem obigen Schwarz-Weiß-Schema einfügt. So unterscheidet eine gruppenexperimentelle Studie³⁵⁾ insbesondere bei "affektbesetzten" Themen offen zwischen einer sog. "Oberflächenmeinung" der Diskussionsteilnehmer, bedingt durch Scham, Imponiergehabe, Opportunitätserwägungen o.ä. und einer keineswegs un- oder unterbewußten "eigentlichen Meinung", die oft erst nach Abbau gewisser Anpassungs- und Gefühlsschranken zutage getreten sei, die Überwindung ähnlicher Barrieren ist auch das tägliche Brot des Psychiaters/Psychoanalytikers längst v o r Erreichung der unbewußten Tiefenschichten.³⁶⁾

Umgekehrt ist jedem die Erfahrung vertraut, im besonderen "Reizklima" einer kontroversen Debatte mit "voller Überzeugung" Positionen bezogen zu haben, die er im stillen Kämmerlein längst nicht in dieser Schärfe vertreten würde.

Ganz allgemein bedingt das natürliche menschliche "Rollen"-Verhalten eine weitgehend den Umständen bzw. Partnern angepasste Selbstdarstellung und damit entsprechend differenzier-

³⁴⁾ a.a.O.

³⁵⁾ Osmer, Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Empirische Sozialforschung, Meinungs- und Marktforschung, Tübingen 1962, S.162 ff (167)

³⁶⁾ Sopp, Ergänzung von Querschnittsbefragungen durch die Tiefenpsychologie, in Empirische Sozialforschung, a.a.O. S.76 ff

te Ansichtenpräsentation.³⁷⁾

Diese vielfältigen intervenierenden Variablen veranlassen einen Sozialforscher sogar, "von Meinung als von etwas Substantiellem überhaupt nur mit der größten Zurückhaltung" zu reden, "da es so etwas wie "die Meinung" im strengen Sinn gar nicht gibt."³⁸⁾

Wenn schließlich K.Lorenz³⁹⁾ es als eine bei jeglichem Erkenntnisstreben "jung und gesund erhaltende Turnübung" empfiehlt, "täglich ... eine Lieblingshypothese über Bord zu werfen", also permanentes Selbstmißtrauen als wissenschaftliche Tugend predigt, wird auch die Grundrechtsinterpretation Abschied nehmen müssen vom Idealtypus eines allzu statischen, gewissermaßen in sittlichem Empfinden und Ratio einzig und unveränderlich verankerten Meinungsbegriffs.

Meinung erweist sich vielmehr weithin als eine ideelle (steht für: intellektuelle/geistige/emotionale) Variable, als ein psychischer ad-hoc-Bezug, der bestenfalls am Geäußerten einigermaßen greifbar und als solcher zurechenbar ist (vgl. dazu unten S.63 ff). Wenn der Meinungsbegriff nicht zu einer lebensfremden Fiktion erstarren soll, darf er nur mit größter Zurückhaltung solch abstrakten Maßstäben der Ethik, Moral oder Logik überliefert werden. Der reale Schwerpunkt allen Meinens liegt in einem weiten Feld zwischen den Polen echter, "doloser" Lüge und ehrlicher, nicht situationsreferenter Wahrhaftigkeit.

Damit fallen auch Postulate wie "Grundsätzlichkeit" oder beabsichtigte "Allgemeingültigkeit" einer Meinung, wie sie vor allem in der älteren Literatur⁴⁰⁾ zu finden waren.

³⁷⁾ Sehr instruktiv, wenn auch nicht in allen rechtlichen Schlußfolgerungen zwingend (vgl. dazu unten S. 64 ff) Luhmann, Grundrechte als Institutionen, S.53 ff

³⁸⁾ Osmer, a.a.O.

³⁹⁾ Lorenz, Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1973, S.88

⁴⁰⁾ vgl. Rothenbücher, VVDStRL 4, 6 ff (16); Schmitt, Verfassungslehre, 3.Aufl. Berlin 1957, S.167 f; v.Mangoldt-Klein, GG, Art.5 Anm.III/1;

Eine beiläufige Anmerkung kann ebenso von Art.5 GG profitieren wie eine fundierte Abhandlung. Sowenig sich der Meinungsbegriff thematisch begrenzen läßt, sowenig ist er auf einen bestimmten ideellen oder substanziellen "Hintergrund" festzulegen.

Fassen wir zusammen: Soweit bisher ersichtlich, entzieht sich der Meinungsbegriff weitgehend allen objektiv-positiven Bestimmungsversuchen. Psychologische und soziologische Befunde relativieren die bislang gängigen, (erkenntnis-)theoretisch oder ethisch fundierten Kriterien des Meinungsbegriffs so weit, daß sie keinen praktischen Definitionsbeitrag mehr leisten können. Die notwendige Lösung von verbindlichen kommunikativen Typologien nimmt ihm schließlich auch die vermutete abschließende Formalkontur.

Wenn dennoch Herzogs Postulat eines umfassenden Kommunikationsschutzes durch Art.5 GG nicht überzeugt, so deshalb, weil eindeutig ideelle Emanationen bzw. Zustände denk- und feststellbar sind, die nicht Meinung(säußerung) sind; der Meinungsbegriff läßt sich insoweit negativ fassen:

Einmal ist die Möglichkeit psychischer Indifferenz bzw. (gewollter) Distanz zu einem Meinungsgegenstand psychologisch nicht zu widerlegen; man kann auch nicht meinen (wollen)! Zum anderen ist auch der Anspruch, etwas wissen zu wollen ein subjektives aliud zum Meinen-Wollen, für dessen grundrechtliche Aussparung sich durchaus rechtspolitische Argumente finden.

Ein Blick auf das zweite ausdrückliche Tatbestandsmerkmal, den Personalbezug in Art.5 I/1 GG, mag dieses Zwischenergebnis erhärten helfen.

2. Der Personalbezug ("seine" Meinung) in Art.5 I/1 GG

Ein weiteres, im Meinungsbegriff selbst bereits angelegtes Kriterium, das für den hier behandelten Individualrechtsbereich von besonderer Bedeutung ist, steckt hinter dem ausdrücklichen gesetzlichen Personalbezug:

Meinung als psychisch/geistige Positionsnahme zu ... ist immer einzel- oder mehrheitlich subjektbezogen (subjektiv); niemandens Meinung ist keine, ist eine Scheingröße.

Hier soll deshalb nicht auf die problematische soziale Fundierung eines Rechtsbegriffs bzw. - subjekts der "öffentlichen Meinung(sbildung) eingegangen, also etwa ihre Machbarkeit und d a r a u s folgende Sozial-⁴¹⁾ und Rechtspotenz näher beleuchtet werden. Nur ausschnittshaft wird die Fungibilität von Mehrheitsansichten unten (S.91 ff) für den Bereich der Wirtschaftswerbung angesprochen.

Diese "Inhaberbedürftigkeit" konkretisiert für das Individualgrundrecht des Art.5 GG der Personalbezug auf den
A u ß e r n d e n : N u r d e s s e n e i g e n e
Meinung soll (auch) in ihrer Kommunikation geschützt sein.

Dabei entfaltet dieses grundrechtliche Tatbestandselement sowohl (a) eine limitierende, Ausgriffstendenzen des Grundrechtsträgers eindämmende als auch (b) abschirmende, drittseitige Übergriffe abwehrende Funktion:

⁴¹⁾ vgl. Forsthoff, DVBl. 58/295, in einer Rezension von Josef Kaisers "Repräsentation organisierter Interessen"; v.Hentig, a.a.O. S.60

- a. Das im Personalbezug enthaltene Erfordernis i n d i v i -
d u e l l e r Z u r e c h e n b a r k e i t weist, bild-
haft ausgedrückt, das unbefugte "Tragen fremder Federn" von
sich, schließt jedoch umgekehrt auch den Mitträger "herr-
schender Meinungen" nicht aus.

Weder würde ein absolut-umfassendes Originalitätsgebot ("sei-
ne Meinung ist nur, was ausschließlich und unverwechselbar
von ihm stammt") der von Art.5 GG so weitgehend nachgezeich-
neten Einbettung in das kommunikative "Feld" gerecht; noch
könnte die bloße, unreflektierte und distanzierte Weitergabe
von Drittansichten als "Tatsachen" ohne Preisgabe des Per-
sonalbezugs von Art.5 GG erfaßt werden.

Einerseits kann also das Schutzangebot nicht gelöst von den
unabsehbaren "meinungsbildenden" Faktoren gesehen werden,
zu denen selbstverständlich auch die verschiedensten Fremd-
ansichten gehören. Deren b e l i e b i g e geistig/psychi-
sche Integration ist von Art.5 GG ebenso gedeckt wie etwa
Art.8 und 9 GG die Legitimität bestimmter "An- oder Absich-
tensozietäten" zum ideellen Ausgangspunkt ihrer kollektiven
Verhaltensgarantien haben.

Andererseits soll sich nicht nur der Nachrichtensprecher un-
ter Hinweis auf seinen reinen Verbalisierungsauftrag darauf
berufen können, mit der Wiedergabe einer Drittansicht nicht
die geringste eigene Stellungnahme abgegeben zu haben. So-
lange die Möglichkeit, n i c h t zu meinen, psycho- oder
naturwissenschaftlich nicht eindeutig widerlegt ist, hat
sich die Grundrechtsinterpretation davor zu hüten, Art.5 GG
zu einer psychischen Globalinstanz zu überdehnen.

Dies gilt entsprechend für den t h e m a t i s c h auf
Weltanschauliches b e g r e n z t e n Art.4 GG, ⁴²⁾
der mit der Aufgliederung in eine "positive" und eine
"negative" Glaubens- und Bekenntnisfreiheit (hM) eine

⁴²⁾ Maunz-Dürig, GG, Art.4, Rz.6,66

leicht mißverständliche Etikettierung erhalten hat: Dieser Dualismus skizziert in Wahrheit nur die *B e l i e - b i g k e i t* psychischer Positionsnahme im *R a h - m e n* des Weltanschaulichen, umfaßt aber nicht auch psychisches Befinden fernab und ohne Bezug zu weltanschaulichen Fragen - also die eigentlich qualitative "Negation". Sowenig also Art.4 GG weltanschauungsgelöstes Denken, Fühlen oder Meinen schützt, sowenig deckt Art.5 GG unbesehen jede "Meinungsvervielfältigung".

Diese rechtsrelevante Unterscheidung zwischen reflektierter Adaption oder Kommentierung und distanzierter oder indifferenter Rezitation wirft aber bei Verzicht auf "eindeutige" kommunikative Gestaltungsnormen (s.o.) in der (Rechts-)Praxis erhebliche Einsichts- und Abgrenzungsschwierigkeiten auf:

Ist sich z.B. eine Diskussionsrunde einig geworden, die X-Partei sei verfassungsfeindlich, und wirft der bislang nicht hervorgetretene Y ein, sein Freund Z sei derselben Ansicht, so kann der Beitrag des Y *s o w o h l* nackter Tatsachenbeitrag *a l s* auch inzidente, durch Identifizierung mit Z's Meinung verstärkte Konsenskundgabe sein - und auch jeweils verschieden interpretiert werden.

Soll hier eine der Intention des Äußernden widersprechende Verbaldeutung und damit mögliche Rechtsverkürzung bzw. oktroyierter Grundrechtsschutz vermieden werden, sind solche *n a t ü r l i c h e* Einsichtsgrenzen in grundrechtsadäquater Weise *r e c h t s t e c h n i s c h* zu surrogieren: Das heißt, dem Äußernden ist zunächst die Berufung auf Art.5 GG anheimzustellen, ihm ggfs. eine Verdeutlichungspflicht aufzuerlegen - was er gemeint habe - und ihm bei nur irgendwie vertretbarer Vereinbarkeit von Erstaussage und -umständen mit dem beanspruchten Meinungsgehalt Grundrechtsschutz zu gewähren, sofern hierfür die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind. ⁴³⁾

Damit wird weder die Verzichtproblematik berührt noch die Grundrechtsausübung "einrede- oder beweispflichtig" gemacht. Dennoch bleibt Art.5 GG bei weitestgehender Rechts-

⁴³⁾ vgl. den ähnlichen Lösungsvorschlag für die Berufung auf die Gewissensfreiheit bei Herzog in: Maunz-Dürig, GG, Art.4, Rz.151 ff

wahrung justiziabel, ohne Grundrechts"mißbrauch" oder einem Zwangsmeinungsrecht Raum zu geben.

Bei kaum veränderter Rechtspraxis wird lediglich eine vermeintlich d u r c h w e g objektiv faßbare Tatbestandlichkeit des Art.5 GG auch in den gegenstandsbedingt konturschwachen Randzonen (atypischer Verbalisierungen) grundrechtsgemäß substituiert.

Was für die Ambivalenz von "Drittansichtswiedergaben" gilt, bleibt erst recht für die sog. "reinen Tatsachenäußerungen" gültig:

Ist sich z.B. die genannte Diskussionsrunde einig, Y's Freund Z sei Mitglied der verfassungsfeindlichen X-Partei, und trägt Y nun bei, er habe Z kürzlich in vertrauter Gesellschaft mit Spitzenfunktionären der X-Partei angetroffen, kann diese Einzeläußerung nicht willkürfrei Art.5 GG zu- oder ausgliedert werden.

Es sei denn, man teilt die Bedenken, die selbst Befürworter einer grundsätzlichen Sach- und Rechtsunterscheidung von Meinungs- und Tatsachen(wissens)äußerungen gelegentlich befallen: "Auch die spontane, private Mitteilung einer nackten Tatsache läßt mindestens die gleitende Meinungsäußerung erkennen, daß der Äußernde die Tatsache eben für mitteilenswert hält und insoweit bewertet" meint z.B. Ridder. ⁴⁴⁾

Dem wäre entgegenzuhalten, daß dieser "Mindestmeinungsgehalt" des Für-mitteilenswert-Haltens nichts anderes als eine Unterart nahezu jeglichen Handlungsentschlusses und deshalb kein Spezifikum gerade der Meinungsäußerung ist: Wollte man nämlich die jeder auf Bemerkbarkeit angelegten (eingestellten) Handlung zugrundeliegende Aktionsentscheidung zur Meinungsäußerung aufwerten, "daß dies getan werden müßte und insoweit bewertet werde" - eine Deutung übrigens, die bei der herrschenden Überdehnung des grundrechtlichen Formalbezugs ("in sonstiger Weise") ⁴⁵⁾ noch an Haltbarkeit gewänne - , dann gäbe es außer Reflexen und privatestem Einzelhandeln kaum mehr meinungsfreies menschliches Verhalten. Das gesamte soziale "Rollenverhalten" wäre dann "Meinungsäußerung". Art.5 GG rückte dann statt/neben Art.2 I GG zu einer Art grundrechtlicher Allzuständigkeit für anderweitig nicht Angesprochenes auf.

⁴⁴⁾ a.a.O. S.264

⁴⁵⁾ so noch Art.118 I/1 WRV

Die u.U. vollbewußte/gewollte verbale Gestaltung als "Tatsachenäußerung" darf nicht rechtsfiktiv zu einem kommunikativen Mißgriff gestempelt werden. Psychische Distanz oder Indifferenz muß auch als solche artikuliert werden können, ohne in eine abwägungsfähige Positionsnahme umgedeutet zu werden. Eine Äußerung "eigener", individuell zurechenbarer Tatsachen gibt es aber nicht. Im grundrechtlichen Personalbezug bestätigt sich also erneut die bereits negativ gewonnene Erkenntnis, daß der Meinungsbegriff nicht alles psychische Befinden abdeckt.

- b. Wiederum schlagwortartig formuliert gewährt das Erfordernis personaler Zurechenbarkeit nicht nur Schutz vor fiktiv zugesprochenen, sondern auch vor **t a t s ä c h l i c h p s y c h i s c h o k t r o y i e r t e n** Gehalten.

Die vielfältigen Determinationsansätze, denen wir alle ausgesetzt sind, müssen noch eine grundsätzlich freie Eigenmeinungsbildung ermöglichen.

- aa. Ungeachtet der Drittwirkungsfrage ist diese Schutzrichtung ohne aktuelle Bedeutung gegenüber Fremdbestimmungsimpulsen, die - überwiegend spürbar - physisch/psychisch ansetzen und als nichtzurechenbare Handlungen auslösend bereits in den verschiedenen Rechtsbereichen jeweils zweckentsprechend verarbeitet werden: Während z.B. durch Drohung erpreßte Willenserklärungen nach § 123 I BGB zur Anfechtung berechtigen, läßt eine durch unwiderstehliche Gewalt erzwungene Tat nach § 52 StGB die strafrechtliche Zurechenbarkeit entfallen.

Daß die allgemeine Rechtsordnung in erster Linie die Freiheit der Willensbildung und -betätigung schützt, steht einer entsprechenden Schutzrichtung des Art.5 GG nicht entgegen. Zwar ist die Willensproblematik im Rahmen des Art.5 GG noch immer kontrovers (vgl. dazu näher oben S. 21); doch kann bereits nach dem bisher Gesagten davon ausgegangen werden, daß psychisch mit der Meinungsbildung/Äußerung kohärente Willensmomente mit vom Schutzangebot des Art.5 GG profitieren.

Soweit also etwa in einer erzwungenen rechtsgeschäftlichen Erklärung nicht-eigene Meinungs- und Willensgehalte durchschlagen, wird eine entsprechende Schutzrichtung des Art.5 GG deshalb nicht aktuell, weil bereits ein sachgerechtes Rechtsschutzsystem zur Verfügung steht.

- bb. Dagegen werden andere, psychisch ansetzende und auf möglichste Vermeidung oder Überwindung psychogener Widerstände und Kontrollmöglichkeiten angelegte Determinationsversuche von soziologischer/sozialpsychologischer Seite immer häufiger diagnostiziert; eine weithin noch auf die Abwehr spürbar zwingender/verletzender bzw. greifbar täuschender/bestechender Übergriffe konzentrierte Rechts(schutz)ordnung nimmt von ihnen aber noch kaum Notiz.

Wie mangelhaft gerüstet, unangemessen und unsicher das Privatrecht - wenn überhaupt - auf solche moderne Entwicklungen "glatter" Verhaltenssteuerung reagiert, mag eine interessante Ausnahme illustrieren: Das Verbot der sog. "subliminalen Werbung" über § 1 UWG:

Das Wesen dieser zuerst in den USA bekanntgewordenen Form kommerzieller Werbung beschreibt Lerche ⁴⁶⁾ dahingehend, "daß man in normale Spiel- oder Fernsehfilme o.ä. in regelmäßigen Abständen (ca. alle 5 Sekunden) für Sekundenbruchteile und mit besonders geringem Lichteinsatz ein bestimmtes Werbethema einblendet, das wegen seiner minimalen Licht- und Ausstrahlungsintensität vom Publikum nicht bewußt wahrzunehmen ist, durch sein Eindringen in die Zone des Unbewußten aber zu Werbungserfolgen führen soll."

Nun ist die psychologische und wirtschaftliche Wirksamkeit dieser Werbemethode keineswegs unbestritten. Zwar haben gestaltpsychologische und aktualgenetische Untersuchungen mittlerweile eindeutig die Möglichkeit solcherart vermittelter unbewußter ("anmutungshafter") Wahr- und Aufnahme bestätigt. Skeptisch wird aber vor allem die wirtschaftliche, d.h. werbliche Wirksamkeit dieser Methode - jedenfalls in der dargestellten Anwendungsform - beurteilt. So ist z.B. eine britische Untersuchungsgruppe zu dem Schluß gekommen, "daß subliminal aufgenommene Werbebotschaften nur dann eine Chance zur Wirksamkeit haben, wenn sie auf ohnehin schon vorhandene Attitüden oder Bedürfnisse treffen."

⁴⁶⁾ Werbung und Verfassung, S.24, Fn.33
einschließlich Faber, a.a.O. S.105 ff

Gerade in der Aufdeckung und Aktivierung solcher Prädispositionen hat die Werbung aber inzwischen ganz allgemein solche Fortschritte gemacht (vgl. dazu unten S.74 ff) daß bei entsprechender Kombination und Weiterentwicklung (etwa durch Anwendung subliminal wirkender Impulse zur Weckung latenter Verhaltensbereitschaften unmittelbar in Werbespots) sicher erhebliche Wirksamkeitssteigerungen zu erwarten wären. Immerhin sind extrem schnelle Bildwechsel, die kaum mehr als schemenhafte Strukturwahrnehmungen oder Assoziationen erlauben, auch bei uns in Kino- und Fernsehwerbung nicht unbekannt.

Werbemethoden dieser Art begegnet die wettbewerbsrechtliche Generalklausel des § 1 UWG mit der Begründung, es handle sich hierbei um eine Wettbewerbshandlung, die wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des solcherart umworbenen Verbrauchers sittenwidrig sei.

Das UWG bezweckt den Schutz des lauteran Wettbewerbs. Trotz gewisser, in dieser normativen Grundentscheidung für ein Wettbewerbs(schutz)system liegender objektivierender Tendenzen steht doch das subjektive Rechtsinteresse der Wettbewerber im Vordergrund. Das äußert sich insbesondere darin, daß selbst solche Wettbewerbshandlungen, die in erster Linie Verbraucherrechte verletzen, meist nur den/die Wettbewerber zu Sanktionen berechtigen. Gerade bei § 1 UWG vollzieht sich deshalb der Verbraucherschutz nur in mittelbarer Weise. Das durch die subliminale Werbung als verletzt angesehene allgemeine Persönlichkeitsrecht ist seinerseits eine unstrittene Ableitung der Rspr. aus Art.1 und 2 I GG, die bisher vor allem bei unautorisierter (werblicher) Publizierung oder Verwertung der Privat- oder Intimsphäre zu Rechtsschutz (gemäß § 823 I, 862,1004 BGB) und Schadensersatz (nach § 847 BGB) verhalf.⁴⁷⁾

Nun liegt hier zunächst kein Fall publizistischer "Entintimisierung", sondern vielmehr der Versuch zu unmerklicher Determinierung des Un- oder Unterbewußten, also eigentlich ein ganz anderer Aspekt der persönlichen Intim(rechts)sphäre vor. Doch dürften wegen der vergleichbaren Schwere des (unterstellten) Übergriffs gegen diese - immerhin bemerkenswerte - Fortentwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wohl keine grundsätzlichen Bedenken bestehen (sofern diese

⁴⁷⁾ vgl. BGHZ 20,345 ff; 26,349 ff; 30,7 ff; 35,363 ff

"grundrechtsanaloge" Rechtskonstruktion nicht als solche bereits abgelehnt wird).⁴⁸⁾

Umso mehr überrascht dagegen der z u s ä t z l i c h e s i t t l i c h e Vorwurf, der diese Persönlichkeitsrechtsverletzung nun plötzlich im Rahmen des § 1 UWG trifft. Sah sich die Rspr. weder im "Herrenreiter-Fall" noch in ähnlichen Fällen veranlaßt, etwa über § 826 BGB die guten Sitten zu bemühen, so soll nun eine praktisch und wissenschaftlich noch keineswegs voll erfaßte Werbemethode ohne weiteres einem hierzu gefestigten sittlichen Empfinden "aller billig und gerecht Denkenden" widersprechen.

Liegt hier nicht in Wahrheit ein aus der inhomogenen Verknüpfung von positiver Wettbewerbsschutznorm und ungeschriebenem Persönlichkeitsrecht gewissermaßen rechtstechnisch unvermeidbar gewordenes sittliches Scheinverdict vor? Weil § 1 UWG nun einmal Sittenwidrigkeit erfordert, hat eine auf Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gestützte Untersagung dieser Werbemethode eben auch einen Sittenverstoß festzustellen.

Von der nüchternen Notwendigkeit psychischen Integritätsschutzes her, von dem Art.5 GG einen Teilbereich übernimmt,⁴⁹⁾ wirkt der Rückgriff auf die ohnehin schwer faßbare und umstrittene Kategorie der "guten Sitten"^{49a)} weder adäquat noch sachnah, sondern schlicht unverhältnismäßig.

Daß Art.5 GG tatsächlich derartigen, zumindest in der Entwicklung nicht auszuschließenden Determinationsansätzen abwehrbereit gegenübersteht, läßt sich auch aus der bereits erwähnten jüngeren Rspr. des BVerfG⁵⁰⁾ zur Informationsfreiheit folgern: Denn wenn sie nicht nur die aktive Informationsverschaffung, sondern auch den "rein geistigen Vorgang der Informationsaufnahme" selbst nicht veranlaßter Afferenzen schützt, müßte Werbung (nach oft

⁴⁸⁾ vgl. die eingehende Kritik bei Lerche, Werbung und Verfassung, S.60 ff, m.w.Nw.

⁴⁹⁾ wobei der Modus der "Drittwirkung" offenbleiben soll

^{49a)} vgl. dazu die eingehende Darstellung bei v.Köller, S.67 ff

⁵⁰⁾ BVerfGE 27,71 ff (83)

proklamiertem Selbstverständnis eine unentbehrliche Informationsfunktion im Wirtschaftsprozeß!),⁵¹⁾ die eben diese rein geistige Aufnahme "als Voraussetzung freier Meinungsbildung" (BVerfG) zu unterlaufen sucht, bereits an dieser Schutzrichtung des Art.5 I/1 GG scheitern. Subliminale Impulse, etwa in einem werblichen "Informationsprogramm" versteckt, ließen sich schlüssiger mit dieser Schutzfunktion des Art.5 GG abwehren als mit der überzogenen und zugleich nur mittelbaren ⁵²⁾ Schutznorm des § 1 UWG.

Eben diese Sicherung der "freien Meinungsbildung" steckt aber auch schon im ausdrücklichen grundrechtlichen Personalbezug; denn solcherart unkontrollierbar "unterschobene" psychische Gehalte sind schwerlich als "eigene" zurechenbar.

Fraglich ist nur: Schützt gerade die M e i n u n g s - bildungsfreiheit von uns ja aus dem Meinungsäußerungsrecht abgeleitet und ausdrücklich von einer psychischen Globalfreiheit abgehoben, auch vor solchen werblichen Impulsen? Verletzt ein derartiger Determinationsversuch genau d i e Innensphäre, die Art.5 GG abdeckt?

3. Eine verbindlich p o s i t i v e Substanz des Meinungsbegriffs war nicht zu finden. Die konkret individuellen Prozesse der Meinungsbildung und ihr "meinungswertiges" Ergebnis lassen sich nicht abstrakt definieren. Vollends im Dunkeln bleibt ihre Kontur im Falle der Nichtäußerung, welche ja durch die "negative" Äußerungsfreiheit in Art.5 GG einheitlich gewährleistet gilt.

Dagegen scheinen uns zwei wichtige n e g a t i v e Ausgrenzungen begrifflich und psychologisch nachweisbar und rechtlich sinnvoll: Psychische Indifferenz oder Distanz einerseits und der subjektive Wissensanspruch andererseits

⁵¹⁾ P.Brückner, a.a.O. S.21

⁵²⁾ vgl. Lerche, Werbung und Verfassung S.38 ff (41)

- beide übrigens meist in der Sprachtypik sog. "Tatsachen-äußerungen" vertreten. M.a.W.: Nicht alles psychische Befinden ist Meinen, nicht jede menschliche Regung "Meinungs-äußerung".

Deshalb ist Art.5 GG selbst dann weder "geistige Freiheit schlechthin" noch totales Kommunikationsrecht, wenn der konkreten Erfassung seines Tatbestands natürliche Einsichtsgrenzen gesetzt sind. Denn selbst wenn dies in der Subsumtions p r a x i s zu einer "Zuständigkeitserweiterung" führen wird (wie oft läßt sich eine in Anspruch genommene Meinung(sbildung) bzw. die Behauptung ihrer f a k t i - s c h e n Beeinträchtigung stichhaltig widerlegen?), rechtfertigt dies doch nicht die Auflösung des T a t b e - s t a n d s zu einer psychischen bzw. kommunikativen Beliebigeitsgarantie. Erwies sich der typologische Interpretationsansatz der h.M. als (eklektische) Sackgasse, so wird hier der Normtatbestand selbst natürlichen Subsumtions-schwierigkeiten geopfert.

Daß ein derart aufgeblähter Art.5 GG aus dem ausgewogenen Gerüst der GG-Grundrechte ausbräche, sogar Art.2 I GG an "Allgemeinheit" überholte, ist unübersehbar.

Deshalb mag die Berufung auf die Freiheit der Meinungsbildung in Art.5 GG praktisch, weil kaum nachprüfbar, mitunter einen weiterreichenden Schutzreflex auslösen, als sein Tatbestand wörtlich intendiert. Deshalb verfassungsgewollte Normsubstanz selbst zu opfern, wäre methodisch bedenklich und dogmatisch folgeschwer.

Wer folglich über Berufung auf Art.5 GG eine Verletzung seiner konkreten Meinungs- und Bedarfsbildung durch solche Formen wissenschaftlich verifizierter subliminaler Determination behauptet, genießt dessen Schutz selbst dann, wenn dieser Werbeansatz bei ihm auf keine entsprechende "Meinungs-

bildung" traf.

Erlaubt somit das Erfordernis personaler Zurechenbarkeit (der Meinung) i.S. des Art.5 I/1 GG klare Rechtsaussagen bei physisch/psychisch spürbaren sowie bei subliminal/unspürbaren Determinationsansätzen, so lassen sich gewisse Erscheinungen in der Grauzone zwischen spürbarem bzw. unspürbarem Zwang - wie sie z.B. in der massentypischen werblichen Beeinflussung gewisser menschlicher Grundstrebungen und Bedürfnisse zu vermuten sind - erst nach einer näheren, psycho- und sozialwissenschaftlich unterlegten Analyse bewerten. Auf sie soll deshalb erst im Anschluß an die Bestimmung des unmittelbaren tatbestandlichen und normativen Wirkungsrahmens des Art.5 I/1 GG eingegangen werden.

II. Normative Absicherung der Meinungsbildungsfreiheit

1. Auseinandersetzung mit anderen "Innen"-Grundrechtsprojektionen

Wenn bisher von der Meinungsbildungsfreiheit in Art.5 GG die Rede war, durfte dies aufgrund des ursprünglichen Vorbehalts möglicher anderer, u.U. vorrangiger "Innen"-Grundrechte eigentlich nur als Tatbestandsklärung, als Rahmenbestimmung des *p o t e n t i e l l e n* Schutzangebots verstanden werden. Denn da andere "Innen"-Schutzprojektionen z.T. ausdrücklich normativ Über- oder Vorgreiflichkeit (Faber) beanspruchen, sollte erst in Abstimmung mit - bzw. Abgrenzung gegenüber diesen Ansätzen die *a u t o n o m e* - Schutzpotenz des Art.5 I/1 GG bestimmt werden.

Zweifellos ist diese Aufspaltung in zunächst interpretative bzw. konkretisierende Tatbestandserschließung und zurückgestellte Prüfung der "Rechtsfolgenreise" des Art.5 I/1 GG auf dem Boden der geläufigen Grundrechtsdogmatik überflüssig; denn *a u s d r ü c k l i c h*¹⁾ hat bisher niemand an dem Grundsatz gerüttelt, daß jedes Grundrecht seinen Tatbestand normativ selbst abdeckt. Es wäre also nicht schwer, etwa Fabers all-präpositive ungeschriebene Geistesfreiheit mit den herkömmlichen dogmatischen Mitteln zu bekämpfen und sich solcherart schnell in der eigenen Position zu bestätigen.

Wenn dennoch *z u n ä c h s t* darauf verzichtet wird, das eigene Projekt sofort dogmatisch/methodisch "durchzusetzen", abzusichern, einzuigeln, so deshalb, weil sich seine "Standesicherheit" besser durch "funktionale Vergleichung" mit anderen Ansätzen auf der *p r ä d o g m a t i s c h e n* Ebene des *e r s t e n j u r i s t i s c h e n* *Z u g r i f f s* ergibt.²⁾ Wenn nämlich die auf den ersten Blick als ähnliche Freiheitsverbürgungen psychischer Verhaltensgrundlagen, -bereitschaften bzw. -steuerungsmöglichkeiten vermutbaren Projekte *t a t s ä c h l i c h* (teil-)identische Rechtsansätze ("Stilisierungen") ergeben sollten, sprä-

1) Die herrschende Deutung der Meinungsfreiheit geht mit ihrem kommunikationstypischen Meinungsbegriff von vollständiger normativer Tatbestandsabsicherung aus. Faber wird zu den dogmatischen Konsequenzen seiner allvorgreiflichen "inneren Geistesfreiheit" nicht deutlich.

2) vgl. dazu eingehend Lerche, DVBl.61 690 ff

che dies letztlich mehr für die "Richtigkeit" unserer "Ansicht" als augenblicklich vorteilhafte Deckungssuche hinter vorgewärmten Verfassungsdogmen. Deshalb sollen die erwähnten mutmaßlichen "Innen"-Grundrechte jeweils zunächst auf mögliche Ansichten-deckungen hin untersucht werden, bevor ihre bzw. die eigene dogmatisch/methodische Absicherung zur Sprache kommt.

- a. Fabers ungeschriebene "i n n e r e G e i s t e s f r e i - h e i t" ³⁾ basiert auf der Preisgabe des ontologischen Axioms von der "tatsächlichen Unantastbarkeit" ⁴⁾ des seelisch/gedanklichen Innenlebens und der Rechts-"Ansicht", diese Sphäre sei folglich auch "rechtlich nicht faßbar". ⁵⁾ Letztere kontert Faber treffend mit dem Hinweis, Grundrechtsschutz regele nicht das Denken, sondern die Beeinträchtigungen seiner Freiheit. ⁶⁾ Damit ist für ihn der Weg frei für folgende Feststellung: "Die ... Meinungsfreiheit ... steht und fällt mit der Möglichkeit, sich seine eigene Meinung frei zu bilden. Dort, wo die geäußerte Meinung über raffinierte Mechanismen zur Beeinflussung der Psyche gesteuert wird, erweist sich das Recht auf freie Meinungsäußerung (scil. herrschender Deutung) als leere Hülse." ⁷⁾

Wenn Faber wesentlich weiter ausgreift und j e d e m "Freiheitsrecht" eine entsprechende psychische Freiheit voranstellt, ist auch dies grundsätzlich nachvollziehbar. "Was soll der "Eigentümer" mit dem Grundrecht des Art.14 GG anfangen, wenn seine Dispositionen über das "Eigen"-tum von außen gesteuert werden", fragt er, von solchen Möglichkeiten ausgehend. ⁸⁾

Die "Ansichten" gehen jedoch dort auseinander, wo diese als zentral proklamierte psychische Freiheit doch nur den "kog-

³⁾ Innere Geistesfreiheit und suggestive Beeinflussung, Berlin 1968

⁴⁾ a.a.O. S.47 ff

⁵⁾ a.a.O. S.49 ff

⁶⁾ a.a.O. S.51

⁷⁾ a.a.O. S.59

⁸⁾ a.a.O.

nitiven Aspekt" absichern soll, "voluntative" Gehalte aber aussperren will.⁹⁾ Denn diese angeblich "logische" g r u n d - r e c h t s r e l e v a n t e Unterscheidung ist bereits wieder R e g e l u n g des Psychischen. Und das kann und darf jedenfalls ein derart ohne positivierten Auftrag antretendes Globalgrundrecht nicht versuchen, wenn es nicht den Realbezug verlieren will: Denn daß (kognitive) Erkennbarkeit eines "suggestiven" Determinationsversuchs u.U. wenig an seiner Unwiderstehlichkeit ändert, also dem Adressaten nicht ohne weiteres als rechtsirrelevante Willensschwäche zugerechnet werden darf, wurde bereits dargelegt.

Sieht man von dieser nichtschlüssigen Spezialisierung der psychischen Einheit ab, steht Fabers wie unsere Grundansicht auf dem gemeinsamen Boden, daß "reiner" Handlungsschutz ohne Einbeziehung der geistig/psychischen Grundlagenbildung ein nudum ius ist.

Die Übergreiflichkeit dieses G r u n d g e d a n k e n s macht auch Fabers Streben nach einer entsprechenden grundrechtlichen Superinstanz, konkret seiner "zentralen",¹⁰⁾ "ranghöchsten",¹¹⁾ "unbeschränkten und unbeschränkbaren"¹²⁾ Geistesfreiheit verständlich. Die erste globale Sicht dieser ideell-freiheitlichen Präposition allen Handelns provoziert die dogmatische Radikalität, die in der Lösung von jeder positiven Verankerung oder Limitierung zum Ausdruck kommt: "Sie (die Geistesfreiheit) ist ranghöchster Wert der Rechtsordnung und kann daher auch keinen verfassungsimmanenten Schranken unterliegen."¹³⁾

Dennoch liegt in der ausdrücklich herausgestellten G r u n d - r e c h t s - Präposition seiner Geistesfreiheit bereits

⁹⁾ a.a.O. S.73 ff (126)

¹⁰⁾ a.a.O. S.59

¹¹⁾ a.a.O. S.114

¹²⁾ a.a.O.

¹³⁾ a.a.O.

eine entscheidende "verfassungsimmanente" Beschränkung: Denn ontisch a l l e m selbstbestimmten menschlichen Verhalten präpositiv ist die n a t ü r l i c h e "Geistesfreiheit"¹⁴⁾ offensichtlich doch nicht identisch mit Fabers grundrechts-, d.h. nur b e s t i m m t e n Verhaltensfreiheiten vorgestellter Geistesfreiheit. Oder sollte sie auch die verbrecherische Meinungs- und Willensbildung absichern?

Geht man dagegen davon aus, daß solche - sofern sie nicht ohnehin von subjektiven Strafrechtstatbeständen erfaßt wird - sich unverändert im grundrechtsfreien Raum abspielt, also psychische Freiheitsrechte nur (grund-)rechtskonformem Verhalten akzessorisch sind, ist eine Anpassung der psychischen Freiheitskomponenten an die jeweiligen Grundrechtstatbestände ebenfalls vorgezeichnet, die dogmatisch/methodische Bewältigung in der hier vertretenen Richtung präjudiziert.

Damit lassen sich die einschneidenden dogmatischen Divergenzen auf eine unnötige, zudem verbal gar nicht vollzogene Überdehnung des prädogmatischen Grundgedankens bei Faber zurückführen: Eine "allgemeine Geistesfreiheit" ist in Wahrheit "nur" (grund-)rechtspräpositiv und bedingt deshalb n i c h t z w i n g e n d die vollständige Lösung vom positiven Verfassungsrecht.

Hier liegt folglich auch der Ansatzpunkt sinnvoller Auseinandersetzung bzw. Verständigung, nicht erst auf der dogmatischen Ebene: Synkretistisches Bemühen im Streit: Positives Grundrecht (der Meinungsbildung in Art.5 GG) contra ungeschriebenes Grundrecht (der allgemeinen Geistesfreiheit) bzw. grundrechtliches "Kernstück" (ähnlich Art.2 I GG?) gegen Subsidiaritäts- und Autarkieprinzip (vollständiger Vorrang des einschlägigen Spezialgrundrechts) wäre verlorene Liebesmüh und verdeckte nur die gemeinsame Basis.

¹⁴⁾ nun ungeachtet ihrer realen Relativität

Für eine übergreifende normative Absicherung der Meinungsbildungsfreiheit durch Fabers "allgemeine Geistesfreiheit" gibt es deshalb keine überzeugende Begründung.

- b. Ramm ¹⁵⁾ entnimmt im wesentlichen der Trias des Menschenwürdesatzes in Art.1 GG, der Freiheit zur Persönlichkeitsentfaltung sowie der zugleich in Art.2 I GG enthaltenen allgemeinen Handlungsfreiheit die grundrechtliche Absicherung des "innersten Individualbereichs" des "Denkens, Fühlens, Wollens und Sichentschließens". Fällt ihm dabei die tatbestandliche Zuordnung dieses "individuellen Fürsichseins" ¹⁶⁾ zum Menschenwürdesatz nicht schwer, legt er doch wegen der fraglichen Rechtsnatur des Art.1 GG den Schwerpunkt des Schutzversprechens auf Art.2 I GG. Tragende Überlegung ist für ihn einmal, daß es ohne diesen - umfassenden - internen Freiraum eine "Persönlichkeit" nicht gibt: "Erst die eigene unbeeinflusste Abwägung der für das spätere Handeln bestimmenden Gesichtspunkte ... macht die Persönlichkeit als etwas von den Mitmenschen Unterschiedenes aus." ¹⁷⁾ Zudem bietet ihm die verbal verdeckte allgemeine Handlungsfreiheit in Art.2 I GG "jene allgemeine Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Individuums in seinem Verhältnis zum Staat, von der sich auch die Garantie der individuellen Freiheit des Denkens, Wollens, Fühlens und Sichentschließens ableiten läßt." ¹⁸⁾ Schrankensystematische Erwägungen, wie sie Art.2 I GG nahelegt, verbieten sich wegen eben dieser ordnungspolitischen Entscheidung zugunsten des Individuums, da "jeder Eingriff diese Entscheidung zurücknehmen und den Staat zum alleinigen Herren erheben würde". ¹⁹⁾ Die Parallele zur

¹⁵⁾ Die Freiheit der Willensbildung, Stuttgart 1960 (S.20 ff)

¹⁶⁾ a.a.O. S.20

¹⁷⁾ a.a.O. S.21

¹⁸⁾ a.a.O. S.22

¹⁹⁾ a.a.O. S.23

ebenfalls schrankenfreien Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt ihm den allgemeinen Schluß, daß der interne Bereich absolut geschützt sei.²⁰⁾

Zunächst dürfte Ramm die richtige Mitte zwischen einseitiger, zudem unnötig elitärer "Spiritualisierung"²¹⁾ des Persönlichkeitsrechts und einer ausschließlichen, insbesondere vom BVerfG autorisierten "Pragmatisierung"²²⁾ des Art.2 I GG gefunden haben: Selbst wenn sich der Mensch nur "im Handeln" entfalten sollte, dann doch nur im Handeln auf Grund freier Eigensteuerung. Weist aber die psychische Realität mitunter erhebliche, fremdverursachte Autonomieverluste auf, wird eine rein "äußere Handlungsfreiheit" zum bloßen Fassadenschutz. Die Entfaltungs- oder Handlungsfreiheit des Art.2 I GG ist nur effizient, wenn sie jeweils den gesamten Verhaltenskomplex, nicht nur seine visualisierbare Oberfläche schützt.

Auch hier findet sich also der gemeinsame Nenner "ganzheitlicher" Schutznotwendigkeit. Die übergreifende Gültigkeit dieses Gedankens kommt, zunächst weniger radikal als bei Faber, in der Zuordnung zum allgemeinen Grundrechtsteil zum Ausdruck. Damit scheint die Kontroverse auf die dogmatisch/methodische Ebene beschränkt:

Die Zuordnung zu Art.2 I GG erfolgt offensichtlich unter der Voraussetzung, daß die Spezialgrundrechte keinen eigenen Innenschutzbereich aufweisen.

Unter der weiteren gängigen Prämisse, daß Art.2 I GG grundsätzlich s u b s i d i ä r anwendbar ist,²³⁾ also nur den anderweitig nicht abgedeckten Freiheitsraum schützt, bedeutet das: Entweder bleibt die Innenschutzkomponente des Art. 2 I GG auf solche Restposten beschränkt - was mit dem allge-

²⁰⁾ a.a.O.

²¹⁾ vgl. Peters, Laun-Festschrift 1953, S.669 ff

²²⁾ BVerfGE 6,32 ff

²³⁾ vgl. Lerche, a.a.O. S.76

meinen Geltungsanspruch schwerlich vereinbar wäre. Oder Art.2 I GG hat - insoweit unter Aufgabe seiner Subsidiar-funktion - speziell abgesicherten Handlungsfreiheiten i m m e r mit seinem Innenschutzgehalt zu assistieren: Sämtliche Spezialfreiheiten (mit Ausnahme von Art.4 GG) wären damit nur noch partiell autark, jede Einzel(handlungs)-freiheit des Grundrechtskatalogs im eingangs vorbehaltenen Sinn substitutionsbedürftig.

Diese bereits problematische Verknüpfung mit geltendem Ver-fassungsrecht wird noch weiter relativiert durch die schran-kenfreie Absolutsetzung dieses Innenrechts. Sollte damit, wie der wiederholte Verweis auf § 136a StPO ²⁴⁾ vermuten läßt, doch wieder ein völlig rechtsgelöstes, a l l e m psychi-schen Sein zugeordnetes Schutzinstitut (vgl. Faber) kreiert werden? Dann wäre die positivrechtliche Absicherung in Art.2 I GG nur ein formaljuristisches Feigenblatt ohne ma-teriellen Wert. Denn ein Recht auf selbstbestimmte erzie-herische Willens- und Meinungsbildung ist eben thematisch und rechtlich begrenzt und deckt nicht auch den Entschluß zur Vernachlässigung seiner Kinder! Auch der als Alibi zitierte schrankenlose Art.4 GG schützt nur das Fürsichsein im weltanschaulich Grundsätzlichen.

Ein dem positiven Grundrechtskatalog (hier Art.2 I GG) zu-geordnetes, gleichwohl schrankenloses Innenrecht ist eine Unmöglichkeit, es gibt nur ein Entweder-Oder. Ein unbe-schränktes Grundrecht des Denkens, Wollens, Fühlens und Sichentschließens ließe aber wohl alle subjektiven Straftatbestandsmerkmale verfassungswidrig werden.

²⁴⁾ a.a.O. S.15 ff

Ein a b s o l u t e s , ²⁵⁾ d.h. undifferenziertes Schutzangebot für das (so auch Ramm:²⁶⁾) vielfältigen "unmittelbaren und mittelbaren Beeinflussung(en)" ausgesetzte individuelle Innenleben ist letztlich ein untaugliches Unterfangen. Ist nämlich die Individualpsyche z.T. natürlich-notwendigen, z.T. aber auch "schädlichen, entmündigenden" Einflüssen und Determinanten ausgesetzt, also von vornherein eine relative/variable Größe, wäre ein absoluter Schutz in Wahrheit Behinderung des Menschen als animal sociale, Aufhebung seiner lebenswichtigen (kommunikativen) Außenbeziehungen.

Relatives läßt sich nur als solches, nicht absolut schützen: Ohne einen differenzierenden, diese Relativität halbwegs konkretisierenden "Normalpegel", wie ihn die allgemeine Rechtsordnung bzw. (für seinen Bereich) Art.5 GG im Kommunikativ- bzw. Zurechenbarkeitsgedanken bietet, ist Grundrechtsschutz der Innensphäre nicht möglich.

Ist damit bereits absehbar, daß auch Ramms Innengrundrechtsprojektion nur gegen stärkste methodische Widerstände Übergreiflichkeit beanspruchen kann, sei doch noch sein weiterer Rückgriff auf den Menschenwürdesatz des Art.1 I GG angesprochen:

Dessen Rechtswert reicht in der Verfassungsinterpretation bekanntlich von einer grundrechtlichen Generalklausel für beliebige Wertvorstellungen und Menschenbilder bis zu einer kurzen, vagen Grundsatzformel von begrenzter substantieller Aussagekraft.²⁷⁾ Hat sich in der rechtlichen Diskussion immerhin die von Ramm behandelte Selbstbestimmungsfreiheit als solcher (Mindest-) Grundwert menschlicher Personhaftigkeit herausgeschält,²⁸⁾ wird dieser weitgehende Konsens durch Luh-

²⁵⁾ a.a.O. S.23 f

²⁶⁾ a.a.O. S.20

²⁷⁾ vgl. Lerche, a.a.O. S.139 ff

²⁸⁾ vgl. Kimminich, Die Freiheit, nicht zu hören, in: Der Staat 64, Bd.3, S.61 ff, Lerche, a.a.O. S.142 f

manns ²⁹⁾ soziologisch-dynamische Deutung des Menschenwürdesatzes wieder erheblich in Frage gestellt:

Menschenwürde ist bei Luhmann kein allgemein natur- oder rechtsgegebener Wert, sondern der konkrete Erfolg ausreichender Selbstdarstellung im sozialen Umfeld. "Selbstdarstellung ist jener Vorgang, der den Menschen in (subtiler, keineswegs offener) Kommunikation mit anderen zur Person werden läßt und ihn damit in seiner Menschlichkeit konstituiert. Ohne Erfolg in der Selbstdarstellung, ohne Würde (!) kann er seine Persönlichkeit nicht benutzen." ³⁰⁾ Inkonsistente, gewissen Systemanforderungen des Interaktionsbereichs nicht angepasste Selbstdarstellung führt zu Würdeverlust, bestenfalls zu Teilerhalt durch Kommunikationsreduktion auf einen engeren Kreis ähnlich Inhibierter. ³¹⁾

Die ihrerseits "an mobilen, interaktionsfähigen Persönlichkeiten interessierte Sozialordnung" erreicht nach Luhmann ihr Ziel durch Diskreditierung solcher (erzwungener) Isolation und durch die (grundrechtliche) Institutionalisierung von Freiheit und Würde als Wert "im Sinne einer uneingeschränkten Kontaktfähigkeit der Persönlichkeit." ³²⁾

Deutlicher läßt sich Diskriminierung mangelnder sozial/kommunikativer Entfaltungs- und Anpassungsfähigkeit sowie weitgehende Abhängigkeit eines solchen Würdebegriffs von soziokulturellen Variablen (der interaktiven Systemanforderungen) kaum formulieren. Kafkaeske Naturen, mangels systemadäquater Selbstdarstellung (was keineswegs mit negativer Resonanz verwechselt wird) in den Wahnsinn getrieben werden obendrein zur person- und würdelosen Existenz, Art.1 GG auf sie unanwendbar. Denn wie sollte ihnen institutionalisierte "uneingeschränkte Kontaktfähigkeit" helfen, wenn sie ihnen fehlt oder verloren geht, der Staat ihnen aber "weder Freiheit noch Würde gewährleisten" kann, weil er "voraussetzen muß, daß der Mensch genug Verstand und Erfahrung besitzt, um seine Persönlichkeit richtig (!) zu handhaben"? ³³⁾

²⁹⁾ Die Grundrechte als Institutionen, S.53 ff

³⁰⁾ a.a.O. S.69

³¹⁾ a.a.O.

³²⁾ a.a.O. S.70

³³⁾ a.a.O. S.72

Die treffende Analyse der subtilen Modalitäten und Verletzlichkeiten personaler Präsentation, der Interdependenzen personaler und sozialer Strukturen konkretisiert bestenfalls teilweise, unter keinen Umständen aber ausschließlich den rechtlichen Problembereich der Menschenwürde. Mag erfolgreiche Selbstdarstellung entscheidend zum Lebensglück, zur Selbstverwirklichung und umfassenden Entfaltung personaler Anlagen beitragen, und umgekehrt mangelnde Adaptionsfähigkeit den kommunikativen Freiraum einengen - die Würde, vom GG programmatisch vorangestellt, kann in ihren wie immer gearteten übergreiflichen (Rechts-) Wirkungen nicht vor einem Spastiker oder Kaspar Hauser haltmachen. Sie steht vor und unbeeinflusst von persönlichen Entwicklungs-, Anpassungs- oder Leistungsprozessen. Gleichgültig, ob und inwieweit Würde im übrigen natur- oder geisteswissenschaftlich verifizierbar ist bzw. ob ihr auch (rechts-) "verliehene" Gehalte innewohnen, hier zeigt sich (wieder ³⁴⁾) deutlich, daß nicht jeder Verfassungsbegriff unbegrenzter Soziographie überantwortet werden darf, wenn er nicht seiner spezifischen Rechtsfunktion verlustig gehen soll. Gerade die gerügte "Statik" und Generalität bewahrt die Menschenwürde des Art.1 GG davor, zu einer diskriminierenden Sonderheit natürlicher oder sozialer "Eliten" zu entgleiten. ³⁵⁾

- c. Kimminichs "Freiheit, nicht zu hören", ³⁶⁾ an einen amerikanischen Rechtsstreit wegen werblich-akustischer Dauerberieselung in öffentlichen Verkehrsmitteln anknüpfend, soll gleichfalls in Art.2 I GG beheimatet sein. Zwar ist für ihn die Entwicklung trotz "Technik und soziale(r)

³⁴⁾ vgl. auch oben S.33 Fn.10

³⁵⁾ ähnlich Faber, a.a.O. S.115
v.Mangoldt-Klein, GG, Art.1 Anm.III 3 a,b

³⁶⁾ a.a.O.

Organisation des Massenzeitalters" noch nicht so weit fortgeschritten, daß "selbständiges Denken, Individualität und schöpferische Stille", also echte "Persönlichkeit" überhaupt unmöglich wäre.³⁷⁾ "Um aber dem verbliebenen Rest einen wirksamen rechtlichen Schutz zu verleihen", muß "das Recht auf Stille ... als ein durch Art.2 I GG zu schützendes Persönlichkeitsrecht begründet werden, das dann selbstverständlich auch den Grenzen dieses Grundrechts unterworfen ist."³⁸⁾

Die "allgemeine Handlungsfreiheit" scheint ihm aus der - hier bereits mehrfach angeklungenen - Überzeugung als Sitz dieser Introvertierten Freiheitsverbürgung geeignet, weil man "berücksichtigen" müsse, "daß das Handeln des Menschen sich nicht in der Bewegung der Hände und Füße erschöpft, sondern auch die geistige Tat erfaßt."³⁹⁾

Kimminichs ausschließliche Zielrichtung auf akustische (Werbe-)Impulse provozierte alsbald den Hinweis auf grundrechtlichen (Art.2 II/1 GG) und extensiven polizeirechtlichen Gesundheitsschutz, der auch unmittelbar bevorstehende Gesundheitsschäden bekämpft.⁴⁰⁾ Selbst wenn man jedoch entsprechend Ks. eigentlicher Absicht Phonzahlen und ihre Gesundheitsverträglichkeit ausklammert, bleibt sein Projekt dennoch auf die Abwehr (beliebig lauter) a k u s t i s c h e r Empfangs-erzwingung begrenzt. Während seiner Ansicht nach der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesene Fahrgast zwar "das Auge ... ohne weiteres von einem Plakat abwenden kann, besitzt das menschliche Ohr keine Vorrichtung, die das "Abschalten" ermöglicht."⁴¹⁾

³⁷⁾ a.a.O. S.82,83

³⁸⁾ a.a.O. S.83

³⁹⁾ a.a.O. S.81

⁴⁰⁾ Lerche, a.a.O. S.149

⁴¹⁾ a.a.O. S.64

Mit dieser ausdrücklichen Begrenzung auf akustische Impulse entfällt bereits gegenständlich eine Übergreiflichkeit seiner Grundrechtsprojektion zugunsten der freien Meinungsbildung. Dabei scheint ein derart scharfer (Rechts-)Schnitt zwischen (häufig) optisch und (dauernd) akustisch vermittelter "Beeinträchtigung des freien Denkens" durch werbliche Ansätze von der modernen Wahrnehmungspsychologie kaum gedeckt: Mit der Aufgabe reiner Bewußtseinspsychologie und der Relativierung des Aufmerksamkeitsbegriffs für die Werbewirksamkeit ⁴²⁾ sind Dauer und Häufigkeit werblicher Impulse zu Faktoren u n t e r a n d e r e n im Kampf um psychische Beeinflussung geworden. Daß man, statt auf ein Plakat auch aus dem Busfenster sehen kann, ist für die (langfristige) Werbewirksamkeit jedenfalls nicht von der hier vermuteten Bedeutung.

Methodisch begegnet der Rückgriff auf das "allgemeine" Grundrecht des Art.2 I GG den bereits bei Ramm (S.61) geltend gemachten Bedenken: Zwar ist aus den genannten psycho- und soziologischen Gründen Vorsicht vor allzu schneller Gleichsetzung von akustischem "Kontrahierungszwang" mit Verletzung der Meinungsbildungsfreiheit geboten.

Wesentlich sachnäher, weil bereits in der Vorzone der internen Meinungsbildung ansetzend, scheint jedoch die vom BVerfG ⁴³⁾ neuerdings entwickelte passive Informationsfreiheit zu sein: Denn wenn der "Aspekt des Auswählenkönnens ... Grundtatbestand jeder Information ..." ⁴⁴⁾ sein soll, dann könnte derartige werbliche Zwangsinformation - ungeachtet ihrer weiteren psychischen Rückwirkungen - bereits Verletzung der grundrechtlichen Informationsfreiheit sein.

Ohne hier der Rechtsentwicklung vorgreifen oder den eigenen Arbeitsrahmen verlassen zu wollen, ist doch auf den potentiellen Vorrang dieses Spezialgrundrechts hinzuweisen.

⁴²⁾ vgl. Jacobi, Werbepsychologie, S.58 ff

⁴³⁾ BVerfGE 27,71 ff

⁴⁴⁾ a.a.O. S.83

d. Schollers " Freiheit der Anschauung im Bereich der Geheimsphäre " ⁴⁵⁾ schließlich, abgeleitet aus der Gewissensfreiheit des Art.4 I GG, dem Menschenwürdesatz und dem religiösen Verschweigerrecht des Art.140 GG i.V.m. Art. 136 WRV, kann trotz voller Ausschöpfung des thematischen Rahmens (auch politische Anschauungen ⁴⁶⁾) die begrifflich-grundrechtliche Begrenzung dieses Innenrechts nicht soweit dehnen, um auch eine "allgemeine" Meinungs(bildungs)freiheit normativ abzudecken. Entscheidender noch gegen solche Übergreiflichkeit spricht allerdings seine "Ansicht", "eine Verweisung der Gewissensfreiheit auf die Freiheit des inneren Gedankens als einen rein psychischen Tatbestand müßte die Streichung des Art.4 I GG aus dem Grundgesetz zur Folge haben, da das Recht mit rein internen, jedem äußeren Eingriff unzugänglichen (!) Akten nicht verknüpft werden kann".⁴⁷⁾ Sein vielmehr als Freiheit weltanschaulicher Intimkommunikation ⁴⁸⁾ ("domaine reserve") verstandenes Projekt beruht somit auf einer völlig anderen Grundanschauung und scheidet deshalb für unsere Fragestellung eindeutig aus.

⁴⁵⁾ Freiheit des Gewissens, 1958

⁴⁶⁾ a.a.O. S.129

⁴⁷⁾ a.a.O. S.210

⁴⁸⁾ a.a.O. S.134,209

2. Ergebnis

Insgesamt erweist sich also keine der genannten "Innenrechts"-Projektionen als geeignet, die Meinungsbildungsfreiheit in dem von Art.5 GG tatbestandlich vorgezeichneten Umfang normativ abzusichern. Art.5 GG übernimmt deshalb diese notwendige Schutzfunktion selbst.

Der Vergleich mit den in Frage kommenden anderen Grundrechtsansätzen hat jedoch im Vorfeld dogmatisch/methodischer "Zersplitterung" überwiegend eine bemerkenswerte "Ansichten"-deckung ergeben, die einen geeigneten Ausgangspunkt sinnvoller Rechtsentwicklung vermuten läßt.

2. Kapitel

MEINUNGSÄUSSERUNGSFREIHEIT UND ÄUSSERUNGSFORM

Normative Tragweite des formal/technischen Gewährleistungs-
bezugs in Art.5 I/1 GG

A. Die herrschende Deutung

Die absolut herrschende Meinung liest die Äußerungsformgarantie des Art.5 I/1 GG praktisch wie die des Art.118 I/1 WRV: Abgesehen von einer extensiven, fortschrittsoffenen Interpretation der benannten Medien "Wort, Schrift und Bild" ¹⁾ gelten auch Meinungsäußerungen in jeder sonstigen Weise, "bloße Tathandlungen" ²⁾ "sonstige Handlungen ... in allen denkbaren Variationen" ³⁾ als geschützt. Es besteht Einigkeit darüber, daß der grundrechtliche Formalbezug nur Beispielscharakter besitzt, daß die ausdrücklichen Konkretisierungen letztlich ohne Bedeutung sind.

B. Kritik und Ergänzungsversuch

I. Kritik der herrschenden Deutung

Sieht man diese Auslegung im Zusammenhang mit der z.T. auch hier vertretenen Weite des inhaltlich/gegenständlichen Bezugs bzw. Herzogs globaler Kommunikationsteilhabe, so verliert Art.5 I/1 GG nahezu alle tatbestandlichen Konturen.

¹⁾ vgl. statt vieler v.Mangoldt-Klein GG, Art.5 Anm.III/3

²⁾ Herzog in Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz.73

³⁾ Ridder, in: Die Grundrechte II, S.274

In unbefangener Konsequenz müßte dann möglicher Grundrechtsschutz einer aufgebrachtten jungen Dame, die ihrer Entrüstung (Meinung!) über einen allzu hartnäckigen Lehrer mit einer Ohrfeige (Tathandlung!) beredten Ausdruck verleiht, erst an den Strafrechtsschranken des Art.5 Abs.2 (allgemeine Strafgesetze) scheitern. Denn wo sollte die von Ridder ⁴⁾ angedeutete Grenze liegen, bei der "Handlungen, mit denen eine Meinung ausgedrückt wird, ... einen über die Meinungsäußerung ... hinausschießenden Inhalt haben", der nicht mehr von Art.5 GG geschützt ist? Die Ohrfeige i s t entweder Meinungsäußerung oder nicht, eine Aufspaltung in geschützten Meinungs Ausdruck und ungeschützte Tat unmöglich.

In der Tat ist n i c h t j e d e r denkbare (nicht-) verbale Akt, der einen ideellen Positionsbezug des Handelnden erkennen (vermuten) läßt, eine Meinungsäußerung i.S. des Art.5 I/1 GG: Die durch die zitierten Formulierungen scheinbar völlige Verflüssigung des Formalbezugs - ja des ganzen Art.5 I/1 GG wird entscheidend limitiert durch den Charakter des Art.5 GG als K o m m u n i k a t i o n s g r u n d r e c h t .

II. Ergänzung durch den kommunikativen Wesensvorbehalt

Art.5 GG gilt, wie bereits angesprochen, einhellig als zentrales Kommunikationsgrundrecht.⁵⁾ Meinung ist somit ein - zumindest potentiell - Kommunikationsobjekt, Meinungsäußerung - zumindest versuchte - Meinungskommunikation.

⁴⁾ a.a.O.

⁵⁾ vgl. Lerche, Werbung und Verfassung, S.76 ff
aers. Verfr. Zentralfr. des Arbeitskampfes, S.35
sowie in: Die Grundrechte IV/1, S.464 ff
Herzog in Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz.58

Diese normtatbestandliche Präzisierung auf die Kommunikation eines (bestimmten) Kommunikationsobjekts bedingt eine ganz entscheidende qualitative Besonderheit sowohl der geschützten Kommunikationstechnik, also der Äußerungsform, als auch des Kommunikationsobjektes, also des bereits behandelten Meinungsbegriffs, die zu Unrecht erst und allein über die Schrankensystematik des Art.5 Abs.2 GG als konstituiert gilt.

1. Soziologischer Kommunikationsbegriff

Für "Kommunikation" bietet die Sozialwissenschaft keine einheitliche Definition an. Die Deutungen reichen von der Gleichsetzung mit menschlichem Verhalten schlechthin ("Man kann nicht nicht kommunizieren") ⁶⁾ über (zweipoliges Geschehen) ⁷⁾ (interaction) ⁸⁾ und "Reizübermittlung" ⁹⁾ bis zum "Hauptfaktor der Einheit und Kontinuität der Gruppen und ... Grundlage der Kultur, ... geradezu ... der menschlichen Gesellschaft". ¹⁰⁾

6) Watzlawik P., Beavin J.H. u. Jackson D.D., Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien, Bern 1969, S.53, zit. nach Graumann, Interaktion und Kommunikation, a.a.O. S.1180

7) Hartley/Hartley, Grundlagen der Sozialpsychologie, S.22

8) Hartley/Hartley, a.a.O. S.19

9) Hovland C.J., Social Communication, Proceedings of the American Philosophical Society, Vol.92, 1948, zit.nach Hartley/Hartley a.a.O. S.18

10) Fairchild H.P. (Ed.), Dictionary of Sociology, New York, Philosophical Library, Inc. 1944, S.50, zit.nach Hartley/Hartley a.a.O. S.19

Gelangt man zunächst über die Ausscheidung rein intrapersonaler und nicht auf Außenwirkung angelegter Verhaltensweisen (Denken, Schlaf usw.) zum einigermaßen praktikablen Begriff der Interaktion, stellt sich die Frage nach möglicher Unterscheidbarkeit von Kommunikation und Interaktion. Ihre Gleichsetzung wird z.T. damit begründet, ein Fall "reiner Energieübertragung" ohne in ihr liegende Informationsübermittlung sei undenkbar.¹¹⁾ Andererseits gilt jedoch die rein einseitige Informationsabgabe bzw. ihr Empfang nicht als Kommunikation: "Die pure Wahrnehmung eines anderen, der uns nicht beachtet, der lediglich in unserem Blickfeld auftaucht", wird nicht als Kommunikation gewertet, "sosehr sich hier Informationsaufnahme und -verarbeitung beim "Empfänger" vollziehen".¹²⁾

Läßt sich damit Kommunikation als irgendwie reziprokes interpersonelles Verhalten fassen, kann zu weiterer Konkretisierung nur eine Zusammenschau der zahlreichen Detailbeschreibungen des Kommunikativen verhelfen:

So wird Kommunikation im einzelnen etwa verstanden als "sharing of activity, excitement, information",¹³⁾ als "the establishment of a commonage"¹⁴⁾ oder "interaction by means of signs and symbols",¹⁵⁾ ihre Haupteffekte als "enlargement" und

¹¹⁾ vgl. Graumann, a.a.O. S.1179

¹²⁾ Graumann, a.a.O. S.1180

¹³⁾ Hefferline, zit.nach Barnlund D.C. (Hg.) Interpersonal communication: Survey and studies, Boston 1968, S.5 (Graumann, a.a.O. S.1180)

¹⁴⁾ Morris C., zit.nach Graumann, a.a.O.

¹⁵⁾ Lundberg, zit. a.a.O., vgl. auch Haseloff, Über Symbolik und Resonanzbedingungen der politischen Sprache, in Politische Beeinflussung, Voraussetzungen, Ablauf und Wirkungen, Frankfurt 1969 (Hrsg. Hartmann K.D.) S.72 ff (74)

"animation".¹⁶⁾ Wenn es heißt, "communication is ... rather expression, interpretation and response"¹⁷⁾ oder "when we communicate, we are trying to establish a commonage with someone",¹⁸⁾ wenn ihr Wesen in "Verständigung" und "Bedeutungsvermittlung"¹⁹⁾ gesehen und sie als Möglichkeit bezeichnet wird, die "Erfahrungen anderer Nervensysteme zu nutzen",²⁰⁾ wenn sie gar "der eigentliche Träger des sozialen Geschehens"²¹⁾ und Wirksamkeitsvoraussetzung des gesellschaftlichen Übereinkommens sein soll, so ist ein gewisser gemeinsamer Akzent kaum zu überhören:

Kommunikation markiert im gesamten Interaktionsfeld, also im Bereich zwischenmenschlicher Berührungen und Kontakte den Ausschnitt des **Z u - u n d M i t e i n a n d e r**, nicht des Gegeneinander.

Ist Interaktion die Entisolierung des in die Mehrheit gestellten Individuums schlechthin, und sei es auch mit Hilfe der Faust, dann ist Kommunikation gewissermaßen die (technisch nicht minder unabsehbar substituierte) friedlich ausgestreckte Hand zur Überbrückung psychisch/physischer Insularität.

Dabei ist dieser endlose "Wechselstrom" personaler Entinnerungen schon auf Grund der menschlichen Individualität gekennzeichnet von Gleichklängen, Annäherungen und Differenzen;

¹⁶⁾ Cooley C.H., The significance of communication, 1966, in Berelson and Janowitz, 1966, S.147 ff (147,150), zit. a.a.O.

¹⁷⁾ Park R.E., Reflexion on communication and culture, 1966, in Berelson and Janowitz, 1966, S.167 ff (170), zit. a.a.O.

¹⁸⁾ Schramm W., Grundlagen der Kommunikationsforschung, München 1964, S.3

¹⁹⁾ Reimann, Kommunikationssysteme: Umriss einer Soziologie der Vermittlungs- und Mitteilungsprozesse, Tübingen 1966, S.75

²⁰⁾ Johnson W., People in Quadries, N.Y. Harper & Bros., 1946, zit. nach Hartley/Hartley, a.a.O. S.11

²¹⁾ Hartley/Hartley, a.a.O. S.11

alle Schattierungen zwischen Verstehen und Nichtverstehen sind bei allen Arten kommunikativer Kontaktnahme vertreten. Kommt es deshalb zu Konflikten, so ist deren Lösung auf kommunikative wie nicht-kommunikative Weise möglich. Wo liegt die Grenze?

Der Bereich des Kommunikativen wird verlassen, wenn (der Versuch zu) beiderseits freiwillig-selbstbestimmte(r) Annäherung, zumindest (zur) Achtung des Gegensatzes - also der abweichenden Individualität - aufgegeben und die Konfliktlösung mittels Gewalt, Druck oder Zwang gesucht wird.

Dabei sind gleichermaßen physisch wie psychisch ansetzende Formen des Zwangs denkbar, letztere vor allem durchaus auch in kommunikationstypischem Kleid: Eine faktische Erpressung kann ohne weiteres in der verbalen Form eines "Diskussionsvorschlags" erfolgen.

Umgekehrt ist Kommunikation keineswegs auf aggressionsfreie Missionierung oder statischen Positionsbezug beschränkt. Gerade der "geistige Kampf mit Ergebnissen des Denkvermögens" gilt zu Recht als von Art.5 GG geschützt. Denn die *einverstandliche* Unterwerfung ²²⁾ unter bestimmte (z.B. Denk-) Gesetzmäßigkeiten des kommunikativen Kontakts legitimiert auch entsprechende An- und Übergriffe. Auch der Sport - nicht seine Perversionen! - bedarf zur Verdeutlichung seines Kommunikationscharakters nicht erst der Bemühung brüchiger olympischer Tradition.

Schließlich müssen sich die Grenzen des Kommunikativen nicht

²²⁾ Insofern korrespondiert das Gleichordnungs- und Konsensprinzip des Privatrechts weitgehend dem kommunikativen Vorbehalt (soweit er tatbestandlich überhaupt durchschlägt); selbstbestimmt-freiheitliche Motiv-, Meinungs- und Verhaltensanpassung in Verträgen, Sozietäten, Wahlakten usw. entspricht durchaus dem kommunikativen Gedanken, "konkretisiert" ihn also in entsprechenden Privatrechtsregeln bereits, vgl. auch oben S. 29.

mit denen zwischen (zivil- oder strafrechtlicher) Rechtmäßigkeit bzw. -widrigkeit decken: Der arbeitsrechtliche Streik mag legales Kampfmittel und keine strafbare Nötigung nach § 240 StGB sein, er ist dennoch keine Kommunikation, während umgekehrt ein herzhafter Rippenstoß objektiv zwar nicht zum körperlichen Wohlbefinden beiträgt, u.U. aber "sprechendste" Kommunikation sein kann.

2. Das kommunikative Prinzip in Art.5 GG und anderen Kommunikationsgrundrechten

Diese wesensimmanente Freiheitlichkeit von Gewalt, Druck oder Zwang ist mehrfach in Art.5 I GG (und anderen Kommunikationsgrundrechtstatbeständen) anzutreffen, ohne immer und ausreichend als durchgehendes Strukturprinzip erkannt zu sein:

- a. Bereits die - der im natürlichen Handlungskreis regelmäßig der Äußerung vorgehenden informativen Grundlagenbildung zugeordnete - aktive Informationsfreiheit des Art.5 I/1 GG ist ausdrücklich auf "allgemein zugängliche" Quellen limitiert, erlaubt also nicht den "Einbruch in anderweit umhegelte Positionen"²³⁾ bei der Informationsverschaffung.
- b. Darüberhinaus sieht das BVerfG ²⁴⁾ in der Informationsfreiheit auch den "rein geistigen Vorgang der Informationsaufnahme" frei von ungesuchten, ohne Zutun des Empfängers an ihn herangetragenen Informationen gewährleistet. Sollte damit der gesamte Radius sich anbahnender Kommunikationen im Interesse des (künftigen) Kommunikanten und seiner vollen Auswahlfreiheit ²⁵⁾ ausgeschöpft und vor Störungen von dritter Seite

²³⁾ Ridder, a.a.O. S.275

²⁴⁾ BVerfGE 27,71 ff (83)

²⁵⁾ a.a.O.

geschützt werden, legt es die deutliche Betonung des psychischen Rezeptionsvorgangs zumindest nahe, hier auch eine Schutzrichtung gegenüber unkommunikativen, "freie geistige Aufnahme" gar nicht ermöglichenden "Informations"-Afferenzen zu vermuten.

- c. Zum Schutz der Entschließungsfreiheit über das Ob oder Nicht aktiver Kommunikationsteilnahme und zur Abwehr ihrer unkommunikativen Erzwingung hat Lerche ²⁶⁾ in Fortentwicklung der unbestrittenen negativen Koalitionsfreiheit in Art.9 GG eine alle Kommunikationsgrundrechte umspannende negative Kommunikationsfreiheit postuliert.
- d. Obwohl neben der Entinuerung auch der Empfang des Geäußerten durch den/die zur Wahlfreiheit des Äußernden stehenden Adressaten geschützt ist, besteht kein Anspruch auf Empfang oder gar ein Recht auf unkommunikative Empfangserzwingung.²⁷⁾ Auch wenn häufig nicht klar unterschieden folgt dieses Rechtslimit grundsätzlich bereits aus Art.5 Abs.1 GG und muß nicht erst über die Schrankensystematik des Abs.2 (diese inhibiert allenfalls über das Äußerungsverbot implizit auch die Empfangserzwingung) durchgesetzt werden.
- e. Die jüngere Rspr. des BVerfG zum Boykott(aufruf)²⁸⁾ ergibt, daß (wirtschaftlicher) Druck keine "Form" der Meinungsäußerung im Sinn des Art.5 Abs.1 GG ist.
- f. Ausdrücklich erscheint das kommunikative Element bei Art.8 GG in den Tatbestandsmerkmalen "friedlich" und "ohne Waffen".²⁹⁾

²⁶⁾ Die Grundrechte IV/1, S.483 f
ähnlich Herzog in Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz.40

²⁷⁾ Herzog in Maunz-Dürig, GG, Art.5 Rz.60 ff

²⁸⁾ BVerfGE 7,203 ff; E 25, 256 ff
kritisch dazu Lerche, Zur Verfassungsrechtlichen Deutung
der Meinungsfreiheit, a.a.O.
vgl. dazu unten S.114

²⁹⁾ vgl. dazu unten S.120 f

3. Kritik - Erwiderung - Zusammenfassung

Diese Reduktion der (Meinungs-) Kommunikation auf Interaktion frei von Gewalt, Druck und Zwang hat - konkret gerichtet gegen verschiedene Strafurteile in Demonstrationssachen - scharfe Methodenkritik hervorgerufen:

So halten Diederichsen ³⁰⁾ u.a. unter Hinweis auf die Begriffsverwirrung im Strafrecht den Gewaltbegriff für "viel zu schillernd, als daß er ein brauchbares Abgrenzungskriterium bilden könnte." Mit Sicherheit werde nur die Anwendung physischer Gewalt weder durch Art.5 GG noch durch Art. 8 GG gerechtfertigt, während z.B. Formen des sog. passiven Widerstands (Sitzstreiks, Käuferboykotte u.ä.) nicht schon "wegen der von ihnen ausgehenden Zwangswirkungen als Gewalt deklariert und damit der ... erforderlichen Güter- und Interessenabwägung entzogen werden dürften."

Tatsächlich wäre es unrealistisch, hinter diesem oder ähnlichen Globalbegriffen klare und unabänderlich fixierte/fixierbare Konturen zu erwarten. Im Gegenteil - Arten, Ansätze und Zurechenbarkeiten dessen, was Unfreiheit, Ausgeliefertsein, "Fremdbestimmtheit" oder Versehrtsein auslöst, sind viel zu differenziert und wandelbar, als daß sie begrifflich abschließend und näher als mit einer Art Generalnenner umschrieben werden könnten. Die jüngere (Bewußtseins-) Entwicklung weist erhebliche Gewichtsverlagerungen der entscheidenden Bedrängnisfaktoren von klar feststell- und zurechenbaren (strafrechtstypischen) punktuellen Übergriffen oder schlichten Naturereignissen zu diffuseren, "glatten", permanenteren, anonymen Zwängen und Irritationen auf. Umweltschäden, Lärm, Verkehr, Siedlungsballung u.ä. bilden inzwischen oft tiefgreifendere, wenngleich nicht direkt "schmerzende" Gewalten als die klassische Brachialgewalt.

Eben deshalb scheint es aber verfehlt, nun im Gegenzug Ge-

³⁰⁾ u. Marburger, NJW 70,777 ff
ähnlich Tiedemann, JZ 69,719 ff

walt und ähnliche Synonyme für Freiheits- und Unversehrtheitsstörungen endgültig auf den Gebrauch der Keule fixieren zu wollen und im übrigen unbesehen zwischen vermeintlicher "Kommunikationsform" und Drittrechten abzuwägen.

Der (negativ) im Begriff des Kommunikativen bzw. (positiv) in Begriffen wie Gewalt, Druck oder Zwang enthaltene Wertungs- und Anpassungsspielraum ist *n i c h t* identisch mit dem für die Abwägung zwischen Kommunikations- und Drittrechten vorgesehenen. Nicht mögliche Gewalt usw. wird gegen Drittrechte im Rahmen des Art.5 GG abgewogen, sondern (grundsätzlich gewaltfreie) Meinungskommunikation.

Das schließt nun keineswegs aus, daß dieser kommunikative Generalnenner innerhalb seines begriffsspezifischen Wertungsspielraums eine Konturierung (Präzisierung) durch externe Normgefüge erhält. Die "allgemeinen Gesetze" des Abs.2 wären ein denkbare Instrument, trotz ihrer eigenen, anderweitigen Intentionen einen Beitrag zur Konkretisierung der Kommunikationsfreiheit zu leisten. Nur bedeutet dies nicht, daß etwa die "allgemeinen" Strafgesetze *i m m e r , u n b e s c h r ä n k t* und *a u t o n o m* "reflexiv" festlegen, was Kommunikationsfreiheit ist.

Mag deshalb z.B. § 113 StGB aktive, nicht nur "passive" Gewalteinwirkung auf Vollzugsorgane erfordern, so ist damit nicht unabweislich die kehrseitige Feststellung verbunden, passive Resistenz sei (immer) - abwägungsfähige - Meinungskommunikation. Die von Diederichsen eingeräumte "Zwangswirkung" rückt sie vielmehr in die Nachbarschaft des vom BVerfG als unkommunikativ i.S. des Art.5 Abs.1 GG gewerteten wirtschaftlichen Drucks bestimmter Boykottaufrufe.

Die kommunikative Gewalt-, Druck- und Zwangsfreiheit ist m. a.W. keine sklavisch am - aus rechtspolitischen Erwägungen u.U. selbst variablen - strafrechtlichen Gewaltbegriff haftende, sondern peripher zwar dispositive, adaptionsfähige

(und teilweise vielleicht bereits -bedürftige), in ihrer Maßstabssubstanz aber doch faßbare Qualität:

Alles, was die Freiheit, Freiwilligkeit oder Selbstbestimmung des Handelns, Denkens, Fühlens und Wollens beeinträchtigt oder stört, bedarf zumindest scharfer Messung anhand des Kommunikativtatbestands des Art.5 I GG, bevor eine Güterabwägung überhaupt stattfinden darf.

Dies gilt zunächst für die grundrechtliche Äußerungsform. Sie ist zwar, wie die allgemeine Meinung hier - in bemerkenswertem Gegensatz zum Meinungsbegriff - zu Recht befindet, nicht auf bestimmte Ausdrucksmittel, nicht auf einen typischen (typologisierbaren) Ausschnitt des unendlichen Reservoirs individueller Kommunikationsformen begrenzt. Dennoch ist nicht alles menschliche Handeln "in jeder nur denkbaren Form" Kommunikation, geschweige denn Meinungsäußerung.

Vielmehr erfaßt Art.5 I GG von vornherein - ungeachtet seiner näheren Konkretisierung anhand des Abs.2 - nur ein bestimmtes, in seiner Wirkung begrenztes Verhaltensspektrum.

Die "sprechende" Ohrfeige im Eingangsbeispiel ist keine Meinungsäußerung, und zwar nicht deshalb, weil sie eine tatbestandsmäßige Körperverletzung i.S. der allgemeinen Strafgesetze des Abs.2 ist, sondern weil sie von vornherein keine Kommunikationsform im Sinne des Art.5 Abs.1 GG ist.

Das gleiche gilt jedoch auch für das von Art.5 I GG herausgestellte Kommunikationsobjekt der "eigenen Meinung". Obwohl diese selbst in ihrer geäußerten Gestalt nicht vollständig bestimmbar ist, ist auch sie in ihrer (immateriellen) Wirkungsweise a priori beschränkt:

Ein Befehl mag so verbindlich formuliert sein wie eine Bitte. Er ist dennoch keine Meinungsäußerung i.S. des Art.5 I GG.

C. Zusammenfassung

- I. Dieses grundrechtsimmanente Element kommunikativer Gewalt- Druck- und Zwangsfreiheit hat somit den wesentlichen Beitrag für die Bestimmung sowohl des inhaltlich/gegenständlichen wie des formal/technischen Gewährleistungsbezugs in Art.5 I/1 GG leisten können.

Beide begriffsnotwendig (äußerlich) konturschwachen Tatbestandsmerkmale sind nun, statt in unzulänglichen Formaltypen in hinreichend klaren Wirkungsgrenzen faßbar.

- II. Dieser kommunikative Außenwirkungsrahmen des Art.5 I/1 GG reflektiert aber auch auf den eingangs festgestellten, vom Meinungsbezug getragenen **I n n e n b e r e i c h s -**schutz:

Es ist weder möglich noch wünschenswert, die Gesamtheit aller auf die - selbst kaum faßbare - individuelle Meinungsbildung einwirkenden Feldfaktoren zu erfassen oder gar auf einen generellen kommunikativen Wirkungsrahmen einzudämmen.

Wo jedoch "sozial manifeste" Determinanten massentypisch und zudem in unverhohlener Drittbestimmungsabsicht antreten, gibt Art.5 GG nicht nur ein prinzipielles (meinungsbezogenes) Innenschutzversprechen, sondern im Kommunikativprinzip zugleich den Maßstab zu- bzw. unzulässiger Determination. Sofern nicht andere gleichrangige Normen ggffs. auch unkommunikativer Determination Raum geben, schützt Art.5 GG für seinen Bereich vor unkommunikativer Determination. Dem kommunikativen Außenwirkungsrahmen des Art.5 GG korrespondiert - gewissermaßen in spiegelbildlicher Er-

gänzung - ein entsprechender "Innenwirkungsrahmen".¹⁾
Unter diesem kommunikativen Wesensvorbehalt findet auch hier der Konkretisierungsvorbehalt des Abs.2 ein unbedenkliches Wirkungsfeld.

III. Und schließlich bezeichnet der kommunikative Wesensvorbehalt auch das alle anderen Kommunikationsgrundrecht des Grundgesetzes beherrschende Strukturprinzip; auch diese sind, ungeachtet ihrer differenzierten Schranken, an diesen substantiellen Wirkungsvorbehalt gebunden.

Daß mit dem kommunikativen Wesensvorbehalt der Gewalt- Druck- und Zwangsfreiheit, entgegen verständlichen Zweifeln, nicht nur eine aktualitäts- und praxisferne Nebelformel gewonnen wurde, sei im letzten Kapitel anhand einiger soziologischer bzw. rechtlicher Problemstellungen nachzuweisen versucht.

¹⁾ Zumal zwei verschiedene Grundrechtsträger nunmehr unter Berufung auf die hier kollidierende Äußerungs- bzw. Meinungsbildungsfreiheit in Art.5 I/1 GG aufeinander treffen können.

3. Kapitel

Konkretisierungen des eigenen Deutungsansatzes anhand aktueller Problemstellungen

A. Art.5 GG und moderne Wirtschaftswerbung - Kommunikationsrechtliche Aspekte dieses massentypischen Determinationsfaktors im Kontrast zum Vergleichsfaktor Erziehung.

Wenn im folgenden gewisse Erscheinungen und Auswirkungen massentypischer Determinationsansätze im Bereich moderner Wirtschaftswerbung auf ihrer Vereinbarkeit mit dem Freiheitsrecht auf individuelle Eigenmeinung(sbildung) untersucht werden sollen, so scheint es zweckmäßig, dies im Kontrast zu einem anderen, traditionellen Fremdbestimmungsfaktor von vergleichbarer sozialer Potenz zu tun: Gemeint ist die E r z i e h u n g Jugendlicher.

Denn hier wie dort handelt es sich um Phänomene breitenwirksamer gezielter Determinationsbemühungen, um relativ homogene "Blöcke" finaler Gruppensteuerung mit primär individualpsychischen Ansatzpunkten.

Jenseits dieser abstrakt/wertneutralen Kriterien der M a s s e n t y p i k und F i n a l i t ä t p s y c h i s c h e r D e t e r m i n a t i o n sowie einer Teilidentität der Zielgruppen weisen allerdings Werbung und Erziehung kaum weitere Gemeinsamkeiten auf. Im Gegenteil: Motivationen, Träger, Intentionen, gewisse Methoden und nicht zuletzt ihre rechtliche Fundierung differieren ganz erheblich.

Absicht und Hoffnung unseres Ausgriffs ist es nun, gerade aus der Gegenüberstellung dieser beiden unterschiedlichen,

derzeit aber wohl sozial dominanten ¹⁾ Determinationsansätze und ihrer verschiedenen rechtlichen Bewältigung Rückschlüsse darauf zu gewinnen, welchen Radius psychischer Beeinflussung die Rechtsordnung bislang zur Kenntnis genommen, gebilligt oder ausgeschlossen hat, wie weit sie - auch in traditionellen Feldern - mit der sozialen Entwicklung Schritt gehalten hat oder bereits in "Rechtsverzug" ²⁾ geraten ist, - kurz, wie sich die geltende Rechtsordnung ganz allgemein zu breitangelegten Determinationsversuchen verhält. Deshalb scheint es vertretbar, in unserem Zusammenhang auch kurz die sozialen und rechtlichen Aspekte des wichtigsten klassischen Exponenten offenen psychischen Steuerungsbemühens zu streifen.

¹⁾ Wenn der Werbung hier soziale Dominanz zugesprochen wird, so sei damit keineswegs die kultur- und gesellschaftsprägende Wirkung etwa der Publizistik ganz allgemein oder die permanente individuelle Milieuprägung übersehen. Nur unter dem besonderen Akzent des durchgehenden *H a u p t - z w e c k s* psychischer Beeinflussung, nicht nur "irgendwie geistiger Wirkung auf die Umwelt" scheint Wirtschaftswerbung heute mit den größten Sonderposten massentypischen Determinationsbemühens zu bilden. Ähnliches gilt für die Erziehung. Die in der pädagogischen Literatur nicht zuletzt unter dem Eindruck sozialpsychologischer Erkenntnisse wiederentdeckte sog. "funktionale Erziehung" oder "Sozialisation" durch Umweltprägung (vgl. dazu aus pädagogischer Sicht kritisch und selbstkritisch, Th. Wilhelm, Sozialisation und soziale Erziehung, in: Der Mensch als soziales und personales Wesen, Wurzbacher (Hg.), Stuttgart 1963, S.120 ff) ist zwar ebenfalls massentypisch, entbehrt aber weitgehend der werbungsspezifischen Finalität. Die individuelle Entwicklung zum "Panoffelhelden" oder "Bürokraten" mag zwar milieubedingt oft nachhaltiger sein als die Erziehungsbemühungen zur "harmonisch ausgeformten Gesamtpersönlichkeit" oder zum "jugendlich-dynamischen Erfolgsmenschen" werblicher Projektion - homogen-finale Breitenmotorik steht wohl nur hinter den letztgenannten Stereotypen.

²⁾ Wobei solche Folgerungen immer das natürliche und sinnvolle time-lag des Rechts gegenüber sozialen Entwicklungen zu berücksichtigen haben; erst wenn einer fast kopflastigen Rechtsbemächtigung traditioneller Determinanten eine völlige Nichtbeachtung mittlerweile sozial ebenbürtiger Faktoren gegenübersteht, gewinnt ein solcher Kontrast u.U. Aufforderungscharakter, diesen Sozialentwicklungen mehr Rechtsinteresse zu schenken (vgl. dazu unten S.111ff).

1. Um Erziehung in den hier entscheidenden Kontrasten zu werblichen Beeinflussungen zu definieren, liegt es nahe, zunächst nach der sozialen Begründung erzieherischer Aktivitäten zu fragen:

Im frühkindlichen Stadium steht die Notwendigkeit helfender, sorgender, rundherum substituierender Bemühungen außer Zweifel. Der menschliche Säugling erweist sich als biologisch/physiologische "Frühgeburt",³⁾ der schon auf Grund seiner natürlichen Ausgangsverfassung vielfältiger Überlebenshilfe bedarf. Dabei wird den Milieueinflüssen in dieser Phase z.T. besondere Bedeutung für die gesamte, vor allem psychische Persönlichkeitsentwicklung beigemessen.⁴⁾

Während dagegen die pädagogische Theorie für ihr Hauptbetätigungsfeld, das Stadium zwischen Säugling und Erwachsenenstatus - die Jugend - teilweise noch (oder wieder) mit grundsätzlichen Selbstverständnis- und Legitimationsfragen zu kämpfen hat,⁵⁾ gibt die soziale Praxis und in ihrem Gefolge das "Recht der Erziehung" hier eine klar pragmatisch-positive Antwort. Offenbar von sozialen oder naturrechtlichen Selbstverständlichkeiten ausgehend weist unsere Rechtsordnung z.T. höchstrangig detaillierteste Kompetenzen und Ziel-

³⁾ vgl. Portmann, Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen, 2.Aufl. Basel 1951; ders., Zoologie und das neue Bild vom Menschen, 2.Aufl., Hamburg 1956

Gehlen, Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt, Bonn 1950 ("Mängelwesen")
Oeter, Sozialisation, Enkulturation und Personalisation sowie ihre Störungen in medizinischer Sicht, in: Der Mensch als soziales und personales Wesen, Wurzbacher (Hg), Stuttgart 1963, S.89 ff (107)

⁴⁾ vgl. dazu eingehend Thomae, Familie und Sozialisation in: Handbuch der Psychologie, Gottschaldt, Lersch, Sander, Thomae (Hg), 7.Bd.2.Hbd. Göttingen 1972, S.778 ff mit zahlreichen Hinweisen
Lorenz, Die acht Todsünden, S.77

⁵⁾ vgl. Th.Wilhelm, a.a.O.
informativ auch Zöpfel, Einführung in die Grundfragen der Pädagogik, Donauwörth 1969
Rücksiem, Der gesellschaftliche Zusammenhang der Erziehung, in: Erziehungswissenschaft 1, Frankfurt 1970, S.257 ff
Slotta Günter, Grundprobleme der Erziehungswissenschaft, Bad Heilbrunn 1969

setzungen zu, ohne sich mit einem Wort bei Legitimationsproblemen aufzuhalten. Sucht man danach, so wird man sie zum einen wohl in der besonders greifbaren Übergangs- und Entwicklungssituation des "Heranwachsenden" sehen müssen, die "in seinem eigenen Interesse" Unterstützung und Steuerung benötigt bzw. provoziert. Zum anderen wird sie in untrennbar damit verwobenen sozialen und gesellschaftlichen Erfordernissen zu finden sein: Ein modernes Gemeinwesen verträgt keinen Kaspar Hauser oder Robinsonnaturen in Mehrheit.

Entwicklungs- und Anpassungsprozesse wie "Personalisation, Ensozialisation und Enkulturation"⁶⁾ gelten somit in unserer Gesellschaftsordnung axiomatisch als Vorgänge, die im Jugendalter pädagogischer Bemühungen bedürfen, motiviert sowohl mit Individual- wie Gesellschaftsinteressen. Wie sich hierbei die Gewichte - zumindest nach Vorstellung des Gesetzgebers - verteilen, wird deutlich anhand seiner konkreten Kompetenz- und Aufgabenzuweisungen:

Der natürlichen Regel nachempfunden überträgt Art.6 II GG der Familie und den Eltern als der biologischen Primärgruppe⁷⁾ das Recht und die Pflicht der Kindeserziehung.

6) vgl. Wurzbacher (Hg), Der Mensch als soziales und personales Wesen, Stuttgart 1961, S.1 ff

7) Wurzbacher, Leitbilder des gegenwärtigen deutschen Familienlebens, 2.Aufl., Stuttgart 1954
ders. Ensozialisation, Enkulturation und Personalisation, a.a.O. S.23 ff;
zur strukturellen und funktionalen Veränderung der Familie vgl. Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, 3.Aufl. Stuttgart 1955;
ausgreifend auf andere traditionelle "Primärträger" Hellmer, Sozialisation, Personalisation und Kriminalität, Wurzbacher, Ensozialisation, Enkulturation und Personalisation, a.a.O. S.202 ff (206 ff);
Th.Wilhelm, a.a.O. S.140 ff

Diese elterliche "Haupterziehung"⁸⁾ wird auch ohne ausdrückliche gesetzliche Projektion⁹⁾ schon kraft biologisch/psychologischer Gesetzmäßigkeiten primär altruistische, dem Kindeswohl verpflichtete Zielsetzungen aufweisen. Zwar werden sich fortschreitend auch sozial/gesellschaftliche Rücksichten und Motivationen beimischen - insbesondere in der berufsausrichtenden Phase -, doch dürfte noch immer der gedankliche Prototyp des "Sie sollen es einmal besser haben als wir" repräsentativ sein für das stark triebbesetzte Beziehungsfeld zwischen Eltern und Kindern.

Ungefähr ab dem 6. Lebensjahr setzt für durchschnittlich 12 Jahre parallel zu den elterlichen oder sonst bereits staatlich substituierten Erziehungsbemühungen der Staat zwangsweise mit einer stark genormten Schulerziehung ein.¹⁰⁾ Auch wenn man hier neben der eigentlichen Wissensvermittlung die z.T. verfassungsrechtlich formulierten Erziehungsziele (vgl. etwa Art.131 BV) nicht allzu ernst nimmt, deutet sich doch ein gewisses, in Schulwahl- und Berufswahlfreiheit¹¹⁾ fortgesetztes Übergewicht des Kindeswohls, seiner Anlagen und Neigungen gegenüber gesellschaftlichen Erfordernissen an.

Allerdings ist auch diese Bestimmung unter dem Zeichen des Elternrechts der konkreten familiären Entscheidungssituation überlassen, ohne daß dem Kind hier eine ausdrückliche

⁸⁾ vgl. v.Mangoldt-Klein, GG, Art.6 Anm.IV/4 und Art.7 Anm.II/1

⁹⁾ vgl. aber Art.126 Bayer.Verfassung, der in Illustration des Art.6 II GG die Eltern zur Erziehung ihrer Kinder "zu leiblicher, geistiger und seelischer Tüchtigkeit" verpflichtet

¹⁰⁾ vgl. Art.7 I GG, Art.129,130, (138) Bayer.Verfassung, Art.1-3 VoSchG, Art.1 SchPG

¹¹⁾ Art.132 Bayer.Verfassung, Art.12 I GG

Determinationsfreiheit eingeräumt wäre.¹²⁾

Stärker differenziert zwischen elterlich/staatlichem Erziehungsrecht und kindlichem Selbstbestimmungsrecht wird allein im religiös-weltanschaulichen Sektor: Zwar wird den Eltern durch Art.7 II,III/1 GG das Entscheidungsrecht über die Teilnahme des Kindes am schulischen Religionsunterricht eingeräumt. Doch besteht dieses Recht unbeschränkt nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes. Mit Vollendung des 12. Lebensjahres kann das Kind nur mehr mit seiner Zustimmung in einem anderen Bekenntnis (weiter-)erzogen werden, mit 14 Jahren liegt die Entscheidung allein beim Kind.¹³⁾

Hier allein findet sich also eine entwicklungsmäßig erstaunlich früh ansetzende ausdrückliche Freistellung von erzieherischer Determination.

12) Zur Abgrenzung der verfassungsrechtlichen Position von Eltern, Schule, anderen Erziehungsträgern und der des Kindes vgl. Peters (in: Die Grundrechte, Bettermann-Nipperdey-Scheuner, IV/1 1, 1960, S.369 ff; S.393 f: Wenn Natur- und positives Recht das Recht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder anerkennen, so liegt darin eingeschlossen das Recht, die Persönlichkeit der Kinder zu bilden, damit diese sich nach Beendigung der Erziehung entfalten können und befähigt sind, als Erwachsene von ihren Grundrechten den ihrer Persönlichkeit gemäßen Gebrauch zu machen ... Aufgabe der Erziehung ist es zwar, die persönlichen Anlagen des Kindes zur Entfaltung zu bringen; der Erzieher hat jedoch nach seinen eigenen Wertmaßstäben gewisse -böse- Anlagen zu bekämpfen ... Mit der verfassungsrechtlichen Festlegung des Erziehungsrechts ist daher notwendig eine Einschränkung der freien Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes durch jeden Erzieher ... verbunden.

13) vgl. das RelKErzG vom 15.7.1921; das besondere Gewicht, das diesem gestuften elterlich/kindlichen Bestimmungsrecht beigemessen wird, zeigt sich an der durchgehenden Geltung dieses Prinzips auch in anderen, staatlich geregelten Erziehungs- und Fürsorgeverhältnissen, vgl. etwa § 3,38 IV, 71 II,III JWG, Art.19, 38 I, 41, 58 JaG

Schließlich werden vom staatlichen Gesetzgeber, wiederum im verordneten Eigeninteresse der Jugendlichen, gewisse negative gesellschaftliche Einflüsse (Pornographie, Gaststätten, Kinos usw.) durch gestufte Zugangs- oder Teilnahmebeschränkungen abzufangen versucht.¹⁴⁾

Zur pädagogischen Methode fehlen weithin verbindliche Aussagen von Recht und Erziehungswissenschaft.

Die elterliche Erziehung spielt sich, ganz sich selbst überlassen, nur in den allgemeinsten Grenzen des Verfassungs- und Strafrechts ab.

Für den schulischen Bereich folgt aus dem Verbot körperlicher Züchtigung die Beschränkung auf primär psychisch ansetzende Methoden.

Die pädagogische Theorie schließlich verwendet den Begriff der Erziehungsmethode bzw. des -mittels nur mit äußerster Zurückhaltung.¹⁵⁾ Dies entspricht derselben Vorsicht bei der Formulierung verbindlicher Erziehungsziele. Bestimmend dafür ist die Einsicht in die Verhaftung der Erziehungsmaximen an die jeweiligen kulturellen und gesellschaftlichen Strömungen:¹⁶⁾

So sieht die wissenschaftliche Pädagogik gegenwärtig zwar wichtige Anliegen in der Überwindung ethischer oder personaler Idealprojektionen, im "Zurück zur Wirklichkeit" in der

14) vgl. das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit v.27.7.1957 sowie das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften v.26.4.1961, letzteres in ausdrücklicher Anwendung des Gesetzesvorbehalts in Art.5 II GG

15) Netzer, Erziehungslehre, 10. Aufl. Bad Heilbrunn 1972, S.90 ff

16) Buber, Reden über Erziehung, Heidelberg 1953, S.46:
"Eine Norm und feste Maxime der Erziehung gibt es nicht und hat es nie gegeben. Was man so nennt, war stets nur die Norm einer Kultur, einer Gesellschaft, einer Kirche, eines Zeitalters, der, wie alle gebundene Regung und Handlung des Geistes, auch die Erziehung hörig war, und die sie in ihre Sprache übertrug."

Erziehung zur Selbst- und Mitbestimmungsfähigkeit,^{16a)} weiß jedoch "die idealistische Auffassungs- und Handlungsweise zu tief in der menschlichen Grundhaltung des Erziehers" verwurzelt, um bereits "ohne weiteres auf entsprechende Entwicklungen in der Erziehungspraxis" zu schließen.¹⁷⁾ Erziehungsmaßnahmen sollen zwar "an keiner Stelle als Zwangsvorgang" verstanden, "vielmehr immer (!) als Unterstützung des jugendlichen Willens zur Selbstentfaltung"¹⁸⁾ gesehen werden, die sich allerdings nicht in bestimmten Methoden, sondern in der gesamten personalen Beziehung zwischen Erzieher und Zögling realisiert.

Diese Umbruchsituation spiegelt sich vermutlich auch im sozialpsychologischen Befund einerseits allgegenwärtiger (auch kommerzieller) Leit- und Idealbildprojektionen und starker Skepsis und Verhaltensunsicherheit der Jugend andererseits.¹⁹⁾

Insgesamt darf wohl eine Rückdämmung physisch ansetzender (autoritärer) Erziehungsmittel zugunsten einer liberaleren "Argumentationspädagogik" konstatiert werden, was m.E. aber die Realität unkommunikativer, wenngleich mehr psychisch ansetzender Druck- und Zwangsmomente in den konkreten Er-

^{16a)} vgl. z.B. Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre Sekundarstufe I, Hessen sowie die kritischen Anmerkungen von Thomas Nipperdey u. Hermann Lübke, in Heft 1 der Schriftenreihe des Hessischen Elternvereins e.V., Bad Homburg 1973, S.5 ff

¹⁷⁾ vgl. Bittner, Für und Wider die Leitbilder, Heidelberg 1964, S.102
Dampel, Das erzieherische Vorbild, Diss. München 1957
Sauter, Vorbilder und Idole, Diss. Tübingen 1954
sowie zur philosophischen Deutung des "Vorbilds" allgemein Scheler, Vorbilder und Führer, Schriften aus dem Nachlaß, Bd.1, 2.Aufl. Bern 1957

¹⁸⁾ Netzer, a.a.O. S.90

¹⁹⁾ Schelsky, Die skeptische Generation, Düsseldorf-Köln 1957
Bittner, a.a.O. S.7

ziehungsprozessen nicht ausschließt. Denn kommunikationswissenschaftlich als "intensive Indoktrinierung"²⁰⁾ gekennzeichnet kann Erziehung schwerlich als absoluter Freiraum von lebensstypischen, also auch unkommunikativen Konfliktlösungs- und Durchsetzungsmethoden vorgestellt werden.

Fassen wir zusammen: Jugenderziehung ist ein rechtlich ausdrücklich und detailliert gestattetes Unterfangen breitangelegter psychischer Determination. Legitimiert durch die anfangs unabweisbare und in der Entwicklung besonders greifbare Substitutionsbedürftigkeit Jugendlicher weist die Rechtsordnung ausschließlich natürlichen und traditionellen Primärträgern Erziehungskompetenzen zu, die sich am Kindes- und Gemeinwohl orientieren; Mitbestimmungs- oder Abwehrrechte des Jugendlichen hierbei sind die Ausnahme. Trotz deutlicher Liberalisierung kann für die Erziehungswirklichkeit unkommunikative Druck- oder Zwangsanwendung sicher nicht ausgeschlossen werden.

2. Nicht minder kontrovers und damit leicht in Gefahr, eine "Art weltanschaulicher Diskussion um Sinn und Berechtigung einer ökonomischen Sozialordnung"²¹⁾ zu provozieren, scheint die Frage nach der sozial/ökonomischen Begründung und Notwendigkeit der **W i r t s c h a f t s w e r b u n g**. Denn nicht nur ihre Kritiker, sondern auch ihre sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Apologeten verweisen immer wieder auf die Unerläßigkeit der Werbung "für das Funktionieren des gegenwärtigen spätkapitalistischen Wirtschaftssystems und das heißt: unmittelbar für die Ausschaltung von Überproduktions-

²⁰⁾ Mc.Guire, W.J., The nature of attitudes and attitude change, Zit. nach Graumann, Interaktion und Kommunikation, a.a.O. S.1171
kritisch zur Methode der "Non-frustration" Erziehung auch Lorenz, a.a.O. S.77 ff

²¹⁾ Lercbe, Werbung und Verfassung, S.7

krise und mittelbar auch für die Beibehaltung der ökonomischen und ebenso politischen Verfügungsverhältnisse."²²⁾

Dieser ideologisch belastete "Systemkonnex" der Werbung verliert allerdings etwas von seiner provokativen Unbedingtheit, wenn man folgendes berücksichtigt:

Einmal ist Werbung auch auf "unvollkommenen Märkten" zentral- oder monopolwirtschaftlich geprägter Systeme anzutreffen,²³⁾ wenn die Situation Bedarfsweckung oder -lenkung erfordert. Zwar traten solche Situationen, also etwa ein Produktions- und Angebotsüberhang im Konsumgüterbereich bisher seltener auf; dennoch ist die werbliche "Nachfrageproduktion" als Korrektiv zentraler Wirtschafts-(fehl-)planung auch östlichen Systemen nicht unbekannt.

Schon von hierher scheint verbraucherorientierte Werbung mehr eine unmittelbare Funktion konkreter (Teil-)Wirtschaftssituationen und nur mittelbar eine solche bestimmter Wirtschaftssysteme zu sein. (Etwas anderes gilt selbstverständlich für die wettbewerbs-system-orientierte Werbung.)

Unterstrichen wird diese Annahme durch die nachweislich prozyklische Tendenz der Werbung in primär marktwirtschaftlichen Systemen. Wie die Depression Ende 1966/Anfang 1967 in der Bundesrepublik zeigte, nahmen im Gefolge der gesamtwirtschaftlichen Abschwächung auch die werblichen Aufwendungen deutlich ab, um mit zunehmender Erholung wieder entsprechend zu steigen.²⁴⁾ Zwar war die generelle Entwicklung hierzulande längerfristig von Wirtschaftswachstum, Massen- und Überproduktion gekennzeichnet, weshalb sich auch das wirtschaftlich/soziale Gewicht der Werbung so enorm verstärkte.

²²⁾ Hennig, Die Abhängigkeit der Massenmedien, a.a.O. S.29

²³⁾ H.Wilhelm, a.a.O. S.159 ff

²⁴⁾ Hennig, a.a.O. S.41; das antizyklische Wachstum der Lebensmittelwerbung dürfte weniger auf "werbende" als vielmehr informierende Maßnahmen zugunsten des plötzlich wieder an Daseinsvorsorge interessierten Wohlstandsbürgers zurückzuführen sein.

Sowenig man jedoch Prosperität und Überproduktion, beides unmittelbare Stimulantien der Werbung, zur quasi-naturgesetzlichen Ewigkeitspacht kapitalistischer Wirtschaftsordnungen stilisieren sollte, sowenig bezieht die Werbung ihre sozial/ökonomische Legitimation ausschließlich aus einem bestimmten Systemkonnex.²⁵⁾ Eine gewisse Akzentverschiebung auf die Relation zu konkreten Marktsituationen und Wirtschaftskonstellationen wirkt realitätsverträglicher und vermeidet zudem in diesem Zusammenhang unangebrachte Systemwertungen, ohne der grundsätzlichen wirtschaftlichen Existens- und Funktionsberechtigung der Werbung Abbruch zu tun.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Werbung soll jedoch nicht ganz die einzelbetriebswirtschaftliche Motivation werblicher Anstrengungen in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung verdecken. Gleichgültig, ob sich die konkrete Werbeaktion unmittelbar beim Verbraucher um Absatz bemüht oder dieses Ziel mittelbar durch Zurückdrängen der Konkurrenz anstrebt, sie verfolgt (hier in klarem Gegensatz zur Erziehung) *l e g i t i m e n* privatwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten entsprechend "*e g o i s t i s c h e*" Zwecke. So überzeugend manche Werbeaussage das Gegenteil zu suggerieren versteht, hier enthält sich selbst die Hauptgarantienorm erwerbswirtschaftlicher Betätigungsfreiheit, Art.12 GG,²⁶⁾ jeder Mahnung (also auch des Glaubens) an besondere soziale Rücksicht, wie sie z.B. der ursprünglich mehr auf statische wirtschaftliche Positionen zugeschnittene Art.14 GG erteilt.²⁷⁾ Die Werbung profitiert hier als

²⁵⁾ Ähnlich kritisch Lerche, a.a.O. S.15

²⁶⁾ zum verfassungsrechtlichen Standort der Wirtschaftswerbung, vgl. Lerche a.a.O. S.72 ff (85)

²⁷⁾ Daß die Interpretation des Art.14 GG, insbesondere mit der Entwicklung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb samt seinen verschiedenen aktivwirtschaftlichen Ausstrahlungen, hier eine "dynamische" Korrektur erfahren hat, die ihn näher an Art.12 GG herangeführt hat, wird nicht übersehen.

"reale Ausdrucksform einer gegebenen Wirtschaftsordnung"²⁸⁾ von der "wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes".²⁹⁾

Sosehr deshalb betont werden muß, daß "Egoismus" hier keine apriorische Negativwertung enthält, so deutlich gilt es, dieses Grundmotiv der Wirtschaft und ihrer Werbung bei der nun anstehenden Analyse der sozialen Bedeutung und Methodik der Werbung und ihrer rechtlichen Bewältigung in Erinnerung zu behalten.

Wirtschaftswerbung zielt nach Lerche (jedenfalls in ihrer Verbraucherrichtung) auf die Herstellung eines "bestimmten Konsenses",³⁰⁾ Werbung erscheint folglich als "Kommunikationsinstitut" ...³¹⁾ "zwischen Produktion und Konsum"³²⁾ im Rahmen der "Kommunikationsstruktur"³³⁾ der Gesamtwirtschaft.

Diese Kommunikationsfunktion bietet Lerche auch die Möglichkeit, Art.5 GG grundsätzlich dem kommerziellwerbenden Bereich zu öffnen.³⁴⁾ Von der Thematik her bietet die "Meinungs"-äußerungsfreiheit tatsächlich kein Hindernis.³⁵⁾

Kollisionen sind vielmehr von der spezifisch werblichen Intention und Methode zu befürchten: Das eigentliche Ziel werblicher Bemühungen ist nicht nur ein passiv-psychologischer Konsens, sondern ein bestimmter wirtschaftlicher Realakt (Erwerb, Konsum) des/der Adressaten.³⁶⁾ Weil dieser produktbe-

²⁹⁾ Lerche, a.a.O.

³⁰⁾ Lerche, a.a.O. S.12

³¹⁾ Lerche, a.a.O.

³²⁾ Lerche, a.a.O. S.13

³³⁾ Luhmann, Grundrechte als Institutionen, S.108 f

³⁴⁾ a.a.O. S.11 ff und 76 ff

³⁵⁾ vgl. oben S.29 ff

³⁶⁾ mindestens dessen Vorbereitung, Beibehaltung, Mehrung usw.

zogene Konsens in einem Wettbewerb(ssystem) konkurrierender, sich u.U. neutralisierender Werbeappelle ³⁷⁾ schwer zu erreichen ist, liegt die Versuchung nahe, den Werbeerfolg nicht erst über einen mühsam zu erstellenden "Aufmerksamkeits- oder Überzeugungskonsens" zu suchen, sondern unter Umgehung/Verletzung echter Kommunikation mehr oder minder sanft zu erzwingen.

Die bereits dargestellte subliminale Werbung ist ein Beispiel für solcherart unkommunikative "Verkürzung" der Absatzvorbereitung. ³⁸⁾

Aber auch auf der Bewußtseinsebene sind werbliche Ansätze erkennbar, die sich nicht ohne weiteres dem Kommunikationsprinzip des Art.5 GG zuordnen lassen:

Keinen grundsätzlichen Bedenken begegnet insoweit noch der Typus sog. "informativer" Werbung, ³⁹⁾ auch wenn sich hier ebenfalls bereits eine beachtliche Dehnung des Wortsinns bemerkbar macht.

Da die Produktnivellierung in weiten Bereichen der Maschengüterindustrie eine objektive Sachinformation und -differenzierung erschwert, wurde sie zunehmend durch eine sachunabhängige psychologische "Oberflächendifferenzierung" abgelöst, was das objektive und subjektive Gewicht sekundärer Gebrauchswerte verstärkt hat. ⁴⁰⁾ Wenn die Technik von 20 Waschmaschinentypen verschiedener Hersteller praktisch austauschbar ist, bleibt für sachliche Produkt- und Produzentenprofilierung nur noch wenig Raum, die Abgrenzung zur Konkurrenz auf die Schaffung von "Produktpersönlichkeiten" ⁴¹⁾ oder die Projektion von "images" des Produkts und seines Erwerbers angewiesen. ⁴²⁾

Weil aber diese Entwicklung nicht ohne Auswirkungen auf die Informationserwartung und Produktbeziehung der Ver-

³⁷⁾ Lerche a.a.O. S.30

³⁸⁾ vgl. oben S. 50 ff

³⁹⁾ eingehend P.Brückner, Die informierende Funktion der Wirtschaftswerbung, S.20 ff
Lerche, a.a.O. S.18 f

⁴⁰⁾ vgl. P.Brückner, a.a.O. S.51 ff
Hennig, a.a.O. S.29

⁴¹⁾ vgl. P.Brückner, a.a.O. S.40, 99 ff

⁴²⁾ Fabian, Idole in unserer Zeit, Freiburg 1967, S.11 ff

braucher geblieben ist, weil die symbolische und emotionale Aufladung der Produkte ihren Konsum oft bereits zum sozialpsychisch integrierten und institutionalisierten Synonym für personal/soziale Wesens-, Rang- oder Geltungsansprüche gemacht hat,⁴³⁾ mag solche werbliche "Information" wirklich einen gewissen, ent-rationalisierten Konsens ermöglichen.

Im übrigen hält für Fälle eklatanter "Sachferne", also täuschender oder betrügerischer Konsenserschleichung das Privat- und Strafrecht hinreichende Sicherungen bereit. Zu generellen Korrekturen dieser psychologischen Spielart des Materialismus ist ohnehin nur eine wirtschaftlich/gesellschaftliche Veränderung, nicht aber das Recht fähig und berufen. Kommunikation ist jedenfalls nicht auf rationalen Konsens klassischer Prägung festgelegt.

Gemeint sind vielmehr solche Methoden angewandter Werbepsychologie, die in Ausnützung mehr oder minder kollektiver psychischer Prädispositionen künstliche Konflikte oder Zwangslagen erzeugen und für ihre Absichten ausnützen, ohne daß das bisherige Instrumentarium insbesondere des Wettbewerbsrechts hier greift - was dessen Fortentwicklung in Verdeutlichung des kommunikativen bzw. eigenmeinungsschützenden Grundrechtsvorbehalts nicht ausschließt!

Um dies zu verdeutlichen, ist kurz die herrschende Wertung der Möglichkeiten und Grenzen werblicher Wirkung darzustellen:

Aktualgenetische,⁴⁴⁾ tiefen-⁴⁵⁾ und gestaltpsychologische⁴⁶⁾ Untersuchungen haben ergeben, daß sich die Werbewirkung nicht auf ein bloßes Reiz-Reaktions-Schema bringen läßt, wonach das Werbemittel eine Reizkonfiguration bildet, auf das die Zielperson gemäß den objektiven Reizbedingungen (vorherseh-

⁴³⁾ P.Brückner, a.a.O. S.32 ff
H.Wilhelm, a.a.O. S.56 ff

⁴⁴⁾ Spiegel, Werbepsychologische Untersuchungsmethoden, Berlin 1958, S.51
Jacobi, Werbepsychologie, S.106
P.Brückner, a.a.O. S.57 ff

⁴⁵⁾ Spiegel, a.a.O. S.113 ff

⁴⁶⁾ Jacobi, a.a.O. S.50 ff

bar) reagiert. Nicht ein fiktiver homo öconomicus,⁴⁷⁾ der auf jede sachinformationsbetonte Aufmerksamkeitserregung bewußt/rational eingeht, sondern ein in seinen Trieben und Grundstrebungen zwar weithin gleichartig prädisponierter, in seiner konkreten Stimmung und Motivation aber individuell gelagerter und nicht nur bewußt rezipierender, sondern anmutungshaft/ganzheitlich wahr- und aufnehmender Verbraucher ist in Wahrheit "Gegenspieler" des werblichen Appells.⁴⁸⁾

Die meist angestrebte Breitenwirkung werblicher Bemühungen ließ deshalb das Interesse für mögliche Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten der differenzierten Verbraucherpsyche(n) und ihrer Reaktionsvariablen wachsen. Neben besonderen gruppenspezifischen Einstellungen und Gewohnheiten⁴⁹⁾ erwiesen sich insbesondere die genannten (terminologisch nicht einheitlich erfaßten) Grundstrebungen und Bedürfnisse⁵⁰⁾ als solche weithin überindividuelle Konstanten: Vitale Triebe wie Nahrungs-, Geschlechts- oder Selbsterhaltungstrieb samt ihren vielfältigen, sozial und kulturell überlagerten Ausfächerungen bieten relative Berechenbarkeiten für werbliche Ansätze.

⁴⁷⁾ vgl. Lerche, a.a.O. S.23,26
H.Wilhelm, a.a.O. S.32 ff
P.Brückner, a.a.O. S.42 ff
Schreiber, Kaufverhalten der Verbraucher, Wiesbaden 1965

⁴⁸⁾ vgl. P.Brückner, a.a.O. S.71, 75 ff
Jacobi, a.a.O. S.50 ff
Kropff, Angewandte Psychologie und Soziologie in Werbung und Vertrieb, Stuttgart 1960, S.30 ff

⁴⁹⁾ vgl. P.Brückner, a.a.O. S.100
Kropff, a.a.O. S.182 ff
Hartley/Hartley, Grundlagen der Sozialpsychologie, S.452 ff

⁵⁰⁾ vgl. Kropff, a.a.O. S.134 ff
H.Wilhelm, a.a.O. S.73 ff
Berth, Wähler- und Verbraucherbeeinflussung, Stuttgart 1963, S.38
Lerche, a.a.O. S.28

Das allgemeine Bedürfnis nach Nahrung z.B. ist biologisch vorgegeben, drängt periodisch nach Befriedigung und ist folglich von gelegentlichen Unlustgefühlen begleitet. Verschiedentlich wird daraus gefolgert, Werbung könne somit grundsätzlich solche Bedürfnisse nicht selbst hervorrufen (schaffen) oder allein erwecken, sondern nur die zur Befriedigung drängenden psychischen "Ungleichgewichte" auf ein bestimmtes Befriedigungsobjekt lenken, also das allgemeine Bedürfnis in konkreten Bedarf umwandeln. Trotz gewisser, begrenzter Rückwirkungsmöglichkeiten dieser Bedürfniskonkretisierungen auch auf die Bedürfnisbildung (wie sie wohl z.B. das statistische "Übergewicht" der Bundesdeutschen spiegelt) liege das eigentliche werbliche "Ansatz(-) und Wirkungsfeld ... zwischen dem Bedürfnis und dem ermittelten Bedarf." ⁵¹⁾ Ziel der Werbung sei es, "die in dem gegebenen Bedürfnis enthaltenen Unlustgefühle zu verwerten und den unbestimmten Wunsch nach Beseitigung dieses Mangels auf einen konkreten Gegenstand, das angebotene Gut, zu richten ..." ⁵²⁾

Stellen wir dieser generellen - also keineswegs nur auf Nahrungsmittelreklame zugeschnittenen - Werbewirkungsdeutung nun eine ganz konkrete Werbeaktion und deren sozialpsychologische Analyse gegenüber, wie sie uns Horn ⁵³⁾ in der Darstellung der sog. "Krawattenmuffel-Serie" so eindrucksvoll liefert. Zunächst einige wirtschaftliche Daten: ⁵⁴⁾

In den Jahren 1964 - 1966 warben, mit jährlich 1,4 Mill. DM ausgestattet, Krawattenweber, Konfektionäre, auch Garnproduzenten wie Glanzstoff und Hoechst, für einen höheren Krawattenverbrauch. Die Kampagne erhielt 1967 die Texport-Trommler-Medaille, nach der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.10.1969 "der deutsche Oskar für die Textilwerbung".

51) H.Wilhelm, a.a.O. S.75, und ihm folgend
Lerche, a.a.O. S.28 f
ähnlich P.Brückner a.a.O. S.16

52) Wilhelm, a.a.O. S.57 ff, 73 ff

53) Zur individuellen Bedeutung und gesellschaftlichen Funktion von Werbeinhalten, in: Manipulation der Meinungsbildung, Zoll (Hg), Kritik Bd.4, Opladen 1971, S.201 ff

54) zit. nach Horn, a.a.O. S.208 ff

Ihr wirtschaftlicher Erfolg läßt sich (trotz des bedauerlichen Fehlens von Ausgangsziffern) an folgenden Zahlen ablesen: Während sich im Jahre 1968 nach einem allgemeinen Konjunkturreinbruch mit einem Krawattenumsatz von 30,5 Mill. Stück im Wert von 108 Mill. DM im Jahre 1967 der Umsatz auf 32,1 Mill. Stück im Wert von 113 Mill. DM erhobte, lag er 1965, also mitten in der Kampagne bei immerhin 35 Mill. Stück im Wert von 124 Mill. DM.

Diese Aktion ergab allein in ihren Anzeigen in Tages- und Wochenzeitschriften, also ohne Einbeziehung der parallel laufenden Fernsehwerbung, im wesentlichen folgende, in Wort und Bild vorgetragene Strategie:

Während einerseits (noch ganz konventionell) eine bestimmte, bereits objektbezogene Verhaltensnorm bzw. -erwartung als sozial existent, positiv und dominant projiziert wurde -

"Der Mann, der auf sich hält, besitzt zu jedem Anzug drei, vier passende Krawatten. Er wechselt sie regelmäßig - und das fällt angenehm auf ...", "... zeigen Sie ihm, daß Sie zu jedem Anzug zwei, drei passende Krawatten haben. Sagen Sie ihm, daß ein rechter Mann nie die von gestern umbindet ...", "erst, wer für jeden Anzug mehrere Krawatten hat - der ist ein Mann, der etwas auf sich hält ...", "Gib doch auf, Krawattenmuffel! Schau, die Krawattenmuffel werden immer weniger. Nur in entlegenen Gegenden gibt es noch vereinzelte Bestände. Und je weniger die Krawattenmuffel werden ...", "Andere Männer, die keine Millionäre sind, haben längst zu jedem Anzug zwei, drei passende Krawatten. Sie wissen eben, was ein Mann sich schuldig ist.", "Andererseits sind wir uns doch einig: Täglich Krawatte wechseln gibt tatsächlich Sicherheit. Zwei drei passende zu jedem Anzug ist tatsächlich ein gutes Gefühl." usw.

- aktivierte man andererseits mittels negativer Personifizierung abweichenden Konsumverhaltens (Stereotyp: Krawattenmuffel) unter Einsatz aller sozial relevanten Beziehungen des avisierten Verbrauchers die verschiedensten "Instinkte", Bedürfnisse, Ängste, Wünsche, Vorurteile, Aggressionen usw. zur künstlichen Erzeugung oder zumindest Projektion von Spannungen, Zwangslagen oder Konflikten, denen nur durch "normgerechten" Krawattenkosum zu begegnen sei:

Das optische Bild des "Krawattenmuffels" ist gekennzeichnet durch "dämmlich, beschränkt selbstzufriedene Züge", "niedrige Stirn, eng zusammenliegende Augen ...", "sein Lächeln hat etwas Blödes", als Vater ist er charakterisiert durch eine "ernste, beschränkte Würde", als Ehemann wirkt er "einfältig", als sich ergebender Feind weist er "Züge der Dummheit und Beschränktheit" auf, seine Außenseiter- und Fluchtsituation assoziieren ängstlich abwehrende, Hilflosigkeit und Ohnmacht ausdrückende Gesten: "Hand aufs Herz, hochgezogene Schultern, abwehrend vorgestreckte Hände, gebeugter Kopf" usw.

Die Kinder kommen verschreckt vom Spielplatz: "Papa, die sagen, Du bist ein Krawattenmuffel!", seine Frau wird aufgefordert: "Hilf ihm Luise! Er vergißt doch immer. Immer wieder trägt er die von gestern." oder "Willst Du, daß sie "Krawattenmuffel" zu ihm sagen? Zu ihm, der Tiere liebt und stets sein Auto pflegt und nichts auf die Familie kommen läßt.", sein Schwarm wird aufgefordert: "Mädchen, macht den Drei-Tage-Test! Trefft den Mann, der Euch gefällt, drei Tage hintereinander - und merkt Euch beim ersten Mal seine Krawatte. Wenn er sie am zweiten Abend wieder trägt - das kann noch Zufall sein. Aber am dritten Abend noch einmal: Dann ist es klar, daß vor Euch ein Krawattenmuffel steht. Nun kommt es darauf an. Entweder Ihr mögt ihn sowieso nicht. Oder aber Ihr wollt längere Zeit mit ihm Staat machen. Dann muß er - früher oder später - schonend darauf hingewiesen werden, daß ein Mann wie er doch wirklich öfter die Krawatte wechseln sollte."

Unterstrichen wird das Feind- und Außenseiterbild des Krawattenmuffels noch durch Illustrationen mit den bezeichnenden Untertiteln "Verbannt ihn!", "Schließt Euch zusammen - gebt ihm keine Chance mehr!", "Wie man einen Krawattenmuffel erwischt" oder die Darstellung als Schiffbrüchiger mit der Androhung: "Das ist das Ende des Krawattenmuffels. Und nie mehr darf er wiederkommen!".

Auch ohne ausdrückliche Offenlegung der hier so geschickt und "humorvoll" angesprochenen Beziehungsfelder und Regungen ist unschwer erkennbar, worauf der besondere Erfolg dieser Aktion beruhte. Messen wir aber die Krawattenmuffel-Kampagne an der oben dargestellten Werbewirkungsanalyse, so ergibt sich m.E. folgende Unstimmigkeit:

Nicht so sehr a k t u e l e , von selbst zur Befriedigung drängende U n l u s t g e f ü h l e wurden in konkrete

Konsumpflicht genommen - der angebliche und deshalb ahnungslose "Krawattenmuffel" fühlte sich bis dato im Kreise seiner nicht minder ahnungslosen Artgenossen und Bezugspersonen durchaus wohl - , sondern diese erst durch die Projektion des "Negativ-außer-der-Norm-Stehens" künstlich erzeugt, um dann allerdings mit Hilfe archetypischer *R e a k t i o n s - d i s p o s i t i o n e n* ("Nur nicht unangenehm auffallen!", "Ich/er will/soll nicht ihre/seine Liebe, Achtung, Respekt usw. verlieren!") in die gewünschte Richtung gelenkt werden.

Nicht nur Bedürfniskonkretisierung, sondern auch Bedürfnisweckung war somit Gegenstand dieser Aktion: Die "Bedürfnisse" oder Strebungen - nicht nur des Konsumenten - waren nur in noch allgemeinerer, *i n a k t u e l l e r*, potentieller, ruhender, nicht von selbst "akut" gewordener Form werbungsvorgegeben, sie mußten von ihr erst aktualisiert, "hervorgerufen",⁵⁵⁾ nicht nur ausgenutzt, "konkretisiert"⁵⁶⁾ werden.

Mithin kann - Gegenbeispiele keineswegs ausschließend - eine manchmal doch komplexere, zwar keine Zusatzbedürfnisse schaffende, wohl aber inaktuelle Bedürfnisse (latente Dispositionen) erst aktualisierende Wirkungsweise der Werbung nicht ausgeschlossen werden.

Daß hier Grenzzonen kommunikativer, d.h. psychische Selbstbestimmung nicht verletzender Beeinflussung erreicht sind, folgt jedoch vor allem aus der gezielten Störung sozialer Beziehungen. Indem man nämlich durch Projektion konsumbezogener (Soll-)Erwartungen vieler, in relevanten Beziehungen zum Konsumenten stehender Personen jenen in seiner Entscheidungsgrundlage und diese in ihrer Erwartungsposition verunsicherte (Während die Freundin sich fragen soll, ob ein

⁵⁵⁾ anders Lerche, a.a.O. S.29

⁵⁶⁾ so Lerche, a.a.O. S.28

solcher Mann nicht vielleicht wirklich ..., muß er sich fragen, ob sie nicht vielleicht tatsächlich solche Überlegungen anstellt), wurde die Konsumverweigerung mit einem wesentlich höheren Risiko belastet als etwa im Falle eines reinen Konsumentenappells. Diese psychologische "divide et impera"-Strategie im verletzlichen Gewebe besonders emotionsgeladener Beziehungen ist schwerer abzuwehren als ein Frontalangriff auf die primär ich-bezogene Entscheidungskompetenz des Verbrauchers.

Zudem relativiert dieses Beispiel etwas die in der rechtlichen Diskussion nahezu monopolisierte Bedeutung, die der Durchschaubarkeit⁵⁷⁾ werblicher Manipulationen beigemessen wird. Denn selbst wenn, wie hier, dem Einzelnen Ansatz und Methode einer Aktion, also etwa die fragwürdige Persönlichkeitswertrelevanz des täglichen Krautwettwechfels durchaus einsichtig wäre, muß er doch die Möglichkeit abweichender Reaktionen in seinem personalen Umfeld in Rechnung stellen. Eben weil in diesen Beziehungen soviel Unwägbar-Emotionales, kaum Rationalisierbar-Unterschwelliges mitspielt, hilft individuelle Einsicht wenig hiergegen. Die gewisse "Zwangshaftigkeit" beruht nicht so sehr auf der Undurchschaubarkeit der Methode als vielmehr auf der offenen Streuung und Kumulation der Risiken, die im Falle einer Nichtanpassung so schwer kalkulierbar drohen, während Konsum sicher und bequem vor allem schützt. Bequemlichkeit nimmt aber nun einmal in der Wert- und Motivationskala einer Wohlstands- und Überfluggesellschaft die Stelle ein, die zu anderen Zeiten ein Butterbrot gehabt haben mag; man sollte auch bei der Bestimmung dessen, was konkret Druck, Zwang, Risiko usw. ist, die tiefgreifenden Verschiebungen der gesellschaftlichen Bezugsgrößen nicht vergessen: Da korrekte, zeitgemäße Kleidung mittlerweile eine

⁵⁷⁾ vgl. Lerche, a.a.O. S.25, 29
ähnlich Faber, Geistesfreiheit, S.75 ff (104)

unabweisbare Voraussetzung erfolgreicher personaler Präsentation geworden i s t ,⁵⁸⁾ wäre abweichendes Verhalten, wenn überhaupt möglich, zumindest schwierig, anstrengend und risikant. Wer setzt sich dem schon "ohne Not" aus?

Aber nicht nur einzelne werbliche Methoden, sondern auch das p u b l i z i s t i s c h vermittelte G e s a m t g e - w i c h t der Werbung verdient im Lichte einer grundrechtlichen Eigenmeinungsfreiheit (vor unkommunikativer Beeinflussung) bzw. der Freiheit kommunikativer Intensität Beachtung.

Welcher Erfolg wäre z.B. der Krawattenmuffel-Kampagne ohne die Möglichkeit breitetester Streuung ihrer Anzeigen und Spots in den Massenmedien beschieden gewesen? Erst die Explosion der technischen Kommunikationshilfen hat der Werbung den Rang des mit bedeutendsten (gezielten) Determinationsfaktors unserer Zeit verschafft:

So erreichte 1964 der prozentuale Anteil der Werbeaufwendungen am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik mit 2,35 % den nach den USA (2,75 %) welthöchsten Satz ⁵⁹⁾ eine Relation, die sich zwischenzeitlich kaum wesentlich verringert haben dürfte. Den Gesamtaufwendungen aller öffentlichen Gebietskörperschaften in Bund, Ländern und Gemeinden für Unterricht und Erziehung von 12,3 Mrd. DM im Jahre 1967 standen Werbeaufwendungen i.H.v. 14,2 Mrd. DM (= 115,4 % der Schulausgaben) gegenüber.⁶⁰⁾ Vom Bruttowerbeumsatz im Jahre 1968 entfielen 70,6 % auf Medienwerbung (davon 56,6 % auf Zeitungs- und Zeitschriftenwerbung und 9 % auf Rundfunk- und Fernsehwerbung) und nur 29,4 % auf Direktwerbung.⁶¹⁾ Um schließlich noch die bereits angesprochene Relation der Werbung zur publizistischen Sachinformation an einem Beispiel zu illustrieren: Während die Werbung vom Gesamtumfang des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" 1950 noch 11,8 % einnahm, stieg dieser Anteil 1966 auf 52,2 %.⁶²⁾

⁵⁸⁾ vgl. Luhmann, Grundrechte als Institutionen, S.61, Fn.25

⁵⁹⁾ vgl. Hennig, a.a.O. S.35

⁶⁰⁾ Hennig, a.a.O. S.33

⁶¹⁾ Hennig, a.a.O. S.43

⁶²⁾ vgl. Holzer, Politik in Massenmedien - Zum Antagonismus von Presse- und Gewerbefreiheit, in: Manipulation der Meinungsbildung, Zoll (Hg), Kritik Bd.4, Opladen 1971, S.68 ff (97)

In weiten Bereichen der sog. "Regenbogenpresse" ist eine Unterscheidung zwischen redaktionellem und werblichem Teil ohnehin nicht mehr möglich.⁶³⁾

Dabei mag die konkurrierende (und wohl nicht nur diese) Werbung in sich, d.h. im Verhältnis der einzelnen Werbeaussagen und ihrer Wirkung zueinander erhebliche Neutralisationskräfte freisetzen ⁶⁴⁾ - wenn 10 homogene Produkte jeweils für sich Unübertrefflichkeit beanspruchen, verliert dieses Attribut in der Häufung zweifellos an Glanz - , so lassen diese Zahlen doch einen psychisch ansetzenden Feldstrom erkennen, der seinesgleichen sucht.

Wie schwer dabei die generellen, nicht konkret themengebundenen Rückwirkungen der "uns gegenwärtig schon erreichenden 6-12000 Werbeimpulse" auf die Individualpsyche abzuschätzen sind, demonstrieren Schelsky's Analysen,⁶⁵⁾ der einerseits der jüngeren Generation ein längst entwickeltes "dickes Fell" attestiert, andererseits dieser "sanfte(n) Gewalt der dauernden Wunscherzeugung" ... "heute eine stärker nivellierende und die Person sich selbst entfremdende Kraft" beimißt als etwa der "vielverschiedene(n) Spezialisierung der Berufsarbeit".

Jedenfalls mahnt die moderne Psychologie, verminderte Aufmerksamkeitszuwendung ⁶⁶⁾ und Habitualisierung ⁶⁷⁾ des "Medien- und Werbungskonsums" nicht kurzerhand mit psychischer Bewältigung im Sinne von unveränderter Selbstbestimmungsfähigkeit in Denken, Wollen und Handeln gleichzusetzen.

⁶³⁾ vgl. Zoll, Manipulation der Meinungsbildung (Hg), Opladen 1971, Kritik Bd.4, Einleitung S.9 ff (15)

⁶⁴⁾ darauf hat vor allem Lerche (a.a.O. S.30) hingewiesen

⁶⁵⁾ Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953) in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Gesammelte Aufsätze, Köln-Düsseldorf 1965, S.331 ff (346 f)
Gedanken zur Rolle der Publizistik in der modernen Gesellschaft, ebda, S.310 ff (315)

⁶⁶⁾ zur Kritik des Aufmerksamkeitsbegriffs in der Wahrnehmungspsychologie eingehend Jacobi, a.a.O. S.58 ff

⁶⁷⁾ Schelsky, a.a.O. S.313 ff

Zwar darf Meinungsbildungsfreiheit nicht entwicklungsblind auf ein überholtes Kommunikationssystem rückbezogen und Massenkommunikation daran gemessen = verurteilt werden. Maunz' klassisch-dialogisches Kommunikationsmodell des "geistigen Kampf(es) ... mit den ideellen Mitteln sachlicher Überzeugungskraft"⁶⁸⁾ bedarf ganz sicher einer gewissen Fortschreibung in Anpassung an die reale Wirtschafts- und Medienentwicklung.

Aber die Werbung erweckt nicht nur deshalb Bedenken aus kommunikativer Sicht, weil sie sich mitunter sehr weit von "sachlichen Überzeugungs"-methoden entfernt, sondern auch deshalb, weil sie in einer materiellen und medialen Massierung antritt, die die Frage aufwirft, wo eigentlich die Grenzen grundrechtlicher Äußerung i n t e n s i t ä t liegen, wann die Q u a n t i t ä t gezielten Beeinflussungsbemühens in unkommunikative "Empfangs- und Anpassungserzwingung" umschlägt.

Hier sind zweifellos noch weitere Fortschritte der Werbewirkungsforschung und -kontrolle ⁶⁹⁾ abzuwarten. Vorerst scheint nur der Hinweis angebracht, daß der Blick allein auf konkrete Werbearten oder "die Werbung schlechthin" ohne Berücksichtigung des medialen Wirkungsmultiplikators die kommunikative Problematik der Werbung unzulässig verkürzt.⁷⁰⁾

Wenn Soziologen⁷¹⁾ feststellen, "daß in den hochindustriellen Gesellschaften des Westens diese aufgedrungene Steigerung des Verbrauchs als primär-soziales Ansinnen in alle Verhaltensschichten des modernen Menschen eindringt, ja, daß überall schon die Verbraucherhaltung zur dominanten Reaktionsform des Zeitgenossen geworden ist ...", wird bei aller Vor-

⁶⁸⁾ in Anlehnung an Häntzschel, HdbDStR II, S.656

⁶⁹⁾ vgl. dazu Zoll, a.a.O. S.13;
Horn a.a.O. S.204 ff

⁷⁰⁾ Hennig, a.a.O. S.36 f

⁷¹⁾ Schelsky, a.a.O. S.346 ff in Anknüpfung an Riesman,
Die einsame Masse, Hamburg 1958

sicht gegenüber einer Monokausalität der Wirtschaftswerbung⁷²⁾ d i e s e r (teilweise) "Masseneffekt der Werbung" erst verständlich und glaubhaft, wenn man die einzigartige, durch die Medien und deren Wirtschaftsverflechtung⁷³⁾ erstellte Allpräsenz der Werbung in Betracht zieht.

Dabei beunruhigt vom kommunikationsrechtlichen Standpunkt aus n i c h t etwa die rein t h e m a t i s c h e Umorientierung ("Kommerzialisierung")⁷⁴⁾ der Meinungsbildung. Art.5 GG bekämpft keinen Zeitgeist. Kritisch erscheint nur die methodisch/quantitative Expansion des werblichen "Dauersenders", dem eine zunehmend in homogenen psychischen Zonen gepackte "Empfängerschaft" vielleicht individuell differenzierte Widerstände, ganz eindeutig aber keine adäquate "Gegenkommunikation"⁷⁵⁾ entgegenzusetzen hat, die auf die Dauer

72) Die allgemeine Wohlstandsentwicklung - eigentlicher Nährboden moderner Bedarfsweckung und -lenkung - und die grundrechtlich vorgezeichnete (extensive) Sozialstaatsentfaltung hat diese Tendenz sicher nicht weniger gefördert; der vielfach postulierte Wandel mancher Grundrechte von negativen Statusrechten zu sozialen Teilhabe- oder Anspruchspositionen signalisiert aber doch eindrucksvoll die Durchgängigkeit dieses sozialpsychologischen Phänomens.

73) Dazu sehr informativ Hennig, (a.a.O. S.27 ff) der anhand von Zahlenmaterial nachweist, daß die Gewinnorientierung der Medien, obwohl vor allem den Zeitschriften- und Zeitungsmarkt beherrschend, auch vor dem Kostendeckungsprinzip der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht haltgemacht hat. Bezeichnend das Zitat des (1968) stellvertretenden Chefredakteurs der Bildzeitung: Die Zeitung lebt ... von ihren Anzeigen und sie stirbt, wenn sie ausbleiben. Verleger widmen ihren Anzeigenabteilungen die gleiche (wenn nicht größere) Aufmerksamkeit wie den Redaktionen. Erfolgreiche Anzeigenaquisiteure werden besser bezahlt als Starjournalisten.

74) vgl. dazu Kübler, Wirtschaftsordnung und Meinungsfreiheit, Tübingen 1966, S.17 ff

75) vgl. Hartley/Hartley, Grundlagen der Sozialpsychologie, S.22 ff
geschweige eine "Kontrasuggestion", wie Faber sie, verfassungsrechtlich abgesichert, dem Verbraucher zur Abwehr suggestiver Angriffe auf seine Willensfreiheit zusprechen will, vgl. Faber a.a.O. S.125,142 ff

kommunikative Interaktion erst ausmacht. Die ganze Gegenspielerqualität des Verbrauchers liegt vielmehr in einer - ihm mehr oder minder spekulativ zugesprochenen - langfristigen (?) psychischen Resistenz, einem tiefenpsychologischen "Fellwuchs"⁷⁶⁾ oder gar nur der Möglichkeit zu "nachträglicher (!) rationaler Kontrolle"⁷⁷⁾ "bei zumutbarer Aufmerksamkeitszuwendung".⁷⁸⁾ Denn daß gegenwärtig die wesentlichste Publikumsaktivität, der Konsum, weit mehr werbungszweckkonformer Entlastungsakt (von echten oder projizierten Bedürfnissen) als wirklich gegeninitiative Produktionsbeeinflussung⁷⁹⁾ ist, läßt sich angesichts der einzel- wie gesamtwirtschaftlichen Gewichtsverteilung von Produktion und Nachfragesteuerung sowie Angebot und Konsumverhalten⁸⁰⁾ kaum ernstlich bezweifeln: Marktanalyse und Absatzforschung sorgen längst für eine so gute Abstimmung von Produktion und Nachfrage, daß selbst gewisse Bedürfnis- oder Bedarfsschwankungen mittels geeigneter Produktstrategien (z.B. Diversifikation) weitgehend aufgefangen werden können.⁸¹⁾

Wenn sich also die ganz allgemein schon vorhandene "Einseitigkeit der Massenkommunikation"⁸²⁾ noch verschärft durch ein immer besser gezieltes Beeinflussungsbemühen im werblichen Kommunikationsfeld, dann wird der grundrechtliche Kommunikationsschutz aktuell, ohne daß damit irgendein Abrücken von

⁷⁶⁾ Schelsky, a.a.O. S.315

⁷⁷⁾ Lerche, a.a.O. S.25

⁷⁸⁾ Faber, a.a.O. S.75

⁷⁹⁾ so aber Lerche, a.a.O. S.31, Die Variabilität der Bedarfsverhältnisse scheint in der Mehrheit doch eher auf ein "feed-back" der Produktionsseite als auf echte, autonome "Publikumsentscheidungen" zurückzuführen sein

⁸⁰⁾ vgl. Hennig a.a.O. S.28 ff (31,36 ff), Zoll, a.a.O. S.11

⁸¹⁾ Hennig, a.a.O. S.32

⁸²⁾ vgl. dazu Ellwein, Kommunikationspolitik ohne Konzept, in Manipulation der Meinungsbildung, Zoll (Hg), Kritik Bd.4, Opladen 1971 S.153 ff (160)

der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes verbunden wäre.⁸³⁾

Am deutlichsten dürfte der Mangel an psychisch-autonomen "response" im Verhältnis der Werbung zu Jugendlichen ausfallen.⁸⁴⁾ Dieser Markt wird, ob nun mit spezifischer Jugendrichtung oder im Rahmen der allgemeinen Verbraucherwerbung, mit den gleichen Mitteln und Quantitäten bearbeitet wie der übrige auch:

Der ökonomische Anreiz für Werbung bei Jugendlichen liegt einmal in der Kaufkraft - 8,4 Mill. Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren, das sind 14 % der Gesamtbevölkerung, verfügen bei einem geschätzten Nettoeinkommen von rd. 33 Mrd. DM über eine disponible Summe von ca. 20 Mrd. DM⁸⁵⁾ sowie in der erhöhten werblichen Ansprechbarkeit und Konsumbereitschaft Jugendlicher: Sowohl im Bereich des Werbefernsehens - hier erreicht das Interesse seinen Höhepunkt im vorpubertären Alter zwischen 11 und 14 Jahren⁸⁶⁾ - als auch im Bereich des Werbefunks hat der jugendliche Empfänger eine dominierende Stellung: 72,4 % der 16-22-jährigen und 57,4 % der 21-29-jährigen sind innerhalb einer Woche durch Werbespots im Rundfunk zu erreichen gegenüber nur etwa 30 % der oberen Altersschichten.⁸⁷⁾ Entsprechend seiner labilen Entwicklungssituation sucht der Jugendliche verstärkt nach "opinion leaders"⁸⁸⁾ nach Staturerhalt unter seinesgleichen⁸⁹⁾ und Statuserhöhung,⁹⁰⁾ was in einem sozialpsychologischen Klima, das Rang und Persönlichkeit weithin mit materiellen Gütern gleichsetzt, fast zwangsläufig auf Konsum-"Befriedigung" hinlenkt. So werden nach einer amerikanischen Untersuchung von 12-19-jährigen etwa 1/4 aller Kosmetika, 1/3 aller alkoholfreien Getränke, die Hälfte aller Schallplatten und Photoapparate unterer Preisklassen und mehr als 30 % aller Armbanduhren und Radios gekauft.⁹¹⁾

⁸³⁾ sodaß sich die Frage nach dem Vorrang oder der Abwärfähigkeit bestimmter Verfassungsprinzipien oder -"werte" garnicht erst stellt, vgl. Rinck, Wirtschaftsr., 2. Aufl. S. 42

⁸⁴⁾ vgl. auch aus medizinischer Sicht Oeter, a.a.O. S. 109

⁸⁵⁾ Renner, Werbung bei Jugendlichen, Wiesbaden 1972, S. 30, 39

⁸⁶⁾ Renner, a.a.O. S. 88

⁸⁷⁾ Renner, a.a.O. S. 91

⁸⁸⁾ vgl. dazu Renner, a.a.O. S. 115

⁸⁹⁾ Hartley/Hartley, a.a.O. S. 395

⁹⁰⁾ Renner, a.a.O. S. 109

⁹¹⁾ Renner, a.a.O. S. 112

Da die Jugend zudem "in die neue Zeit problemlos hineingewachsen ist",⁹²⁾ also keine Vergleichsmaßstäbe besitzt, ist es nach den genannten Zahlen kaum zu widerlegen, daß "der heranwachsende Mensch in immer stärkerem Umfang über die Massenmedien ..." - und deren kommerzielle Ausstrahlungen - "... die Einführung in die Gesellschaft ..." erfährt "... und immer weniger über die traditionellen Sozialisationsfaktoren wie Familie oder Schule, die selbst von den Einflüssen der Medien geformt sind."⁹³⁾

Selbst wenn man etwa Hennigs⁹⁴⁾ Pessimismus nicht teilt, daß die Schulausgaben "vermutlich wenig an der Position der Werbung" änderten, daß "der halbherzige Kampf gegen die aggressive Werbung" die Niederlage von vornherein einschließe, ist doch davon auszugehen, daß der Determinationsfaktor Werbung Positionen (mit-)besetzt hat, die vordem anderweitig gehalten waren. Neben die finale Erziehung zur "leiblichen, geistigen und seelischen Tüchtigkeit"⁹⁵⁾ durch Eltern, Schule und sonstige Primärgruppen ist über die Massenkommunikationsmittel die allgemeine und produktspezifische Erziehung (nicht nur) der Jugend zu Konsumenten getreten. Daß sie es von Anfang an nicht anders kennt, also als natürlich und selbstverständlich "einverseelt", verändert aber doch auch die Grundlagen für Skepsis und Wachsamkeit, die einem (künftigen) "kritischen Bürger" (Faber)⁹⁶⁾ gegenüber suggestiven werblichen Ansätzen zugemutet wer-

92) aus einer Information des EMNID-Instituts, 21 (1969), Nr.4/5, S.3 f; zit. nach Hennig, a.a.O. S.35 (62, Rz.26)

93) Zoll, a.a.O. S.13
Beer, Jugend zwischen Waren und Werten, Stuttgart o.J., S.22
Jaenicke, Papierseelsorge, in: Manipulation der Meinungsbildung, a.a.O. S.168

94) Hennig, a.a.O. S.35

95) vgl. Art.126 I Bayer.Verfassung

96) a.a.O. S.75

den:⁹⁷⁾ Die Fronten verschieben sich so unter der Hand weiter zu Ungunsten der Werbungsadressaten.⁹⁸⁾

⁹⁷⁾ Die Kehrseite rational-merkantiler Jugendwerbung legt v.Hentig anhand der Anzeigen-Werbung der Jugendzeitschrift "Bravo" sehr anschaulich offen (v.Hentig, Öffentliche Meinung, S.50, Fn.34 a): "Unsere 14-24-jährigen sind Konsumpioniere und Meinungsbildner. Sie kaufen Konsumgüter und Dienstleistungen für 20 Milliarden DM im Jahr, um sie auszuprobieren, um sie kennenzulernen. Ein riesiger Markt, in den es sich lohnt, viel Werbung zu investieren! Werbe-Investitionen im jungen 20-Milliarden-Markt sind die beste Lebensversicherung für ihre Markenartikel ..." (Aus einer Anzeigenserie in der Abteilung "Geldverkehr" der FAZ und der WELT September 1968)

v.Hentig's Kommentar: "So wirft eine Jugendzeitschrift ihre vier Millionen junger Leser (geschätzte Schattenaufgabe, Druckauflage 770 000), denen sie in ihren eigenen Storys und Bildern pausenlos aufschwätzt, sie seien die S u b j e k t e der Zeitschrift und des Zeitgeschehens, hinterrücks den Werbeagenten der Wirtschaft als O b j e k t e der Ausbeutung wieder vor. Diese merkantile Seite der Bewußtseinsindustrie ist n i c h t ohne gesellschaftliche und politische Bedeutung. Eine Gesellschaft, die solche Manipulation nicht nur duldet, sondern braucht, ist entweder schizophren oder zynisch. In ihr wird alle Pädagogik letztlich zum Gehilfen eines Prozesses, den Paul Goodman "growing up absurd" genannt hat."

⁹⁸⁾ Die Massenhaftigkeit der Impulse einer industriellen Publizistik mag zwar die konkrete Wirkung einzelner Werbeaktionen mindern - man weiß, daß man ununterbrochen umworben wird - , nicht aber die Differenzierungsfähigkeit des Menschen steigern. Im Gegenteil, die massiert anbrandenden werblichen "Informationen", die in ihrer objektiven Qualität (oft gewollt) gar nicht mehr unterscheidbaren Impulse vergrößern auch die Rezeptionsmechanismen und fördern rationale Indifferenz und Resignation; ähnlich Lippmann, Die öffentliche Meinung, S.55
Lorenz, Die Rückseite des Spiegels, S.101 ff

3. In welcher Weise trägt nun das Gesetzesrecht diesen Aspekten des Determinationsfaktors Wirtschaftswerbung Rechnung?

Den Besonderheiten der Werbung bei J u g e n d l i c h e n
so gut wie g a r n i c h t .

Der Jugendschutz des BGB (§§ 104 ff, 138 II wegen Unerfahrenheit) ist auf rechtsgeschäftliche Kontakte begrenzt, greift also gerade in der "unverbindlichen" Vorzone werblicher Kontaktaufnahme nicht.

Das strafrechtliche Verbot der Verbreitung unzüchtiger Schriften und Gegenstände an Jugendliche (§§ 184, 184a StGB) bzw. die Teilnahme- und Zugangsbeschränkungen des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit ⁹⁹⁾ und des GJS ¹⁰⁰⁾ haben auch im werblichen Sektor nur die Zielrichtung, sittliche und physische Gefährdungen auszuschließen.

Auch das Wettbewerbsrecht, das vor allem über die Generalklausel des § 1 UWG dem Verbraucher Annexschutz gewährt, ¹⁰¹⁾ hat nicht zur Ausbildung eines speziellen Jugendschutzbereiches geführt. Praktisch vollzieht sich Jugendschutz vor methodischer und quantitativer Überforderung nur in freiwilligen Selbstbeschränkungsappellen der Werbewirtschaft - über deren Erfolg ein Blick in Zeitschriften und Fernsehen bestens informiert.

Angesichts des dargestellten sozialen Gewichts der Werbung bei (und mit) Jugendlichen und ihrer mit der - rechtlich so überaus detailliert behandelten - Erziehung selten vereinbarten Zielrichtung und Methodik dürfte hier der aktuellste Ansatzpunkt für ein Kommunikations(schutz)recht in Konkretisierung des Art.5 GG zu finden sein. Eine Rechtsordnung,

⁹⁹⁾ i.d.F.v.27.7.1957 (BGBl.III,2161-3)

¹⁰⁰⁾ i.d.F.v.29.4.1961 (BGBl.III,2161-1)

¹⁰¹⁾ vgl. eingehend Lerche, Werbung und Verfassung S.38 ff (42 ff)

die der "richtigen" erzieherischen Determination (u.d.h. in der Praxis durchaus auch u n kommunikativen Ansätzen) folgerichtig größte Aufmerksamkeit widmet, sollte an einem finalen Sozialisationsfaktor von mittlerweile vergleichbarer Potenz nicht völlig desinteressiert bleiben - ohne sich allerdings nur der werblichen Thematik zuzuwenden. Ein jugendgerechter Schutz vor (außererzieherisch) unkommunikativer Determination verspricht breiteren Radius, ohne die (nicht nur:) werbliche Äußerungs- und Inhaltsfreiheit unnötig zu beengen.

Konkret wären hier z.B. Aktionen vom Typ der Krawattenmuffel-Kampagne unter Einbeziehung von Kindern, sei es als Primär- oder Sekundäradressaten, zu unterbinden. Deren Bedürfnis- und Entscheidungsbildung ist solchen Konfliktstrategien mit Sicherheit noch nicht gewachsen. Außerhalb des detaillierten kommunikativen Grenz- oder Ausnahmerechts der Erziehung ist solche psychologische Determination jugendlicher verfassungswidrig, eindeutig unkommunikative psychologische Determination verletzt sie in ihrer von Art.5 GG grundrechtlich abgesicherten Freiheit "eigene" = zurechenbare Meinungs- bzw. Bedürfnisbildung.

Das geltende fragmentarische "Recht der Werbung" ganz allgemein verfolgt mit Ausnahme der genannten subliminalen Werbung ¹⁰²⁾ immer noch Druck- und Täuschungspraktiken psychologisch gröbster Raster: Kundenfang auf "Kaffeefahrten", "psychologischer Kaufzwang" durch Werbegeschenke oder Verlosungen bzw. mißbräuchliche Appelle an Gefühl, Glauben oder Hilfsbereitschaft des Einzelnen (!) sind repräsentative Objekte der (mittelbaren) Hauptschutznorm des § 1 UWG. ¹⁰³⁾

Das (regelnde) Recht ist zwar überall auf eine gewisse Sachverhaltsverfestigung und -klärung angewiesen, was bei einer

¹⁰²⁾ vgl. Baumbach-Hefermehl, Komm.Wettbewerbs- und Warenzeichenrecht, Bd.1 Wettbewerbsrecht, 9.Aufl., § 1 UWG Rz.143

¹⁰³⁾ vgl. dazu eingehend Baumbach-Hefermehl a.a.O. Rz.4,5 ff, 82 ff, 86 ff, 91 ff, 138 ff

sozial so mobilen Erscheinung wie der modernen Wirtschaftswerbung besonders Zurückhaltung des notwendig "statischen"¹⁰⁴⁾ Rechtszugriffs anmahnt.

Löst man sich jedoch von der einseitigen Haftung an der Bewußtseins- als Rechtsgrenze psychischer Determination, erschließt sich unter dem Kommunikations- bzw. Zurechenbarkeitsprinzip des thematisch offenen Art.5 GG sowohl gegenständlich als auch rechtlich ein hinreichend griffiges Arbeitsfeld:

Gegenständlich, weil damit manche bislang "unangreifbare" werbliche Determinationsansätze, wie z.B. die dargestellte Konfliktstrategie, auf der gleichen soziologisch/psychologischen Ebene greif- und nachweisbar sind wie die "klassischen" Formen der Täuschung, Drohung usw., der tiefenpsychologische Gutachter also gar nicht benötigt wird.

Und rechtlich, weil mit der Meinungsfreiheit eine konkretisierungs- und adaptionsfähige Verfassungsgrundlage zur Absicherung der werbebezogenen "Innensphäre" zur Verfügung steht, die dem Rückgriff auf den thematisch begrenzten Art.4 GG bzw. dem physischen Integritätsschutz des Art.2 II/1 GG den von Lerche unterstellten "verfassungsgewollten Ausschließlichkeitswert"¹⁰⁵⁾ streitig macht.

¹⁰⁴⁾ ähnlich Lerche, a.a.O. S.36

¹⁰⁵⁾ a.a.O. S.143

B. Art.5 GG und der Boykott(aufruf) - Entscheidende Kriterien für den Verfassungsrechtswert solcher Aktionen

Aktuellen Ausdruck hat der kommunikative Außenwirkungsrahmen auch in der jüngeren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Boykott(aufruf) gefunden:

In seiner ersten einschlägigen Entscheidung, dem sog. Lüth-urteil (BVerfGE 7,203 ff) war das BVerfG noch von der grundsätzlichen Tatbestandsmäßigkeit eines Boykottaufrufs im Sinne des Art.5 I GG ausgegangen. Ungeachtet der Tatsache, daß ein erfolgversprechender Boykottaufruf in aller Regel bereits eine erhebliche Pression des Boykottgegners (ähnlich einer ernstzunehmenden Drohung) auslöst, hielt das BVerfG den Aufruf wegen seiner kommunikationstypischen Instrumentalität für eine Meinungsäußerung im Sinne des Art.5 I GG. Eine Möglichkeit, den Grundrechtsschutz aus Art.5 GG wieder zu verlieren, sollte sich allenfalls über die Grenzen des Abs.2 ergeben können, wenn nämlich durch den Aufruf höher-rangige Interessen des Boykottgegners verletzt würden.

In der Zurückweisung des Blinkfüer-Urteils des BGH durch BVerfGE 25,256 ff dagegen lehnte das Gericht bereits die Tatbestandsmäßigkeit des Boykottaufrufs mit der Begründung ab, der in der Aufforderung enthaltene "Wink" mit wirtschaftlichen Konsequenzen, denen sich die Aufgeforderten im Falle der Nichtbefolgung des Aufrufs seitens des Verrufers ausgesetzt sähen, nehme diesen die Möglichkeit, "ihre Entscheidung in voller individueller Freiheit und ohne wirtschaftlichen Druck zu treffen."

Damit ist unüberhörbar der k o m m u n i k a t i v e Wesensvorbehalt (der D r u c k -, Zwangs- oder Gewaltfreiheit) in Art.5 I GG angesprochen. Der vom Grundrechtstatbestand des Art.5 I GG eröffnete Wirkungsraum ist grundsätzlich auf die "Überzeugungskraft von Darlegungen" begrenzt, zwangsweise Meinungsdurchsetzung nicht von ihm gedeckt; ein Rückgriff auf die Schrankensystematik des Abs.2 ist insoweit gar nicht mehr erforderlich.

Wenn das BVerfG dennoch weiter auf gewisse - allenfalls für die Güterabwägung im Rahmen des Abs.2 relevante - Kriterien der Angemessenheit ¹⁾ und verfassungsrechtlichen Zulässigkeit ²⁾ zu sprechen kommt, ist dies - wie Lerche ³⁾ zutreffend anmerkt - methodisch überflüssig: Denn "soll die regelmäßige Zurechnung der Boykottaufforderung zu Art.5 GG gerade dadurch legitimiert sein, daß Boykottaufforderungen ebenso regelmäßig Meinungsäußerungen sind, liegt hier eine solche aber schon von vornherein nicht vor, so hätte es in dieser Richtung keines weiteren Wortes bedurft." ⁴⁾... "Die Zulässigkeit und Angemessenheit des Mittels ... wäre überhaupt nicht mehr zu erörtern, wenn das Mittel selbst, aus welchen Gründen auch immer ... keine Meinungsäußerung (im Sinne freier Meinungsbildung) ist." ⁵⁾

Lerche führt allerdings diese Inkonsequenz auf eine grundsätzlich verfehlte verfassungsrechtliche Zuordnung des Boykottaufrufs zu Art.5 GG zurück: Seiner Ansicht nach verstellt das Abstellen auf das Verhältnis des Aufrufers zum Aufgerufenen, gekennzeichnet durch den verbalen (,kommunikationstypischen) Aufruf, den Blick auf das final und damit verfassungsrechtlich **a l e i n** entscheidende Verhältnis des Verrufers zum Boykottgegner. ⁶⁾ Der Boykottaufruf sei nicht Selbstzweck, nicht bloße Verhaltensempfehlung an die Angesprochenen, sondern "zugleich ... faktischer Beginn des Unternehmens, den (eigentlichen) Gegner planmäßig auszuschalten, also ... realer Schritt zur Meinungsdurchsetzung." ⁷⁾ Denn sowenig Boykott - von Ausnahmefällen abgesehen - nur Meinungskundgabe sei, sowenig sei im entscheidenden Verhältnis des Aufrufers zum Gegner die ihn initiiierende Boykottaufforderung Meinungsäußerung, sondern (unkommunikative) Meinungsdurchsetzung. Folglich müßten beide primär anderen, außerhalb der Meinungsfreiheit belegenen Beurteilungsmaßstäben unterliegen (in deren Zusammenhang dann über Angemessenheit usw. zu reden wäre). Kurz: Allein die sachlich sekundäre Kommunikationstypik des Boykottaufrufs erlaube nicht seine prinzipielle Messung an Art.5 GG, für ihn wie für den Boykott selbst seien regelmäßig andere (Verfassungs-) Rechtszonen zuständig.

1) BVerfGE 25,267

2) BVerfGE 25,264

3) Zur verfassungsrechtlichen Deutung der Meinungsfreiheit (insbesondere im Bereich des Boykotts), Gebhardt-Müller-Festschrift 1970, 197 ff (207 f)

4) a.a.O. S.210

5) a.a.O.

6) a.a.O. S.200 ff

7) a.a.O. S.198

Treffend ist hier, daß der B o y k o t t in aller Regel keine bloße "Form" der Meinungsäußerung i.S. des Art.5 I GG ist, und folglich auch der B o y k o t t - a u f r u f trotz seiner verbalen (kommunikationstypischen) Instrumentalität oft nicht Meinungsäußerung, sondern als Auslösung solcher Pressionen Dritter bereits in diesem Moment dem Aufrufer zuzurechnende, nicht mehr kommunikative Meinungsdurchsetzung ist.

Das erfordert und erlaubt aber nicht die prinzipielle Lösung von Art.5 I GG als Verfassungsmaßstab von Boykottaufrufen. Mißlingt nämlich die Auslösung im Instrumentalverhältnis bzw. ist sie aus anderen Gründen zu schwach und/oder "verkümmert" (deshalb) das Durchsetzungsverhältnis, wird sich der verfassungsrechtliche Schwerpunkt in aller Regel zurück zum Aufruf verlagern und ihm u.U. zu Grundrechtsschutz aus Art.5 GG verhelfen. Der Boykottaufruf des Wandervereins "Saubere Lunge" an die Automobilisten der Bundesrepublik zu einem "Käuferstreik" wäre zweifellos von Art.5 GG gedeckt.

Entscheidet deshalb allein der o b j e k t i v e Druck-
erfolg über den Verfassungsrechtswert solcher Aktionen,
hängt dieser aber auf Grund der funktionalen Verknüpfung
von Aufruf- und Durchsetzungsverhältnis variabel von
b e i d e n Beziehungsfeldern ab, ist die prinzipielle
Messung eines Boykottaufrufs an Art.5 I GG, wie sie das
BVerfG vornimmt, durchaus angebracht. Lerches scharfe Trennung der Beziehungsfelder und sein ausschließliches Abstellen auf das Durchsetzungsverhältnis ist nur unter der Prämisse eines e r f o l g r e i c h e n Boykottaufrufs statthaft, verkürzt damit aber die gegenständliche Problematik nicht unerheblich.

Entscheidend für den Verfassungsrechtswert auch eines Boykottaufrufs ist somit letztlich allein sein konkreter Kommunikationswert, seine objektive Druck- oder Zwangswirkung bzw. -freiheit.

Entsprechendes gilt für den Boykott selbst.

Angesichts der tatbestandlichen Offenheit des Art.5 I/1 GG in formal/technischer Hinsicht kann grundsätzlich auch eine

Meinungsäußerung sein. Ein sog. Vorlesungsboykott kann für den Dozenten eine willkommene Annehmlichkeit, aber ebenso gut ein wirksames Druckmittel gegen ihn oder andere sein. Eben weil die natürlichen Übergänge zwischen wirksamem und unwirksamem Boykott bzw. Boykottaufruf kasuistisch nicht faßbar sind, weil abstrakte begriffliche Angrenzungen zwischen effektivem und nur "symbolischem" Boykott nicht möglich sind, ist die Besinnung auf den kommunikativen Wesensvorbehalt des Art.5 I/1 GG für die sachliche und rechtliche Erfassung so hilfreich:

Kommunikatives (Meinungsausdrucks-)Verhalten - gleich unter welchem begrifflichen Etikett - ist an Art.5 GG zu messen, unkommunikatives Verhalten nicht; jedes Verhalten, durch das Gewalt, Druck oder Zwang ausgeübt wird, ist von Art.5 I/1 GG nicht gedeckt, mag es in seiner Typik oder Aussagekraft noch so sehr einer "Meinungsäußerung" naheliegen.

C. Art.5 GG und die Demonstrationsfreiheit - zum kommunikativen Wirkungsrahmen dieses unbenannten Freiheitsrechts

I. Demonstrations- und Protestmärsche durch verkehrsreiche Innenstädte, häufig noch zur Hauptverkehrszeit, gehören fast schon zum Großstadttaltag. Die durch sie ausgelösten Verkehrsstauungen, Unfälle, wirtschaftlichen und ideellen Beeinträchtigungen zahl- und wahllos Betroffener werden als "zumutbare" Folgen dieser "akzentuierten Form" g r u n d - r e c h t l i c h gewährleisteter kollektiver Meinungsäußerung gewertet. Ist das richtig?

II. Zunächst bedarf die grundrechtliche Absicherung solcher Aktionen bereits vom Tatbestand her nähere Klärung.

Das Grundgesetz kennt keine ausdrückliche Demonstrations- oder Aufzugsfreiheit. Der - artnächste - Begriff der Versammlung (unter freiem Himmel) in Art.8 GG wird von der Verfassung nicht konstitutiv definiert, sondern als bekannt vorausgesetzt. Dennoch bestehen Differenzen:

Nach herrschender Auffassung unterliegt der Versammlungsbe- griff des Art.8 GG einer Zweckbindung an die öffentliche, mindestens aber an die private Meinungsbildung.¹⁾ Art.8 GG schützt demnach nur Versammlungen zum Zweck von Diskussio- nen oder Kundgebungen. Allerdings deckt nach dieser Deu- tung Art.8 GG nicht selbst diese Meinungsbeiträge und -gehalte, sondern überläßt ihren Schutz unverändert Art.5GG.

Art.8 GG ist mithin seiner Bestimmung nach akzessorisch zu Art.5 GG, seine Ausübung ohne gleichzeitige Inanspruchnahme des Grundrechts aus Art.5 GG kaum denkbar; letztlich schützt hier die Versammlungsfreiheit nur eine bestimmte (kollektive) Form der Meinungsäußerung, deren Gehalt jedoch von Art.5 GG abgesichert werden muß.

Jüngere Stellugnahmen ²⁾ sehen dagegen in Art.8 GG, ähnlich wie in Art.9 I GG, das menschliche Bedürfnis nach Sozietät zu beliebigen (rechtmäßigen) Zwecken geschützt. Die politi- sche bzw. demokratische Funktion des Art.8 GG sei zwar zwei- fellos ein wichtiger Aspekt dieses Grundrechts; mindestens gleichberechtigt stehe jedoch die Gewährleistung der Persön- lichkeitseinfaltung in Gruppenform daneben.

¹⁾ vgl. v.Mangoldt-Klein, Art.8 Anm.III/2,
Füßlein, VersG, S.22;
Hamann-Lenz, Art.8 Anm.B5

²⁾ vgl. insbes. Werner Müller, Wirkungsbereich und Schranken der Versammlungsfreiheit, insbesondere im Verhältnis zur Meinungsfreiheit, S.50 ff
Herzog in Maunz-Dürig, Art.8 Rz.43

Gehen wir auf den unbestrittenen gemeinsamen Nenner der Grundrechte aus Art.5, 8 und 9 GG als K o m m u n i k a - t i o n s grundrechte zurück, so ergibt sich in der Tat, daß mit der Lösung von bestimmten (meinungs-)kommunikativen Zweckbindungen Art.8 GG keineswegs seinen Charakter als Kommunikationsgrundrecht verliert. Denn gleichgültig, zu welchem besonderen (erlaubten) Zweck sich Mehrheiten zusammenfinden, allein das Moment des gewollten Z u - und M i t e i n a n d e r , das im Sich-Versammeln liegt, ist bereits kommunikatives Verhalten, i s t K o m m u n i k a t i o n . Durchaus treffend kennzeichnet daher auch die gängige Tatbestandsabgrenzung der Versammlung von der bloßen (Zufalls-) Ansammlung die für das Kommunikationsgrundrecht des Art.8 GG entscheidende Grenze zwischen originär kommunikativem- und (zumindest anfänglich) nicht-kommunikativem Verhalten.

Selbst wenn der reale Schwerpunkt der Versammlungsfreiheit im Bereich der politischen (Meinungs-)Kommunikation liegt und gelegen hat, spricht nichts gegen die tatbestandliche Erstreckung dieser Sozietätsfreiheit auf den gleichen Zweckradius, den der benachbarte Art.9 I GG gewährleistet.

Damit ergibt sich, wenngleich mit unterschiedlicher Begründung, eine zweifache grundrechtliche Absicherung des Tatbestands einer demonstrativen Versammlung: Art.8 GG deckt den individuellen und kollektiven Akt des Sich-Versammelns, während Art.5 GG den demonstrativen Aussagegehalt der Versammlung bzw. Meinungsäußerungen in der Versammlung absichert.

III. Das wirft die weitere Frage der Grundrechtskonkurrenz im Hinblick auf die unterschiedlichen Schranken beider Grundrechte auf. Konkret: Welcher Norm ist die Grundrechtsgrenze der Demonstranten im Verhältnis zu den durch die Demonstration beeinträchtigten Rechtsgütern zu entnehmen?

Diese Problematik ist nicht nur im Bereich der Kommunikationsgrundrechte äußerst umstritten. Dennoch bietet sich hier auf Grund der vorangegangenen tatbestandlichen "Zuständigkeitsklärung" ein geeigneter Lösungsansatz an:

Denn eine Kollision zwischen Demonstrationsrecht und objektiven oder subjektiven Drittrechten ergibt sich weniger aus dem jeweiligen Demonstrationsanliegen - das u.U. von den Nicht-Demonstranten sogar geteilt wird - als aus dem kollektiven Demonstrationsverhalten. Nicht die Parolen, sondern die Marschkolonnen behindern "den Verkehr".

Damit steht aber auch in erster Linie das dieses Verhalten absichernde Grundrecht aus Art.8 GG in Konflikt mit den betroffenen Rechtssphären.

Art.8, Abs.1 beschränkt, insoweit auch für Abs.2 bindend, die Versammlungsfreiheit auf friedliche und waffenlose Zusammenkünfte. Art.8 Abs.2 stellt das Recht auf Versammlung unter freiem Himmel unter ausdrücklichen Gesetzesvorbehalt. Der Gesetzgeber darf, anders als in Art.5 II, durch ein gezieltes Gesetz die Versammlungsfreiheit u.f.H. einschränken.

Diese im Vergleich zu Art.5 GG restriktive Grundrechtsfassung zeigt bereits, daß sich der Verfassungsgeber der durch den Kollektivcharakter dieser Verhaltensform bedingten erhöhten "sozialen Sprengkraft" sehr wohl bewußt war. Weil Mehrheiten naturgemäß mehr Resonanz, mehr Durchsetzungskraft erzielen (erzwingen) können als ein Einzelner, durfte ihnen von Verfassungsseite

keinesfalls ein Mehr an "technischer" Militanz eingeräumt werden als bei Art.5 GG. Hier wird der übergreifende kommunikative Hauptnenner von Art.5 und Art.8 GG deutlich erkennbar.

Vom Einschränkungsvorbehalt des Art.8 II GG macht vor allem das Versammlungsgesetz, und hier insbesondere § 15 I VersG dahin Gebrauch, daß Versammlungen u.f.H. nur bei (absehbar) unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung untersagt oder beschränkt werden dürfen.

Offenbar ganz unter dem Eindruck dieser aus dem allgemeinen Sicherheitsrecht entlehnten Generalklausel sieht nun die einschlägige Literatur das Versammlungsrecht fast ausschließlich in Konflikt mit überindividuellen Rechtsgütern des Verkehrsordnung- und Straßensrechts. Zwar gelten Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen des Einzelnen als von dieser Klausel umfaßt; als faktisch betroffen gilt jedoch allgemein nur die "Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs".

Im Rahmen der von § 15 I VersG insoweit nach pflichtgemäßem Ermessen durchzuführenden Güterabwägung zwischen Versammlungs- und Straßen(verkehrs)recht erhält erstere entweder einen grundsätzlichen rechtlichen Vorrang zugebilligt ¹⁾ oder hat allenfalls in concreto "einem Verkehrschaos schlimmsten Ausmaßes" ²⁾ zu weichen. Hier gewinnt nicht selten, wenngleich auf dunklen methodischen Wegen der von Art.5 GG, nicht von Art.8 GG abgesicherte "öffentliche Meinungsbeitrag" der Demonstration entscheidendes Gewicht.

Anzumerken ist zunächst die einseitige Betrachtungsweise im T a t s ä c h l i c h e n :

Nicht nur, daß der von einer Demonstration überraschte Verkehrsteilnehmer zum Empfang der solcherart geäußerten Meinung (Forderung usw.) g e z w u n g e n wird; oft erfährt der in einem Stau "steckengebliebene" Automobilist gar nicht, welchem Anliegen er seine Bewegungsfreiheit opfern mußte.

1) Quilisch, Die Demokratische Versammlung, S.178

2) vgl.Samper, Demonstrations- und Versammlungsrecht, S.33

Außerdem ist der "Verkehr" noch die "Verkehrsteilnahme" des Einzelnen Selbstzweck. Was sich verkehrsrechtlich als solche darstellt, ist als Lebenssachverhalt nicht selten faktische Wahrnehmung und Ausübung persönlicher oder wirtschaftlicher Interessen und Rechte. Der sog. Verkehrsteilnehmer ist in Wahrheit Geschäftsmann, Verkaufsfahrer, Tourist usw. und als solcher im Rahmen der tatsächlichen und rechtlichen Verkehrsgegebenheiten (Gemeingebrauch, Verkehrsordnung, Straßenzustand usw.) in seinen berufs-, vermögens- oder freiheitsrechtlichen Sphären tätig. Wird ihm jedoch dieser (sozialadäquate) Handlungsrahmen in nicht nur unvermeidlicher, sondern sogar gezielter Form zusätzlich und wesentlich beschnitten, dann ist er u.U. zugleich in ganz konkreten persönlichen oder wirtschaftlichen Rechten betroffen.

Niemand wird ernstlich bestreiten, daß durch die üblichen Aufmärsche gerade in den verkehrsreichen Innenstädten erhebliche, über die vordergründigen Verkehrsprobleme hinausreichende materielle (und immaterielle) Schäden Dritter ausgelöst werden.

Rechtlich gefährden solche Demonstrationen somit in aller Regel die öffentliche Sicherheit i.S. des § 15 I VersG. Besteht dann noch ein Ermessensspielraum für die Erlaubnisbehörde?

Hier ist auf den kommunikativen Wesensvorbehalt des Art.8 GG zurückzukommen; die Versammlungsfreiheit reicht in ihrem Wirkungsradius nicht weiter als Art.5 GG:

Gibt Art.5 GG kein Recht auf Empfang (serzwingung) der eigenen Meinung, so dürfen auch Mehrheiten im Rahmen des Art.8

GG nicht andere zum Stillhalten und Zuhören zwingen. Gibt Art.5 GG kein Recht, seine Meinung mit anderen Mitteln als denen der sachlichen Überzeugungskraft durchzusetzen, so gestattet auch Art.8 GG nicht, sogar unbeteiligte Dritte in ihren Rechten zu beeinträchtigen, um eine Mehrheitsansicht durchzusetzen.

Dieser kommunikative Wesensvorbehalt steckt unmißverständlich im Erfordernis der "Friedlichkeit" in Art.8 I GG: Im Gegensatz dazu steht nicht nur, wie von § 14 I/2 VersG unterstellt, aktive Gewalttätigkeit, sondern auch die hier angesprochene Form der Druckausübung: Unter den gewandelten sozialen Vorzeichen verschafft man sich durch die gezielte Unterbrechung oder Störung massentypischer Kommunikations- oder Versorgungsstrukturen wesentlich wirksamer Gehör als mit Prügeln. Die optische "Friedlichkeit" einer demonstrativen Verkehrsblockade ist in Wahrheit militante Ausnützung der Rechts- und Sozialgebundenheit anderer, die Verkehrsruhe zweifellos ein "Zwangsfrieden". Die Festschreibung des kommunikativen Friedensvorbehalts auf den Ausschluß allein aktiver Gewaltanwendung ist ebenso entwicklungsblind wie die bereits zitierte Versteinerung des Gewaltbegriffs auf physische Spürbarkeit. Diese Begriffe unterliegen einem sozialen Gehaltswandel, der in der Rechtsanwendung zu berücksichtigen ist.

Damit bleibt im Beispielsfall kein Ermessensspielraum für die Verwaltungsbehörde im Rahmen des § 15 I VersG. Denn wer anderen durch wesentliche Beeinträchtigung ihres sozialen Verhaltensspielraums bzw. ihrer geschützten Rechte (den Empfang) seine(r) Meinung aufzuzwingen versucht, genießt von vornherein keinen Schutz durch die Kommunikationsgrundrechte des Art.8 bzw. 5 GG.

Allgemein kann daher auch der Grundrechtswert an sich gleichartiger Demonstrationen auf frequentierten Verkehrs-

straßen und auf verkehrsfreien Plätzen bzw. Fußgängerzonen erheblich differieren; was dort rechtswidrig ist, kann hier unbeschränkte Grundrechtsausübung sein.

Zweifelhaft erscheint schließlich, ob und inwieweit das geltende VersG vom Einschränkungsvorbehalt des Art.8 II GG Gebrauch gemacht hat; z.T. dürfte es nicht einmal den kommunikativen Wesensgehalt dieses Grundrechts voll ausschöpfen. Der zuweilen bereits hörbare Ruf nach einer Überprüfung des Demonstrationsrechts könnte hier vielleicht brauchbare Ansatzpunkte finden.

Thesen

- I. 1. Trotz der dominanten kommunikativen Formulierung des Art.5 I/1 GG - Informations-, Äußerungs- und Verbreitungsfreiheit - und der entsprechend einhelligen interpretativen und normativen Aussparung der Meinungsbildungsfreiheit kommt eine Deutung, die den Gewährleistungsbezug der "eigenen Meinung" nicht von vornherein preisgeben will (Herzog u.a.) an einem Schutzgehalt des Art.5 I/1 GG zugunsten der freien Eigenmeinungsbildung nicht vorbei:
 - a. Soweit nämlich die h.M. dem Begriff der "eigenen Meinung" interpretativ durch kommunikative Typologien gerecht zu werden sucht ("Werturteile", "Stellungnahmen" usw.), muß sie scheitern, weil sich dieses spezifische Innenprodukt auch in seiner Äußerung nicht auf solche - anderen Handlungsgrundrechten des GG durchaus adäquate - kommunikative Signifikanten festlegen läßt. Denn die Meinung(sbildung) liegt, auch aus naturwissenschaftlicher Sicht, "vor" der Äußerung. Die eigene Meinung wird folglich nicht erst dadurch dazu, daß sie als solche erkennbar, verständlich usw. geäußert wird, sondern sie ist es bereits kraft ihrer sie prägenden intrapersonalen Genese. Dabei unterliegt sie aber auf ihrem Weg zum Kommunikationspartner gleichermaßen intra- wie interpersonalen Deviationsrisiken: Wie oft gelingt wirklich die treffende Formulierung des Gemeinten? Und welches unabsehbare Arsenal individuell-, situationsbedingt- oder allgemein kultur/gesellschaftsspezifisch differenzierter Kommunikationsmodi steht neben der Sprache zur Verfügung, um die interpersonale Meinungskommunikation gleichermaßen zu bereichern wie zu gefährden? Kommt deshalb jeglichen kommunikativen Typologien allenfalls indizieller Wert zu, so wird eine Grundrechtsinter-

pretation, die nicht nur willkürliche Ausschnitte der Meinungsäußerungsfreiheit schützen will, dem Meinungsbe-
griff zunächst im Rahmen der - bislang gänzlich mißachteten -
natur- und sozialwissenschaftlichen Möglichkeiten an sei-
nen innerpersönlichen Ursprung zu folgen - und (erst) dann
natürliche/derzeitige Einsichtsgrenzen in grundrechts-
adäquater Weise rechtstechnisch zu surrogieren haben.

- b. Auch die normative Aussparung der Meinungsbildungsfreiheit
aus Art.5 I/1 GG dürfte dogmatisch und methodisch nicht
zu halten sein: Einmal ist das Dogma von der faktischen
Unantastbarkeit des menschlichen Innenbereichs sozialwis-
senschaftlich längst widerlegt. Damit mußte zum ändern
aber auch die These von der, auch grundrechtlichen, Un-
normierbarkeit des "forum internum" einer inzwischen auf
breiter Front ansetzenden Suche nach grundrechtlicher Ab-
sicherung der heute als besonders gefährdet erachteten
Innenperson weichen.

Entscheidend gegen die Verweisung des für den grundrecht-
lichen Eigenmeinungsbezug konstitutiven Innenbereichs der
Meinungsbildung in den völlig rechtsfreien Raum spricht
jedoch, daß damit Art.5 GG zu einem konstruktiven Fremd-
körper unter den GG-Grundrechten gerät: Denn kein Grundrecht
weist sein Schutzobjekt außerhalb jedes Rechtsbereichs
und garantiert mangels gesicherter vorrechtlicher Sozial-
kontur dieses Objekt praktisch seine eigene Manipulierbar-
keit.

- c. Eine Meinungsäußerungsfreiheit ohne Meinungs(bildungs)frei-
heit wäre nur ein leeres Versprechen, nahezu eine Einladung
zu psychischer Fernsteuerung im Vorfeld der Meinungskomm-
unikation. Art.5 /1 GG schützt daher neben dem Recht auf
freie Information und Äußerung der eigenen Meinung auch
die freie persönlichkeitsinterne Eigen-Meinungsbildung.

2. a. Mit der vorgeschlagenen Analyse der individuellen Meinungsbildungssphäre ist keineswegs eine fragwürdige Psychologisierung der Grundrechtsinterpretation beabsichtigt; die psycho- und sozialwissenschaftliche Anleihe soll vielmehr nur sicherstellen, daß zunächst alles, was aus der ganz einzelschicksalhaften genetisch-, entwicklungs- oder feldgeprägten psychisch/physischen Individualkonstitution kommend in die Meinung einfließt/einfließen kann, auch insgesamt und umfassend das - mindestens potentielle - Schutzangebot des Art.5 GG genießt. Damit werden verschiedene rechtliche Unterscheidungen und Abspaltungen (rationale Gedankengehalte sind von Art.5 GG geschützt, emotionale, willensbetonte - nicht, nur die wahrhaftige- ist Meinung im Sinn des Art.5 GG usw.) überprüfenswert.

Sowenig ferner die Meinungsbildungsfreiheit idealtypisch verzeichnet als Freiheit vor jeder heterogenen Determination zu sehen ist - sie lebt in ihrer persönlichkeitsbestimmenden "Eigenheit" vielmehr weitgehend davon-, sowenig sollten jedoch gewisse, soziologisch inzwischen greifbare massentypische Determinationsansätze (z.B. Wirtschaftswerbung) im Rahmen des geltenden Wirtschafts- und Strafrechts pauschal als unbedenkliche Faktoren moderner Feldprägung gelten.

- b. Die Berücksichtigung gleichermaßen endo- wie exogener Meinungs(bildungs)komponenten läßt es daher auch geraten erscheinen, den Meinungsbegriff nicht abschließend in Art.5 I GG fixieren zu wollen, sondern dem Konkretisierungsvorbehalt des Art.5 II zugunsten der "allgemeinen Gesetze" auch hier einen gewissen, wenngleich begrenzten Konturierungsspielraum zu überlassen. M.a.W.: Die allgemeinen Gesetze i.S. des Art.5 II GG sollen, durch den Wesensvorbehalt des Abs.1 beschränkt, nicht nur den Rahmen der Äußerungsfreiheit, sondern auch der Meinungsbildungsfreiheit mitbestimmen können.

3. a. Faßt man bei der Bestimmung des grundrechtsunmittelbaren Meinungsbegriffs die gängigen Umschreibungen abstrakt als eine Art ideeller Positionsnahme, so schließt dies zum einen den Bereich psychisch/geistiger Indifferenz bzw. gewollter Nicht-Stellungnahme aus. Man kann auch nicht meinen (wollen).
- b. Umgekehrt würde diese Definition - entgegen der h.M. - auch das (Tatsachen-)Wissen umfassen. Statt nun mit Herzog Art.5 GG "erst recht" auf Äußerungen zu erstrecken, die "dem Wahrheitsbeweis" unterzogen werden können, ist zunächst nach dem rechtspolitischen Grund für dieses immerhin ausdrückliche grundrechtliche Meinungsprivileg zu suchen. Kann es dabei offensichtlich nicht darauf ankommen, ob die ideelle Position objektiv unanfechtbar ist oder nicht, so muß die verschiedene Art der subjektiven Gegenstandsbehandlung, der jeweilige Bezugswillen ausschlaggebend sein: Wissen(-wollen) ist subjektive "Gegenstandsbesetzung", ist (wertneutral) ideeller Absolutismus. Diese beanspruchte Objektivitätskongruenz (= mit Vorgegebenem, "Seiendem") bedeutet aber zugleich die subjektive Bescheidung auf ideelle Reproduktion, auf Wieder-gabe. Wissenwollen ist insofern die Vermeidung intellektuellen Risikos durch Deckungnahme in anonymer Allgemeingültigkeit, ist nicht identifizierbare Eigen-, Sonder-, Individualprojektion/-produktion, sondern "intolerantes" subjektives Einfügen in Vorgegeben-Unverrückbares unter Verzicht auf Kreativität. Meinen(-wollen) ist dagegen eingestanden mögliche "Gegenstandsverfehlung", ideale Raumgabe für andere Meinungen. Dieser Anspruchsverzicht auf objektive Seinsdeckung öffnet dafür ein Betätigungsfeld für umfassendste Individualität, für schöpferische Originalität ebenso wie für geistiges Mitläufertum. Nur, wer sich, aus welchen Gründen immer, einer anderen Meinung anschließt, riskiert (bewußt) mit dieser intellektuelle oder affektive Identifizierung, Widerlegung, Isolation usw.

Selbst wenn die realen Leistungs-, Risiko- oder Toleranzverhältnisse oft anders liegen - Art.5 GG honoriert nicht besondere Individualleistungen/-fähigkeiten - , eröffnet Art.5 GG doch über den Meinungsbegriff den potentiell weiteren Tatbestandsrahmen für ideelle Subjektivität, Vielfalt, Initiative, also gleichermaßen für entsprechende Individualfreiheit wie für ein polyphones Kommunikationsgeschehen.

- c. Damit entzieht sich der Meinungsbegriff weitgehend allen objektiv-positiven Bestimmungsversuchen. Wenn dennoch Herzogs Postulat einer umfassenden Redefreiheit durch Art.5 GG nicht überzeugt, so deshalb, weil eindeutig nichtmeinungswertige Emanation bzw. ideelle Zustände möglich sind: Psychische Indifferenz bzw. (Meinungs-)Distanz und der Wissensanspruch, für dessen grundrechtliche Aussparung sich rechtspolitische Argumente finden lassen.
- 4. Meinung als ideelle Positionsnahme zu .. ist immer einzeln- oder mehrheitlich subjektbezogen -subjektiv. Diese begriffsimmanente Inhaberbedürftigkeit konkretisiert der grundrechtliche Personalbezug: "seine" Meinung.
- a. Einmal weist er damit, bildhaft ausgedrückt, das "Tragen fremder Federn" von sich, schließt jedoch umgekehrt auch den Mitträger "herrschender Meinungen" nicht aus. Weder würde ein ausschließliches Originalitätsgebot den vielfältigen meinungsbildenden Feldfaktoren gerecht, noch könnte die bloße, unreflektierte oder distanzierte Wiedergabe von Drittansichten als "Tatsachen" ohne Preisgabe des Personalbezugs von Art.5 GG erfaßt werden.

Diese rechtsrelevante Unterscheidung zwischen reflektierter Adaption oder Kommentierung und distanzierter oder indifferenter Rezitation erfordert aber bei Verzicht auf "eindeu-

tige" kommunikative Gestaltungsnormen, natürliche Einsichtsgrenzen rechtstechnisch zu surrogieren: Ist aus dem Wortlaut oder den Umständen einer Äußerung nicht zu entnehmen, ob damit eine Meinung oder eine bloße Tatsache mitgeteilt werden sollte, ist dem Äußernden zunächst die Berufung auf Art.5 GG anheimzustellen, ihm ggfs. eine Verdeutlichungspflicht aufzuerlegen - was er gemeint habe - und ihm bei nur irgendwie vertretbarer Vereinbarkeit von Erstaussage und -umständen mit dem beanspruchten Meinungsgehalt Grundrechtsschutz zu gewähren. Damit wird bei kaum veränderter Rechtspraxis lediglich eine vermeintlich durchweg objektiv faßbare Tatbestandlichkeit des Art.5 GG auch in den gegenstandsbedingt konturschwachen Randzonen atypischer Verbalisierung grundrechtsgemäß substituiert.

- b. Andererseits gewährt der Personalbezug in Art.5 I/1 GG nicht nur Schutz vor fiktiv zugesprochenen, sondern auch vor tatsächlich psychisch oktroyierten Gehalten. Sie wäre nicht die "eigene". Praktisch bedeutsam wird diese Schutzrichtung gegenüber Ansätzen sog. "glatter" Verhaltenssteuerung, wie sie z.T. in der modernen Wirtschaftswerbung versucht wird und der die bislang noch weitgehend auf die Abwehr spürbar zwingender/verletzender bzw. greifbar täuschender/bestechender Übergriffe konzentrierte Rechtsordnung wenn überhaupt, nur mangelhaft gerüstet gegenübersteht (vgl. §1 UWG und die sog. subliminale Werbung).
- c. Insgesamt erweist sich also der Grundrechtsbegriff der eigenen Meinung zwar nicht als positiv-objektiv oder formal faßbare Qualität. Dennoch ist nachweislich nicht alles psychische Befinden und Handeln "Meinung" (säußerung). Auch wenn diese auf natürlichen Einsichtsgrenzen beruhende Konturschwäche zu einer faktischen "Zuständigkeitserweiterung" führen wird, weil nicht immer nachweisbar ist, daß tatsächlich eine meinungswertige Position in ihrer Bildung oder

Außerung betroffen wurde, rechtfertigt dies doch keineswegs die tatbestandliche Auflösung des Art.5 I/1 GG zu einer psychischen und kommunikativen Beliebigkeitsgarantie. Wäre jede menschliche Regung Meinung(säußerung) i.S. des Art.5 GG, würde dieser aus dem ausgewogenen Gerüst der GG-Grundrechte ausbrechen und Art.2 GG an "Allgemeinheit" überholen.

- d. Da keine der anderen "Innenbereichs"-Schutzprojektionen (Faber: "Innere Geistesfreiheit"; Ramm: "Freiheit des Denkens, Fühlens, Wollens und Sichentschließens"; Kimminich: "Freiheit nicht zu hören"; Scholler: "Freiheit der Anschauung im Bereich der Geheimspäre") trotz überwiegender "Ansichten"-deckung im Vorfeld dogmatisch/methodischer Divergenzen eine - substituierende - Absicherung der freien Meinungsbildung i.S. des Art.5 GG gewährleisten kann, ergibt sich auch aus diesem Gesichtspunkt, daß Art.5 GG über den Gewährleistungsbezug der "eigenen Meinung" die Freiheit der Meinungsbildung" schützt.

II. 1. Die durch die (zu Recht) allgemein extensive Deutung der grundrechtlich benannten Äußerungsmittel "Wort, Schrift und Bild" vollends verflüssigte Tatbestandskontur des Art.5 I/1 GG wird entscheidend limitiert durch seinen Charakter als Kommunikationsgrundrecht.

- a. Der sozialpsychologische und soziologische Kommunikationsbegriff markiert im gesamten Interaktionsfeld den Ausschnitt des Zu- und Miteinander, nicht des Gegeneinander. Der endlose interaktive "Wechselstrom" ist schon auf Grund der menschlichen Individualität gekennzeichnet von Gleichklängen, Annäherungen und Differenzen, wobei Konflikte auf kommunikative wie nicht-kommunikative Weise gelöst werden: Der Bereich des Kommunikativen wird verlassen, wo (der Versuch zu) beiderseits freiwillig-selbstbestimmte(r) Annäherung, zumindest (zur) Achtung des Gegensatzes - also der abweichenden Individualität aufgegeben und die Konfliktlösung mittels Gewalt, Druck oder Zwang gesucht wird. Dabei sind gleichermaßen physisch wie psychisch ansetzende Formen des Zwangs denkbar, letztere vor allem durchaus auch in kommunikationstypischem Kleid. Umgekehrt ist Kommunikation keineswegs auf statischen Positionsbezug beschränkt: Denn die einverständliche Unterwerfung unter bestimmte (z.B. Denk-) Gesetzmäßigkeiten des kommunikativen Kontakts legitimiert auch entsprechende An- und Übergriffe. Schließlich müssen sich die Grenzen des Kommunikativen nicht mit denen zwischen (zivil- oder strafrechtlicher) Rechtmäßigkeit bzw. -widrigkeit decken.
- b. Diese wesensimmanente Freiheitlichkeit von Gewalt, Druck und Zwang ist mehrfach in Art.5 GG und anderen Kommunikationsgrundrechten anzutreffen, ohne immer und ausreichend als durchgehendes Strukturprinzip erkannt zu sein: Die aktive Informationsfreiheit in Art.5 I/1 GG ist ausdrücklich auf "allgemein zugängliche" Quellen beschränkt, er-

laubt also nicht "den Einbruch in anderweitig umhegte Positionen" bei der Informationsbeschaffung. Wenn darüber hinaus das BVerfG in der Informationsfreiheit auch den "rein geistigen Vorgang der Informationsaufnahme" frei von ungesuchten Afferenzen gewährleistet sieht, dürfte auch hier eine Schutzrichtung gegenüber unkommunikativen, "freie geistige Aufnahme und Auswahl" gar nicht mehr ermöglichenden Einflüssen zu finden sein. Zum Schutz der Entschließungsfreiheit über das Ob oder Nicht aktiver Kommunikationsteilhabe und zur Abwehr ihrer unkommunikativen Erzwingung hat Lerche eine alle Kommunikationsgrundrechte umspannende negative Kommunikationsfreiheit postuliert. Obwohl neben der Entinuerung auch der Empfang des Geäußerten durch den/die zur Wahlfreiheit des Äußernden stehenden Adressaten geschützt ist, besteht - und zwar bereits aus Art.5 I GG - kein Anspruch auf Empfang oder gar unkommunikative Empfangserzwingung. Die jüngere Rspr. des BVerfG zum Boykott(aufruf) ergibt, daß (wirtschaftlicher) Druck keine "Form" der Meinungsäußerung i.S. des Art.5 I GG ist. Und ausdrücklich erscheint das kommunikative Element bei Art.8 GG in den Tatbestandsmerkmalen "friedlich" und "ohne Waffen".

2. Wenn demgegenüber nur die Anwendung physischer Gewalt gelegentlich als weder von Art.5 noch von Art.8 GG gerechtfertigt gilt, so verkennt diese Ansicht, daß die Arten, Ansätze und Zurechenbarkeiten dessen, was Unfreiheit, Ausgeliefertsein, "Fremdbestimmtheit" oder Versehrtsein auslöst, viel zu differenziert und wandelbar sind, als daß der Gewalt-(Druck-, Zwangs-)Begriff endgültig auf den Gebrauch der Keule festgeschrieben werden könnte. Folglich beinhalten derartige Generalbegriffe einen gewissen Wertungs- und Anpassungsspielraum. Allerdings ist dieser Spielraum nicht identisch mit dem für die Abwägung zwischen Kommunikations- und Drittrechten notwendigen:

Nicht mögliche Gewalt usw. wird gegen Drittrechte im Rahmen des Art.5 GG abgewogen, sondern (grundsätzlich gewaltfreie) Meinungskommunikation. Das schließt nicht aus, daß dieser kommunikative Generalnenner der Gewalt-, Druck- und Zwangsfreiheit innerhalb seines Begriffs spezifischen Wertungsspielraums eine Konturierung (Präzisierung) durch externe Normgefüge erhält. Die "allgemeinen Gesetze" in Art.5 II GG wären ein denkbare Instrument, trotz ihrer eigenen, anderweitigen Intentionen einen Beitrag zur Konkretisierung der Kommunikationsfreiheit zu leisten. Nur bedeutet dies nicht, daß etwa die "allgemeinen" Strafgesetze immer, unbeschränkt und autonom "reflexiv" festlegen, was Kommunikationsfreiheit ist; sie sind vielmehr anhand des kommunikativen Wesensvorbehaltes in Art.5 I GG zu messen und an ihn gebunden. Die kommunikative Gewalt-, Druck- und Zwangsfreiheit ist m.a.W. keine sklavisch an anderen Gesetzesdefinitionen haftende, sondern peripher zwar dispositive, adaptionsfähige und vielleicht auch -bedürftige, in ihrer Maßstabssubstanz aber doch faßbare Qualität: Alles, was die Freiheit, Freiwilligkeit oder Selbstbestimmung des Handelns, Denkens, Fühlens und Wollens beeinträchtigt oder stört, bedarf zumindest scharfer Messung anhand des Kommunikativtatbestands des Art.5 I GG, bevor eine Güterabwägung überhaupt stattfinden darf.

3. a. Dies gilt gleichermaßen für die Äußerungsform wie für das Äußerungsobjekt Meinung in Art.5 I/1 GG:
- b. Insgesamt wird durch den kommunikativen Wesensvorbehalt der naturgemäß (äußerlich) konturschwache Tatbestand des Art.5 GG in hinreichend klaren Wirkungsgrenzen faßbar. Dabei reflektiert der kommunikative Außenwirkungsrahmen auch auf den Innenbereichsschutz. Zwar ist es unmöglich, die Gesamtheit der auf die individuelle Meinungsbildung einwirkenden Feldfaktoren zu erfassen oder gar auf einen kommunikativen Wir-

kungsrahmen einzudämmen. Wo jedoch "sozial manifeste" Determinanten massentypisch in unverhohlener Drittbestimmungsabsicht antreten, gibt Art.5 GG - im Rahmen der von der Rspr. gezogenen Drittwirkungsmöglichkeiten - nicht nur ein prinzipielles (meinungsbezogenes) Innenschutzversprechen, sondern im Kommunikationsprinzip zugleich den Maßstab zu- bzw. unzulässiger Determination. Unter diesem kommunikativen Wesensvorbehalt findet auch hier die Konkretisierungsvollmacht des Abs.2 ein unbedenkliches Wirkungsfeld.

- c. Schließlich beherrscht der kommunikative Wesensvorbehalt auch die anderen Kommunikationsgrundrechte des GG ungeachtet ihrer differenzierten Schranken.

III. 1. Eine Gegenüberstellung der beiden sozial dominanten Erscheinungen massentypischen Determinationsbemühens Jugenderziehung und - anhand eines Beispielfalles erläutert - moderner Wirtschaftswerbung samt ihrer jeweiligen rechtlichen Bewältigung ergibt ein deutliches Defizit zu Lasten des Rechts der Werbung. Obwohl einzelne Werbeansätze vor allem bei Jugendlichen bereits deren von Art.5 geschützte Meinungsbildungsfreiheit verletzen dürften, fehlt ein spezifisches Jugendschutzrecht vor Werbung fast völlig. Auch das fragmentarische "Recht der Werbung" ganz allgemein, regelmäßig noch der Bewußtseinsgrenze als Rechtsgrenze verhaftet, bekämpft, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nur Druck- und Täuschungspraktiken psychologisch gröbsten Rasters, ohne den längst gängigen Formen "glatter" Fremdbestimmungsansätze bislang Aufmerksamkeit zu schenken. Gerade Art.5 GG könnte über seinen kommunikativen Wesensvorbehalt in Abs.1 und seine Konkretisierungsvollmacht in Abs.2 eine taugliche Grundlage für entsprechende gesetzliche Ansätze bilden.

2. Die Rspr. des BVerfG zum Boykottaufruf (Blinkfüer, E 25, 256 ff) bestätigt den festgestellten kommunikativen Wesensvorbehalt in Art.5 I GG. (Wirtschaftlicher) Druck zur Durchsetzung einer Meinung ist keine (Form der) Meinungsäußerung i.S. des Art.5 I GG. Dabei ist der grundsätzliche Messung auch des Boykott(aufruf)s an Art.5 GG entgegen der Kritik Lerches deshalb zuzustimmen, weil nicht formale oder begriffliche Kriterien, sondern allein die konkrete kommunikative/unkommunikative Wirkung solcher und ähnlicher Aktionen über ihren Verfassungsrechtswert entscheidet.
3. Demonstrationsmärsche durch verkehrsreiche Innenstädte, häufig noch zur Hauptverkehrszeit, gelten zu Unrecht gelegentlich als grundrechtlich geschützte Form (kollektiver) akzentuierter Meinungsäußerung. Tatbestandlich werden Demonstrationen hinsichtlich des Demonstrationsverhaltens von Art.8 GG, hinsichtlich der Demonstrationsaussage(n) von Art.5 GG erfaßt. Dabei kollidiert in erster Linie das (mögl.) Grundrecht aus Art.8 GG mit Drittrechten oder -interessen. Bei der vor allem von § 15 VersG in Anspruch genommenen Einschränkungsvollmacht des Art.8 II GG nimmt die h.M. fast ausschließlich eine Güterabwägung unter allgemeinen verkehrsrechtlichen Gesichtspunkten vor, wobei diese allenfalls bei einem drohenden "Verkehrschaos schlimmsten Ausmaßes" zugunsten letzterer endet. Dem widerspricht bereits in tatsächlicher Hinsicht, daß durch derartige Verkehrsblockaden keineswegs nur abstrakte öffentliche Belange, sondern i.a.R. ganz konkrete wirtschaftliche und ideelle Rechte und Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden. Zum andern verkennt diese Deutung den kommunikativen Wirkungsvorbehalt auch in Art.8 GG, die nur infolge einer zu restriktiven Auslegung des Begriffs der "Friedlichkeit" diesem kollektiven Grundrecht ein Mehr an

"technischer" Militanz einräumt als Art.5 GG. Dabei gilt erst recht hier, daß auch Mehrheiten anderen nicht (den Empfang) ihre(r) Meinung aufzwingen dürfen. Damit bleibt der Versammlungsbehörde in solchen Fällen kein Ermessensspielraum im Rahmen des § 15 VersG, weil überhaupt keine grundrechtlich geschützte Demonstration vorliegt. Darüberhinaus scheint fraglich, ob das VersG den Einschränkungsvorbehalt des Art.8 II überhaupt ausschöpft.

Schriftumsverzeichnis

- Arndt Adolf: 1. Der Fall Blinkfuer (Art.5 GG)
2. Die Last der Freiheit oder Justiz und Presse,
NJW 64,23
- Ballerstedt Kurt: Wirtschaftsverfassungsrecht, in: Better-
mann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte III/1,
2.Auflage, Berlin 1972, S.1 ff
- Baumbach Hefermehl: Kommentar Wettbewerbs- und Warenzei-
chenrecht, Bd. 1 Wettbewerbsrecht, 9.Aufl.
München-Berlin 1964
- Beer Ulrich: Jugend zwischen Waren und Werten, Konsumer-
ziehung gegen Konsumzwang, Deutscher Sparkassen
und Giroverband e.V. (Hrsg.), Stuttgart o.J.
- Berth Rolf: Wähler- und Verbraucherbeeinflussung,
Stuttgart 1963
- Bittner Günther: Für und wider die Leitbilder, Heidelberg
1964
- Brückner Peter: Die informierende Funktion der Wirtschafts-
werbung, Probleme und Problemwandel, Berlin
1967
- Buber Martin: Reden über Erziehung, Heidelberg 1953
- Diederichsen Uwe und Marburger Peter: Die Haftung für
Demonstrationsschäden, NJW 70, 777 ff
- Dürig Günter: Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde,
AÖR 81,117 ff
- Eichmann Helmut: Auswirkungen des Grundgesetzes auf die
Werbepraxis GRUR 64, 57 ff
- Ellwein Thomas: Kommunikationspolitik ohne Konzept, in:
Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4,
Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.153 ff
- Emerson Thomas Irvin: The system of freedom of expression,
New York 1970

- Faber Heiko: Innere Geistesfreiheit und suggestive Beeinflussung, Berlin 1968, Schriftenreihe zum öffentlichen Recht Bd. 73
- Fabian Rainer: Idole in unserer Zeit, Freiburg 1967
- Fischel Werner: Struktur und Dynamik der Psyche, in: Enzyklopädie der Psychologie in Einzeldarstellungen, Bd.7, Bern-Stuttgart 1962
- Forsthoff Ernst: Fortbildung des Verfassungsgesetzes, in: Carl-Schmitt-Festschrift 1959, 35 ff
- Rezension Josef Kaiser: Repräsentation organisierter Interessen, DVBL 58,295
- Füßlein Rudolf Werner: Versammlungsgesetz, Berlin und Frankfurt 1954
- Gehlen Arnold: Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt, 7.Aufl. Frankfurt-Bonn 1962
- Die Seele im technischen Zeitalter, Tübingen 1949 (Neuauf. Hamburg 1965, Rowohlt's deutsche Enzyklopädie Bd.53)
- Gerlach Rolf: Die immanenten Grenzen der Meinungsfreiheit, München 1962
- Graumann Carl Friedrich: Interaktion und Kommunikation, in: Handbuch der Psychologie, Gottschaldt, Lersch, Sander, Thomae (Hrsg.) 7.Bd. Sozialpsychologie, 2.Hlbbd. Forschungsbereiche, Göttingen 1972, S.1109 ff
- Häntzschel Kurt: Das Recht der freien Meinungsäußerung, HdBdStR II S.651 ff
- Hamann Andreas: Kommentar zum Bonner Grundgesetz, 3.Auflage, Neuwied und Berlin 1970
- Lampel Johannes: Das erzieherische Vorbild, Diss.München 1957
- Hartley/Hartley: Grundlagen der Sozialpsychologie, Berlin 1955

- Haseloff Otto: Über Symbolik und Resonanzbedingungen der politischen Sprache, Berlin 1970
- Hellmer Joachim: Sozialisation, Personalisation und Kriminalität, in: Der Mensch als spezielles und personales Wesen, Gerhard Wurzbacher (Hrsg.) Stuttgart 1963 S.202 ff
- Hennig Eike: Die Abhängigkeit der Massenmedien von den Werbeeinflüssen und dem Anzeigenteil, in: Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4, Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.27 ff
- v.Hentig Hartmut: Öffentliche Meinung, Öffentliche Erregung, Öffentliche Neugier, Göttingen 1969
- Hensel Albert: Die fünfte Tagung deutscher Staatsrechtslehrer AÖR Bd. 13 S.97 ff
- Hesse Konrad: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe 6.Aufl., 1973
- Hönigswald: Die Grundlagen der Denkpsychologie, 2.Aufl. Leipzig 1925 (Nachdruck Darmstadt 1965)
- Holzer Horst: Politik in Massenmedien - Zum Antagonismus von Presse- und Gewerbefreiheit, in: Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4, Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.68 ff
- Horkheimer Max - Adorno Theodor: Dialektik der Aufklärung, New York 1944 (Neuaufgabe Frankfurt 1969)
- Horn Klaus: Zur individuellen Bedeutung und gesellschaftlichen Funktion von Werbeinhalten, in: Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4, Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.201 ff
- Jacobi Helmut: Werbepsychologie, Ganzheits- und gestaltpsychologische Grundlagen der Werbung, in: Betrieb und Markt, K.C.Behrens (Hrsg.), Bd.VII, Wiesbaden 1972

- Jaenicke Heinz: Papier-Seelsorge, in: Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4, Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.164 ff
- Jürgens Erhard: Verfassungsmäßige Grenzen der Wirtschaftswerbung, in: VerwArch 53 (1962) S.105 ff
- Kemper Gerd Heinrich: Pressefreiheit und Polizei, Berlin 1964
- Kimminich Otto: Die Freiheit, nicht zu hören, in: Der Staat, 64 Bd.3, S.61 ff
- v.Köller Karsten: Meinungsfreiheit und unternehmensschädigende Äußerung, Berlin 1971
- Kropff H.F.J.: Angewandte Psychologie und Soziologie in Werbung und Vertrieb, Stuttgart 1960
- Kübler Friedrich: Wirtschaftsordnung und Meinungsfreiheit, in: Recht und Staat, Heft 327, Tübingen 1966
- Laufke Franz: Vertragsfreiheit und Grundgesetz, in: Heinrich-Lehmann-Festschrift 1956, S.145 ff
- Leibholz-Rinck: Grundgesetz, Kommentar anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 4.Aufl. Köln 1971
- Leisner Walter: Grundrechte und Privatrecht, München-Berlin 1960
- Lerche Peter: Stil, Methode, Ansicht, in: DVBl. 61,690 ff
Verfassungsrechtliche Zentralfragen des Arbeitskampfes, Bad Homburg 1968
Zur verfassungsrechtlichen Deutung der Meinungsfreiheit (Insbesondere im Bereich des Boykotts), in: Gebhardt-Müller-Festschrift, Tübingen 1970, S.197 ff

Übermaß und Verfassungsrecht, Zur Bindung des Gesetzgebers an die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit, Köln-Berlin-München-Bonn 1961

Die Grundrechte der Soldaten, in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte IV/1, Berlin 1960, S.447 ff

Werbung und Verfassung, München-Berlin 1967

Lewin Kurt: Field Theory in Social Science, New York 1951

Lippmann Walter: Die öffentliche Meinung, München 1964
(Original 1922, 1949)

Lorenz Konrad: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1973

Die Rückseite des Spiegels, München 1973,
S.101 ff

Luhmann Niklas: Grundrechte als Institutionen, Berlin 1965

v.Mangoldt-Klein, Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Bd.1,
2.Aufl., Berlin-Frankfurt 1957

Maunz Theodor: Deutsches Staatsrecht, 19.Aufl., München 1973

Maunz-Dürig: Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Bd.1,
3.Aufl.

Müller Werner: Wirkungsbereich und Schranken der Versammlungsfreiheit, insbesondere im Verhältnis zur Meinungsfreiheit, Berlin 1973

Netzer Hans: Erziehungslehre, 10.Aufl., Bad Heilbrunn 1972

Nipperdey Hans C. und Wiese Günter: Freie Entfaltung der Persönlichkeit, in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte IV/2, Berlin 1962
S.741 ff

- Oeter Ferdinand: Sozialisation, Enkulturation und Personalisation sowie ihre Störungen in medizinischer Sicht, in: Der Mensch als soziales und personales Wesen, G.Wurzbacher (Hrsg.), Stuttgart 1963, S.98 ff
- Osmer Diedrich: Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Empirische Sozialforschung, Tübingen 1962, S.162
- Packard Vance: Die wehrlose Gesellschaft, München-Zürich 1966
- Peters Hans: Elternrecht, Erziehung, Bildung und Schule, in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, IV/1, Berlin 1960, S.369 ff
- Die freie Entfaltung der Persönlichkeit als Verfassungsziel, in Laun-Festschrift 1953, S.669 ff
- Portmann Alfred: Zoologie und das neue Bild vom Menschen, 2.Aufl., Hamburg 1956
- Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen, 2.Aufl., Basel 1951
- Quilisch Martin: Die demokratische Versammlung, Berlin 1970
- Ramm Thilo: Die Freiheit der Willensbildung, Stuttgart 1960
- Reimann Hans: Kommunikationssysteme, Umriss einer Soziologie der Vermittlungs- und Mitteilungsprozesse, Tübingen 1966
- Renner Johannes: Werbung bei Jugendlichen, in: Betrieb und Markt, K.C.Behrens (Hrsg.), Bd.XIII, Wiesbaden 1972
- Ridder Helmut: Meinungsfreiheit, in: Neumann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte II, Berlin 1954, S.243 ff

- Rinck Gerd: Wirtschaftsrecht, 2.Aufl., Köln-Berlin-Bonn-München 1969
- Riesman David: Die einsame Masse, Hamburg 1958
- Rothenbücher Karl: Das Recht der freien Meinungsäußerung, VVDStRL 4 (1928) S.6 ff
- Rücksiem Georg: Der gesellschaftliche Zusammenhang der Erziehung, in: Erziehungswissenschaft 1, Frankfurt 1970
- Samper Rudolf: Demonstrations- und Versammlungsrecht, Freudenstadt 1968
- Sauter Rudolf: Vorbilder und Idole, Diss. Tübingen 1954
- Schatz Heribert: "Tagesschau" und "Heute" - Politisierung des Unpolitischen, in: Manipulation der Meinungsbildung, Kritik Bd.4, Ralf Zoll (Hrsg.), Opladen 1971, S.109 ff
- Scheler Max: Vorbilder und Führer, Schriften aus dem Nachlaß, Bd.1, 2.Aufl., Bern 1957
- Schelsky Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf-Köln 1965
Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, 3.Aufl. Stuttgart 1955
Die skeptische Generation, Düsseldorf-Köln 1957
- Schmidt-Bleibtreu-Klein: Kommentar zum Grundgesetz, 2.Aufl., Bonn, Neuwied 1970
- Schmitt Carl: Verfassungslehre, 3.Aufl., Berlin 1957
- Schneider Franz: Pressefreiheit und Meinungsfreiheit nach dem Grundgesetz, München 1962

- Scholler Heinrich: Freiheit des Gewissens, Berlin 1958
- Scholtissek Herbert: Innere Grenzen der Freiheitsrechte,
in: NJW 52,561 ff
- Schramm Wilbur: Grundlagen der Kommunikationsforschung,
2.Aufl., München 1968
- Schreiber Klaus: Kaufverhalten der Verbraucher, in: Betrieb
und Markt, K.C.Behrens (Hrsg.), Bd.V,
Wiesbaden 1965
- Slotta Günter: Grundprobleme der Erziehungswissenschaft,
Bad Heilbrunn 1969
- Sopp Helmut: Ergänzung von Querschnittsbefragungen durch
die Tiefenpsychologie, in: Empirische Sozial-
forschung, Tübingen 1962, S.76 ff
- Spiegel Berndt: Werbepsychologische Untersuchungsmethoden,
Berlin 1958
- Thomae Hans: Familie und Sozialisation, in: Handbuch der
Psychologie, Gottschaldt, Lersch, Sander,
Thomae (Hrsg.), 7.Bd. Sozialpsychologie,
2.Hlbbd. Forschungsbereiche, Göttingen 1972
S.778 ff
- Tiedemann Klaus: Bemerkungen zur Rechtsprechung in den sog.
Demonstrationsprozessen, in JZ 69, 717 ff
- Wacke Gerhard: Werbeaussagen als Meinungsäußerungen, in:
Friedrich-Schack-Festschrift, Hamburg 1966,
S.197 ff
- Wellek Albert: Ganzheitspsychologie, Lexicon der Pädagogik,
Bd.1, Bern 1950, S.501 ff
- Wenzel Karl Egbert: Das Recht der Wort- und Bildbericht-
erstattung, Köln 1967

Wilhelm Herbert: Werbung als wirtschaftstheoretisches Problem, Berlin 1961

Wilhelm Theodor: Sozialisation und soziale Erziehung, in: Der Mensch als soziales und personales Wesen, G.Wurzbacher (Hrsg.), Stuttgart 1963, S.120 ff

Wurzbacher Gerhard: Sozialisation, Enkulturation, Personalisation in: Der Mensch als soziales und personales Wesen, Stuttgart 1963, S.1 ff

Zöpfl Helmut: Einführung in die Grundfragen der Pädagogik, Donauwörth 1969

Zoll Ralf: Manipulation und Meinungsbildung, Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit in: Kritik Bd.4, Opladen 1971 S.1 ff

Lebenslauf

Am 15. Februar 1944 als Sohn des Oberleutnants Fritz Brückner und seiner Frau Johanna, geb. Glück in Landsberg/Lech geboren besuchte ich 3 Jahre in Regensburg und ein weiteres Jahr in München die Volksschule. 9 Jahren am Maximilians-Gymnasium in München folgte ein Studium der Rechte an der Universität München, das ich nach 9 Semestern mit dem Referendarexamen beendete. Nach Ableistung meiner Referendarausbildung - ebenfalls im wesentlichen in München - legte ich 1973 das Assessor-examen ab.

